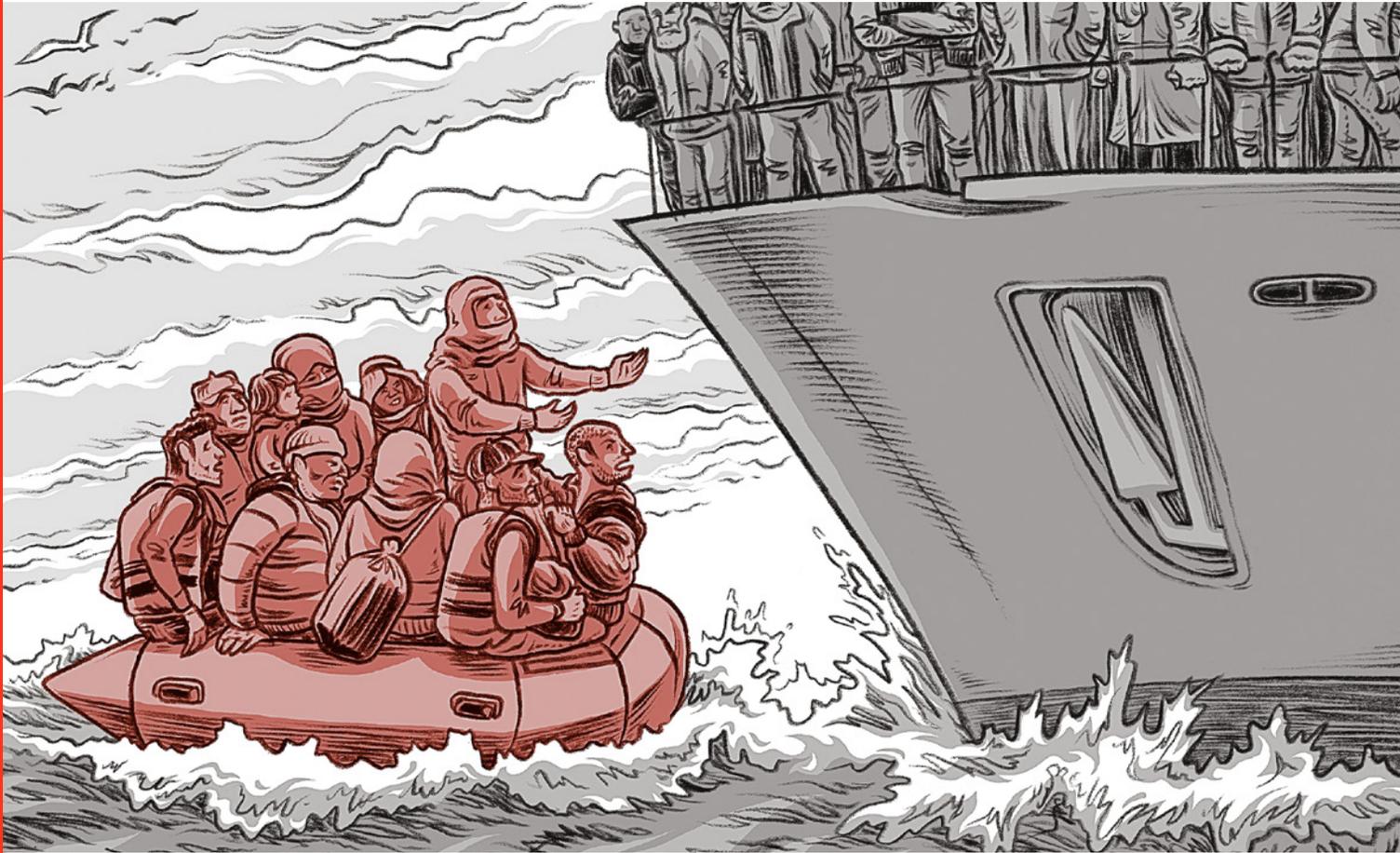


ROSALUX

JOURNAL DER ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

AUSGABE 1-2016



LINKS AUS PRINZIP

THEMA VOM WERT EMANZIPATORISCHER WERTE NACH KÖLN
UND DEM RECHTSRUCK BEI DEN LANDTAGSWAHLEN IM MÄRZ

BLICKPUNKT GEOPOLITISCHE NEUORDNUNG DER WELT

ANALYSE IBERISCHER KAMPF GEGEN KÜRZUNGSDIKTATE

INTERNATIONALES EXISTENZANGST STATT ENTWICKLUNG

STUDIENWERK CHANCEN KRITISCHER WISSENSCHAFT HEUTE



Ende Gelände: KlimaschützerInnen bei einer Protestaktion gegen den Braunkohleabbau in einer nordrhein-westfälischen Grube des Energiekonzerns RWE. Mehr zum Thema Klimapolitik ab Seite 9. Foto: 350.org/Paul Wagner/Flickr (CC BY-NC-SA 2.0)

EDITORIAL	3
------------------	---

BLICKPUNKT

Geopolitik: Weltweit wird wieder aufgerüstet	4
Der Fracking-Boom in den USA verändert die Geopolitik	5
Preisverfall beim Öl setzt viele Förderländer unter Druck	6
Intervention und Abschottung: Nachbarschaftspolitik der EU	8
Klimapolitik: Druck von unten ist auch nach Paris nötig	9
Keine Zeit zu warten: Neues Klima-Abkommen ist spät dran	10

THEMA «LINKS AUS PRINZIP»

Horst Kahrs: Die umgekehrte Globalisierung erreicht die BRD	12
Interview: Massimo Perinelli über die Silvesternacht in Köln	14
Sevim Dagdelen: Flüchtlingspolitik ist Friedenspolitik	15
Ramona Hering: Über sogenannte «sichere» Herkunftsstaaten	16
Johanna Bussemer/Dagmar Enkelmann: Im Camp Elenikon	17
Heiko Langner: Türkei – Profiteur und Partner	18
Miriam Pieschke: Armut ist nicht rassistisch	20
Gisela Notz: Migration ist divers	21
Frieder Otto Wolf: Für Linke gilt der Imperativ der Befreiung	22

ANALYSE

Polens Nationalkonservative halten alle Fäden in der Hand	24
Portugal und Spanien proben in der Krise neue (linke) Politik	25
Grassierende Armut: In Tunesien wird wieder protestiert	27
Die WTO steckt weiter in der Krise	28
Konservative gehören nicht auf LINKEN-Plakate	30

INTERNATIONALES

Blutiger Zucker aus Kambodscha	31
Personalwechsel in den Auslandsbüros der Stiftung	32/33

BUNDESWEIT

Bedrohlicher Rechtsruck: Vorträge zum US-Wahlkampf	34
Veranstaltungreihe zu «100 Jahre Groß-Berlin»	34

STUDIENWERK

Gegen das Reformdiktat: Workshop zu kritischer Wissenschaft	35
Gegen Konkurrenz: Nachwuchswissenschaftliche Tagung	36
Interview: Axel Rüdiger über die Arbeit im Auswahlausschuss	37

LESENSWERT

Kritik am Recht: Hermann Klenners Rechtsverständnis	38
---	----

IMPRESSUM	39
------------------	----



Dagmar Enkelmann

Florian Weis

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

nach den drei Landtagswahlen im März sehen Beobachterinnen und Beobachter eine negative europäische Normalisierung – auch Deutschland habe nun mit der AfD eine schillernde populistische Partei rechts von Christdemokratie und klassischem Konservatismus. Das ist zwar durchaus plausibel, reicht aber als Erklärung nicht aus und kann schon gar nicht der Beruhigung dienen.

Die Stabilisierung der AfD bedeutet eine große Herausforderung nicht nur für Linke. Als politische Stiftung haben wir eher die längerfristigen gesellschaftlichen Trends und Faktoren im Blick, die den gegenwärtigen Aufstieg der Antidemokraten befördern. So stieg bei den Märzwahlen die Wahlbeteiligung um vier bis zehn Prozentpunkte. Davon profitierte die AfD, aber die Mehrheit der bisherigen Nichtwählerinnen und -wähler entschied sich für andere Parteien. Die jahrelang insgesamt sinkende, vor allem aber stark auseinanderklaffende Wahlbeteiligung entlang sozialer und ökonomischer Ungleichheitsentwicklungen hat aus unserer Sicht viel mit zwei Faktoren zu tun: der gewachsenen Ungleichheit und sozialen Polarisierung einerseits sowie einer gewissen Selbstentmachtung der Politik unter Verweis auf Globalisierung, europäische Integration und die «Märkte» andererseits. Wer aber möchte, dass Menschen über Parlamentswahlen und Volksentscheide aktiv die demokratische Mitgestaltung von Politik wahrnehmen, muss die so zu wählenden Entscheidungsorte stärken, nicht weiter aushöhlen.

Nun sind die Ursachen der Erfolge der AfD, des Front National, der SVP in der Schweiz, der FPÖ in Österreich und anderer rechter Parteien vielschichtig und teils so widersprüchlich wie diese Parteien und ihre Programme selbst. Sie alle inszenieren sich als Anti-Establishment-Parteien, auch wenn sie teilweise selbst dazugehören. Neben der Ablehnung demokratisch legitimer Institutionen und dem Schimpfen über die vermeintliche «Lügenpresse», das auch

eine Anklage der vermeintlich vorherrschenden «political correctness» einschließt, kennzeichnen zwei Elemente in unterschiedlich Ausmaß alle diese Parteien: eine fremdenfeindliche bis rassistische Ausrichtung sowie ein antimuslimischer Rassismus. Andere Positionen variieren. Antisemitische Züge sind in manchen rechten Bewegungen vorhanden, in anderen nicht. Völkische und nationalistische Züge stehen neben eher regionalistischen Ansätzen.

All dem kann eine politische Linke nur mit einer Haltung konsequent entgegengetreten, die alle Menschen in ihrer Gleichheit anspricht sowie demokratisch und internationalistisch, aufklärerisch und aktivierend zugleich ist. So sind öffentliche Einrichtungen und Leistungen zu stärken, die Zugang zu Gesundheit, Wohnen, Bildung und einem funktionierenden Gemeinwesen für alle erlauben, die ihn benötigen. Wahlen müssen etwas bewirken und verändern können. Sie dürfen nicht durch Instanzen wie die «Troika» in Griechenland ausgehebelt, rechtsstaatliche Wege nicht durch Schiedsgerichte à la TTIP beschnitten werden. Wer die Einhaltung von Verfassungsprinzipien durch Geflüchtete verlangt, sollte sie selbst respektieren und mit Leben erfüllen. Wer die EU erhalten möchte, muss sie demokratisch verändern, damit sie zu einer identitätsstiftenden Hoffnung wird und nicht von vielen Menschen als Bedrohung durch Demokratiemangel, Deregulierung, Austerität und nationalistischer Aushöhlung empfunden wird. Eine soziale und demokratische Zukunftsperspektive, die von Freiheit, Gleichheit und Solidarität ausgeht – «a future to believe in», wie es Bernie Sanders als Slogan seiner beeindruckenden Vorwahlkampagne in den USA formuliert – ist notwendig und möglich.

DAGMAR ENKELMANN IST VORSTANDSVORSITZENDE DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG. FLORIAN WEIS IST GESCHÄFTSFÜHRENDES VORSTANDSMITGLIED DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

80 JAHRE DANACH Mit einer Veranstaltungsreihe in Stuttgart erinnert die Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg an den spanischen Bürgerkrieg von 1936 bis 1939. Los geht es am 31. Mai im Bischof-Moser-Haus mit der Vorführung des Dokumentarfilms «Brigadistas». Zusammen mit dem DGB Stuttgart und weiten PartnerInnen wird bis 26. Juli zudem die Ausstellung «Umkämpfte Vergangenheit» gezeigt, und es gibt mehrere Vorträge zum Thema.

WWW.ROSALUX.DE/NEWS/42186

EHEMALIGEN-NETZWERK Abschied vom Arbeitsalltag haben in jüngerer Vergangenheit etliche Stiftungsbeschäftigte der ersten Stunde genommen – sie erreichten das Rentenalter. Erst vor wenigen Tagen sagte die langjährige Geschäftsführerin Evelin Wittich dem linken Bildungsträger «Adiéo». Viele Ehemalige wollen der Stiftung weiter mit Rat und Tat zur Seite stehen und haben sich daher zum Netzwerk «RLS Plus» zusammengeschlossen. Mehr unter

WWW.ROSALUX.DE/NEWS/42219



GEOPOLITIK Die Welt ist unsicherer geworden – und unübersichtlicher. Mit dem Aufstieg neuer Staaten zu wirtschaftlicher Größe und dem Ausbau neuer Technologien haben bisherige Grundsätze der Geopolitik ihre Geltung ver-

loren. In der Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union oder der Außenpolitik der USA gilt: Es geht weiter um die Sicherung von Ressourcen, aber wesentliche Linien der globalen Geopolitik haben sich verschoben.

Kriegsschiffe von fünf westlichen Staaten – darunter drei US-Flugzeugträger – paradieren gemeinsam im April 2002. Foto: Wikipedia Public Domain

ERHARD CROME

FRAGE DES ÜBERLEBENS

WELTWEITE RÜSTUNGS-AUSGABEN HEUTE EIN DRITTEL HÖHER ALS VOR 25 JAHREN

Die Frage «Krieg oder Frieden» ist wieder zu einer Überlebensfrage der Menschheit geworden. Das Ende des Kalten Krieges hat keine Ära des Friedens gebracht, wie viele erhofften.

Die weltweiten Rüstungsausgaben betragen 2014 über 1.700 Milliarden US-Dollar. Sie liegen damit um mehr als ein Drittel höher als am Ende der Blockkonfrontation. Über 60 Prozent entfallen auf die NATO. Die USA haben unter Präsident Barack Obama die Rüstungsprogramme auf qualitative Modernisierung getrimmt; deshalb sind die Ausgaben in den vergangenen Jahren in der Summe etwas abgesenkt worden, machen mit 610 Milliarden US-Dollar (2014) aber nach wie vor mehr als das Siebenfache der Ausgaben Russlands (84,5 Milliarden) und fast das Dreifache des Rüstungsetats der Volksrepublik China aus (216 Milliarden). Angesichts der westlichen Kriegs- und Interventionspolitik der USA und der NATO geben China und Russland Jahr für Jahr mehr für militärische Rüstungen aus, obwohl eigentlich beide ein Wettrüsten, wie es die Sowjetunion ruinierte, vermeiden wollen.

Die USA sind nicht mehr die unilaterale Supermacht, wie viele PolitikerInnen, PolitikwissenschaftlerInnen und PublizistInnen nach 1991 meinten. Die Frage aber, ob denn nun China als Super-Supermacht an die Stelle der USA tritt, wie sie viele dieser AnalytikerInnen

und MedienexpertInnen im Westen nun gern suggestiv stellen, ist falsch. Auf die Bipolarität, wie sie bis 1991 bestand, folgte eine kurze Phase mehr gefühlter als tatsächlicher Unipolarität der USA, die spätestens mit dem Fiasko im Irak-Krieg beendet war. An ihre Stelle tritt ein Konzert der Mächte, in dem mehrere mächtige Zentren weltweit um Macht und Einfluss ringen. Hier spielen China, Russland und Indien eine zentrale und globale Rolle.

In den Tiefenschichten der Weltgeschichte vollzieht sich eine Verschiebung des weltwirtschaftlichen Schwerpunkts vom nordatlantischen Raum nach Asien. Dazu zählen nicht nur China und Indien, sondern nach wie vor auch Japan, Südkorea und Taiwan, die Mitglieder des Verbandes südostasiatischer Staaten (ASEAN) und mittlere, regional bedeutsame Wirtschafts- und Militärmächte wie Pakistan, Vietnam und Indonesien. Die nach wie vor hohen Rüstungsausgaben der USA und der NATO sind Ausdruck dessen, dass der Westen auf seinen globalen Machtverlust, der vor allem wirtschaftlich bedingt ist, militärisch reagiert. Das ist irrational und verstärkt die internationalen Spannungen. Beispiele sind die Kriege des Westens gegen Jugoslawien, Afghanistan, Irak und Libyen, aber auch die Auseinandersetzungen um mehrere Inselgruppen im Ostchinesischen und im Südchinesischen Meer. Die haben sich

verstärkt, seit es auch dort um Rohstoffvorkommen und damit um Seegrenzen geht. Zwischen China, Taiwan und Vietnam, sowie den Philippinen und Japan sind die Inseln umstritten. Im November 2013 spitzten sich die Auseinandersetzungen um die Diaoyu-Inseln im Ostchinesischen Meer, gelegen zwischen China, Taiwan und Japan, zu. Kampfflugzeuge Chinas, Japans und der USA kamen sich in diesem Gebiet gefährlich nahe.

Die Konflikte in der und um die Ukraine haben den Krieg auch wieder nach Europa gebracht: die USA und die Europäische Union setzten darauf, die Ukraine aus dem Einflussbereich Russlands zu lösen und in den des Westens einzuordnen. Die russische Antwort auf den Umsturz in Kiew war die Abtrennung der Krim von der Ukraine. Parallel dazu entwickelte sich der Konflikt in der und um die Ostukraine, der zum Teil mit militärischen Mitteln ausgetragen wird. Bis zum Herbst 2015 gab es etwa 8.000 Tote in diesem Konflikt, 17.000 Verwundete, eine Million Flüchtlinge, die nach Russland gingen, und 1,4 Millionen Flüchtlinge, die in andere Teile der Ukraine oder Polen flohen. Mit den Vereinbarungen von Minsk II (Februar 2015) wurde versucht den Konflikt zu lösen. Derzeit ist er eingefroren: es wird fast täglich geschossen, aber eine Eskalation von Kriegshandlungen vermieden. Wenn alle Beteiligten, darunter insbesondere auch die Kiewer Regierung, die Bestimmungen einhalten und umsetzen, könnte daraus jedoch noch immer eine friedliche Lösung entstehen. Der Krieg in und um Syrien ist weiter eskaliert. In ihm kämpfen die USA und ihre Verbündeten, Russland sowie Frankreich mit Unterstützung Deutschlands angeblich gegen den sogenannten Islamischen Staat, tatsächlich jedoch, wie auch

die Regionalmächte Saudi-Arabien, Türkei und Iran, gegeneinander um Macht und Einfluss. Die USA, Frankreich, die Türkei und Saudi-Arabien haben den Bürgerkrieg in Syrien zum Anlass genommen, einen Regime-Change zu erreichen, nachdem westliche Länder, Saudi-Arabien und Katar in unterschiedlichen Gruppierungen dies bereits in Irak, Libyen und Jemen versucht und diese Länder ins Chaos gestürzt hatten.

Russland dagegen will die syrische Regierung stärken, seine Positionen in Syrien halten und dem Westen zeigen, dass er auch solche Peripherie-Kriege nicht mehr siegreich zu führen imstande ist. Iran steht ebenfalls auf dieser Seite, um der saudi-arabischen Expansion Einhalt zu gebieten. Es ist ein imperialistischer Krieg globaler und regionaler Mächte, dessen Opfer das syrische Volk ist. Millionen Flüchtlinge sind die Folge. Die Kämpfe halten an, die Zahl der Toten, Verwundeten und der Flüchtlinge nimmt zu. Nur wenn alle Mächte akzeptieren, dass es eine militärische Lösung des Konflikts nicht gibt und das Programm, das im November 2015 in Wien beschlossen wurde, umsetzen, kann es eine politische Lösung geben. Vor 1914 und 1939 war es ebenfalls so, dass sich die Kriegsgefahren kumulierten: Durch Wettwüsten und immer mehr zunächst regionale Kriege. Plötzlich kippte alles in den großen Krieg um. Die heutige Lage ähnelt der am Beginn des 20. Jahrhunderts – sie stellt die Friedensbewegung und die Linke vor große Aufgaben.



WWW.ROSALUX.DE/EVENT/55192
WWW.ROSALUX.DE/EVENT/54935

ERHARD CROME IST REFERENT FÜR FRIEDENS- UND SICHERHEITSPOLITIK
IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

MALTE DANILJUK

Globale Umordnung

Der Fracking-Boom in den USA verändert die Geopolitik

Im Sommer 2014 widersprachen die internationalen Entwicklungen erklärend energiepolitischen Grundannahmen. Eine internationale Koalition hatte Libyen zerstört, ohne dass sich eine Ordnungsmacht der dort vorhandenen Rohstoffe bemächtigte.

Eine ähnliche Entwicklung zeichnete sich in Sudan und im Südsudan ab. Auch die Situation im Irak, wo der «Islamische Staat» eine überraschende Offensive durchführte, verstärkte die Annahme, dass die globale Energiepolitik einen fundamentalen Wandel durchmache. Obwohl die Ressourcen für die konventionelle Erdölförderung dabei sind, sich zu erschöpfen (Peak Oil) und seit zehn Jahren ein radikaler Wertzuwachs bei Rohstoffen zu verzeichnen war, trat ab Juni 2014 ein Paradox auf: Wichtige Förderregionen «verwildernden» und der Weltmarktpreis für Rohöl begann zu sinken – trotz eskalierender innenpolitischer Krisen etwa auch in der Ukraine und Syrien. Erwiesen sich Grundannahmen über knappe Ressourcen und internationale Machtpolitik als falsch?

Eine Bestandsaufnahme der globalen Erdölökonomie durch das Forschungsprojekt «Geopolitische und geoökonomische Veränderungen im Umfeld der EU» zeigte zunächst, dass es sich unverändert um einen extrem monopolisierten Bereich der Wirtschaft handelt. Eine Gruppe von 27 Unternehmen, traditionelle westliche Energiemultis, verfügt über 75 Prozent des Branchenkapitals. In nur 13 Förderländern werden 75 Prozent der globalen Erdölversorgung

aus dem Boden geholt. Zudem ist die politische Ökonomie des Erdöls seit Mitte des 20. Jahrhunderts geprägt von einem System von Kartellabsprachen, Quoten und «posted prices», sind die Energiemärkte zudem Gegenstand starker staatlicher Regulierung und sicherheitspolitischer Prämissen. Der Preis für Erdöl bildet vor allem globale Machtverhältnisse ab.

Ausgehend vom größten staatlichen Akteur in diesem Feld, der USA, zeigte sich schnell eine deutliche Systematik in der globalen Umordnung: Ab dem Jahr 2004 reagierte die US-Energiepolitik mit einer industriepolitischen Offensive auf «Peak Oil». Sie zielte darauf ab, mithilfe neuer Technologien wie dem Fracking die inländische Energieförderung anzukurbeln. Die wesentlichen Instrumente bestanden in der öffentlichen Kontrolle über die Schieferölreserven, dem Abbau von Genehmigungs- und Umweltauflagen sowie der Rücknahme von Steuer- und Lizenzabgaben. «Mit einer zwischen Industrie und Regierung koordinierten Kampagne ist es möglich, dass bis zum Jahr 2011 eine Ölschieferindustrie entsteht, die als aggressives Ziel eine Tagesproduktion von zwei Millionen Barrel hat und letztlich, 2020, fähig sein könnte, zehn Millionen Barrel am Tag zu fördern,» heißt es in einem 2004 veröffentlichten Bericht des US-Energieministeriums. Dieses Ziel wurde deutlich erfüllt. Ab 2011 nahm die Öl- und Gasförderung in den USA rasant zu. Die neue Energieunabhängigkeit fand unmittelbar Eingang in außen-

und sicherheitspolitische Strategien. Das erste ausdrückliche Ziel der Fracking-Politik bestand darin, den «weltweiten Preis für Rohöl drücken» zu können, wie es in dem oben genannten Bericht steht. Zudem sollten die neuen Technologien die Grundlage für neue internationale Geschäftsmöglichkeiten bilden. Das eigentliche Großziel besteht darin, außenpolitische Gegner und potentielle Konkurrenten wie Russland oder China zu entmachten, die den Marktzugang für westliche Unternehmen stark einschränken. Dieser «Fracking-Shock» zielt darauf ab, «größere außenpolitische Handlungsfreiheit» zu erlangen, schreibt David Goldwyn in der New York Times im November 2012.

Es zeigte sich, dass die zentralen Ziele der neuen Strategie ab 2011 erreicht wurden. Erstens lässt sich der Preissturz für Rohöl eindeutig auf das radikal erhöhte Angebot aus Nordamerika, den USA und Kanada sowie dem Irak zurückführen. Zweitens zeigte sich, dass das Konzept der technologischen Durchdringung mithilfe der neuen Fördertechnologien eine maßgebliche Rolle in der Ukraine-Krise spielte. Im Rahmen der Global Shale Gas Initiative hatten die großen internationalen Ölkonzerne mit der ukrainischen Regierung Förderverträge abgeschlossen, die das Land weitgehend unabhängig von Energielieferungen der Russischen Föderation gemacht hätten. Mit der Abtrennung der Krim und der Autonomie des Ost-Ukraine verloren die Konzerne ihre Förderregionen. Die Neuformulierung der EU-Energiepolitik ab dem Jahr 2014 folgt exakt den Vorgaben der strategischen Debatten in den Elitenetzwerken der

US-Außen- und Energiepolitik. Die Europäische Energieunion zielt darauf ab, russische Unternehmen aus dem europäischen Energiemarkt zu verdrängen und Voraussetzungen für den transatlantischen Energieexport, vor allem von Flüssiggas zu schaffen. Auch die eskalierenden Konflikte im Nahen und Mittleren Osten lassen sich als Regulierungsdefizit infolge des energiepolitischen Rückzugs der US-Außenpolitik verstehen. Saudi-Arabien, Ägypten und der Türkei kommt dabei eine besondere Verantwortung für die Neugestaltung der Region zu. Inzwischen profiliert sich Saudi-Arabien dort als führende Regionalmacht.

Unter den großen globalen Akteuren ist vor allem die Volksrepublik China von den Kriegen in Nahen Osten und Mittleren Osten betroffen. In Libyen, dem Iran, in Syrien und dem Sudan musste China gigantische Verluste bei seinen Direktinvestitionen verzeichnen. Seit dem Jahr 2013 setzt das Land mit dem Seidenstraßenprojekt nun auf eine Strategie des Wachstums in kleinen Schritten. Die handelspolitischen Strategien um die geplanten Freihandelsabkommen TTIP und TTP laufen analog: auch dort richtet sich die Außenpolitik des amerikanischen Imperiums auf «robuste Maßnahmen» gegen China und die Russische Föderation, die letztlich handelspolitischen Kalkülen folgen.



WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/42192

WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/41078

MALTE DANILJUK IST FELLOW DES INSTITUTS FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

MAXIMILIAN RÖSSLER/THOMAS SABLÓWSKI

ZUVIEL ÖL IST AUCH NICHT GUT

ÜBERPRODUKTION FÜHRT SEIT 2014 ZU PREISVERFALL – MIT GEOPOLITISCHEN FOLGEN

Von Ende der 1990er Jahre bis zur globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 stieg der Ölpreis, vor allem aufgrund der starken Nachfrage in China und anderen sich neu industrialisierenden Ländern. Auch der Terminhandel mit Öl nahm stark zu.

Im Kontext der strukturellen Überakkumulation von Kapital und der Finanzialisierung des Kapitalismus wurden Rohstoffe zu einem «sicheren Hafen» für frei flottierendes Geldkapital. Im Sommer 2008, als in großem Umfang Kapital aus dem Hypothekenmarkt abgezogen und in die Rohstoffmärkte verschoben wurde, kletterte der Ölpreis auf 145 US-Dollar pro Barrel. In der «großen Rezession» der Monate danach fiel der Preis bis auf 30 US-Dollar pro Barrel Ende 2008, um bis 2011 wieder auf über 100 US-Dollar anzusteigen. Der hohe Ölpreis und die Prognosen, dass die Nachfrage langfristig weiter steigen würde, bedeuteten einen starken Anreiz zur Nutzung neuer Fördermethoden für Öl und Gas wie Fracking und zur Erschließung von Vorkommen, die bisher nicht profitabel ausgebeutet werden konnten: Tiefseebohrungen, Ölsand, Ölschiefer. So war die Rohölförderung in den USA aufgrund der Erschöpfung der konventionell ausbeutbaren Ölfelder von über acht Millionen Barrel pro Tag in den frühen 1980er Jahren auf nur noch gut fünf Millionen Barrel pro Tag im Jahr 2008 zurückgegangen. Im Jahr 2015 stieg sie auf mehr als neun Millionen Barrel pro Tag.

Die USA steigerten ihren Anteil an der weltweiten Ölproduktion von 8,7 Prozent im Jahr 2010 auf 12,3 Prozent im Jahr 2014. Betrachtet man auch die Flüssiggasproduktion, so waren die USA 2014 der

weltweit größte Produzent flüssiger fossiler Brennstoffe. Während die Ölproduktion immer weiter ausgeweitet wurde, ging in China das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts zurück. Gleiches gilt für andere Schwellenländer. Die Wirtschaft in der EU und in Japan stagniert seit Jahren. Diese gegenläufigen Entwicklungen von Produktion und Nachfrage führten dazu, dass schließlich ein bis zwei Millionen Barrel Öl am Tag mehr produziert als benötigt wurden, was ab Juli 2014 zum Sinken des Ölpreises führte. Im Unterschied zu früheren Zeiten reagierte die Organisation erdölexportierender Länder (Opec) auf den Preisverfall nicht mit einer Reduzierung der Fördermenge. Der Anteil der Opec an der globalen Ölförderung war soweit zurückgegangen, dass die Opec-Staaten bei einer Drosselung ihrer Produktion mehr Marktanteile an andere Staaten verloren hätten. Stattdessen verfolgte die Opec unter der Führung Saudi-Arabien seit Herbst 2014 die Strategie, Produzenten mit höheren Produktionskosten vom Markt zu verdrängen. Diese Strategie richtete sich vor allem gegen die neu hinzugekommenen Produzenten in Nordamerika im Bereich der nicht-konventionellen Ölförderung. Der Preisverfall schritt dadurch weiter voran.

Trotz des sinkenden Ölpreises stieg die Ölproduktion in den USA bis Juni 2015 weiter. Erst im letzten halben Jahr ist die Produktion leicht gesunken. Durch den niedrigen Ölpreis werden vor allem kleine und mittlere Unternehmen, die aufgrund ihrer hohen Produktionskosten nicht mehr profitabel produzieren können, aus dem Markt gedrängt. Ob die nicht-konventionelle Ölförderung durch



Zwei US-Marinesoldaten nähern sich im Juni 2007 bei einer Patrouillierenfahrt im Persischen Golf einem Öltanker. Foto: Wikipedia Public Domain

den aktuellen Preiskampf dauerhaft eingeschränkt werden kann, ist zweifelhaft. Er beschleunigt lediglich die Konzentration und Zentralisation des Kapitals. Die Zahl der Produzenten wird abnehmen und die großen Ölkonzerne werden überleben.

Inzwischen sind die Preise so niedrig, dass auch die konventionelle Ölproduktion unter Druck gerät. In Gesellschaften, die in hohem Maße vom Ölexport abhängig sind, brechen die Staatseinnahmen ein, soziale und politische Spannungen nehmen zu. Auch in geopolitische Konflikte gerät dadurch neue Bewegung. In Venezuela, dessen Exporteinnahmen fast vollständig und dessen Staatseinnahmen nahezu zur Hälfte aus dem Verkauf von Öl stammen, hat der sinkende Ölpreis die ökonomische und politische Krise des Landes weiter verschärft. Im Iran hat der sinkende Ölpreis die Wirkung der von den USA verhängten Sanktionen, denen sich die EU 2012 angeschlossen hatte, verstärkt. Sowohl die Sanktionen als auch der sinkende Ölpreis haben sicherlich dazu beigetragen, dass der Iran eine Einigung im Atomstreit suchte. Auch das Verhältnis zwischen dem Westen und Russland ist vom niedrigen Ölpreis beeinflusst. Im vergangenen Jahr wurde angesichts der sich verschärfenden Konfrontation spekuliert, dass zukünftig Flüssiggasexporte aus den USA die europäische Abhängigkeit von russischem Gas reduzieren könnten. Das ist Zukunftsmusik, doch unter den wegbrechenden Öl- und Gaseinnahmen leidet Russland schon heute. Diese Situation führte bisher nicht dazu, dass Russland gegenüber dem Westen einlenkt. Vielmehr geht die russische Regierung in die Offensive, um ihre geostrategischen Interessen zu wahren. Die sinkenden Ölpreise nützen – grob gesagt – den kapitalistischen Zentren, und sie schaden den Erdöl exportierenden Ländern der (Semi-)Peripherie, die auf der Basis der Ölexporte versuchen, ihre Industrialisierung voranzutreiben und einen eigenständigen Entwicklungsweg zu beschreiten oder «sozialistische» Umverteilungsprojekte zu finan-

zieren, wie in Venezuela oder Ecuador. Weniger stark vom Preissturz betroffen sind die Monarchien am Persischen Golf und ihre Kompradoren-Bourgeoisien: Diese Länder weisen besonders niedrige Produktionskosten auf und operieren mit Arbeitskraft, die zum großen Teil importiert, billig und politisch bisher vergleichsweise leicht im Zaum zu halten ist. Die Ölrenten werden nur in geringem Maße für die Bildung von Klassenkompromissen oder für nationale Industrialisierungs- und Entwicklungsprojekte benötigt.

Inzwischen gibt es Bemühungen einer Reihe von Erdöl exportierenden Ländern innerhalb und außerhalb der Opec, zu einem Abkommen zur Begrenzung der Fördermengen zu kommen, um dem Preisverfall entgegenzuwirken. Unabhängig davon wird es sicherlich nicht bei dem niedrigen Ölpreis bleiben. Länder wie China oder Indien mit ihrer großen Bevölkerung versuchen, die westliche Produktions- und Lebensweise zu übernehmen. Allgemein ist daher mit einer weiter steigenden Nachfrage nach fossilen Brennstoffen zu rechnen. Die heute bekannten Reserven an nicht-konventionellem Öl werden sich noch schneller erschöpfen als das konventionelle Öl. Die Ölproduktion wird sich noch stärker als heute auf einige Länder konzentrieren, mit Schwerpunkt am Persischen Golf. Zu befürchten ist, dass der Kampf um den Zugang zu Öl sich weiter verschärft und zunehmend mit militärischen Mitteln ausgetragen wird. Dies spricht, ebenso wie das durch die Verbrennung der fossilen Energieträger erzeugte Klimachaos, dafür, alles daran zu setzen, den fossilistischen Kapitalismus möglichst schnell zu überwinden.



WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/36934

WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/38387

MAXIMILIAN RÖSSLER STUDIERT POLITIKWISSENSCHAFT UND PHILOSOPHIE AN DER UNIVERSITÄT BIELEFELD. THOMAS SABLWSKI IST REFERENT FÜR POLITISCHE ÖKONOMIE DER GLOBALISIERUNG IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

NOTFALLS EINE INTERVENTION

DIE «NACHBARSCHAFTSPOLITIK» DER EU IST VON INNEREN BRÜCHEN GEPRÄGT

Die Installation einer «verlässlichen» Regierung in Libyen und der Einsatz von Bodentruppen – für die EU eine Option, um die Flüchtlinge zu stoppen.

Diese Erwägung geht aus einem kürzlich auf Wikileaks veröffentlichten Dokument hervor. Wirklich neu ist diese Art des Agierens nicht. Die Politik gegenüber den südlichen Nachbarn ist seit den 1990er Jahren von einem Mit- und Nebeneinander von wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Initiativen geprägt. Schon in den 1990er Jahren waren die Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) und die Neubestimmung der Innen-, Außen- sowie der Sicherheitspolitik der EU eng miteinander verflochten. Ab 2004 formulierte die EU ihre Europäische Nachbarschaftspolitik, mit der sie die Grundlinien der Politik gegenüber den östlichen und südlichen Nachbarstaaten festlegte. Im Jahr 1995 wurde mit Marokko, Algerien, Tunesien, Ägypten, Israel, dem Libanon, Syrien, Jordanien, mit dem Palästinensischen Autonomiegebiet, der Türkei, Zypern und Malta die euro-mediterrane Partnerschaft (Barcelona-Prozess) ins Leben gerufen. Die Region wurde zum «Gebiet von strategischer Bedeutung» erklärt. Die Nachbarschaftspolitik verschmolz immer mehr mit der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Wesentliche Grundlage für die Gestaltung all dieser Politikansätze ist der Versuch, in der Europäischen Nachbarschaftspolitik zwei Strategien zu kombinieren. Die eine besteht darin, in den umliegenden Ländern Gesellschaften nach dem Bilde der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zu schaffen. Abgesehen davon, dass das dabei zugrunde gelegte Bild demokratischer Gemeinwesen illusorische Züge trägt, wird übersehen, dass die Gesellschaften der Europäischen Union das Produkt spezifischer Klassenseinbeziehungen sind. Die Übertragung von Institutionen westeuropäischer Tradition auf die Länder der Nachbarregionen stellt nicht in Rechnung, welche Kräfteverhältnisse in diesen Ländern existieren und welche sozialen Kräfte mit welcher Organisationsfähigkeit vorhanden sind. Die Ergebnisse dieser Politik haben sich als verheerend erwiesen. Die Idee einer

Verpflichtung zu humanitärer Intervention hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten als pure Interessenpolitik herausgestellt, deren Grundlagen in den Beschlüssen zur EU-Industriepolitik und zur Rohstoff- und Energiesicherheit nachzulesen sind.

Die zweite Strategie ist die der Abschottung. Mit der Verstärkung eines brutalen Grenzregimes wird diese Richtung momentan konsequent vorangetrieben. Besonders deutlich zeigt sich die Problematik der gegenwärtigen geopolitischen Strategie der Europäischen Union im Hinblick auf die Türkei und die Ukraine. Mit ihrer Unterstützung der türkischen Regierung, die vordergründig auf eine Eindämmung der Flüchtlingsströme gerichtet scheint, ist die EU zu einer

«Die Europäische Union kann ihre Probleme nicht mehr im Vorbeigehen lösen.»

Partei im türkischen Bürgerkrieg geworden. In der Ukraine hat die Fixierung auf die Durchsetzung neoliberaler Reformen die Konsequenz, dass die Tendenzen zur Oligarchisierung des Landes nicht eingedämmt, sondern forciert wurden.

Beide Linien der Politik gegenüber den Nachbarstaaten haben zum Ziel, die auseinanderdriftenden Interessen der Mitgliedsländern der Europäischen Union wieder zusammenzuführen. Sie sind eine Flucht vor den Konsequenzen der Politik der vergangenen Jahrzehnte nach außen und nach innen. Die mit der Flüchtlingskrise verbundenen Herausforderungen an die sozialen Sicherungssysteme, an die kulturellen Kapazitäten der Gesellschaft und an die Handlungsfähigkeit der Staatsapparate können von den europäischen Gesellschaften in Folge der Kürzungen und der Reformen von Verwaltung und Sozialsystemen nicht mehr ohne weiteres, sozusagen im Vorbeigehen, bewältigt werden. Nun zeigt sich, dass die-

ser Gesellschaftsumbau tiefe Wirkungen auf das gesellschaftliche Bewusstsein hat. Nicht nur die Tradition der Solidarität der Arbeiterbewegung wurde im Zuge der neoliberalen Reformen zerstört, sondern auch die traditionelle Bürgerlichkeit.

Während die Linke noch damit beschäftigt ist, nach einer eigenen Antwort auf die gegenwärtige Gesellschaftskrise zu suchen, ist von Regierungsseite bereits eine mit entsprechenden Instrumenten versehene Antwort gefunden worden. Die Vereinbarungen zur Asylpolitik auf der jüngsten Sitzung des EU-Rates geben den Weg vor, auf dieser Basis soll ein Konsens in der Flüchtlingsfrage gefunden werden. Sein Ziel ist es, die Konsequenzen des neoliberalen Umbaus der Gesellschaften in der Europäischen Union und ihrer geopolitischen Aktivitäten mit Gewalt vor den Außengrenzen zu halten oder in andere Weltregionen zu exportieren. Damit soll das Kunststück vollbracht werden, die innere ökonomische Einheit der EU zu wahren und gleichzeitig den nationalistischen Bewegungen Raum zu geben und sie im Sinne eines EU-Standort-Nationalismus zu kanalisieren. Ob diese «Quadratur des Kreises» gelingt, ist noch offen – die mittelfristige Ausrichtung auf eine gewaltsame Formen der Gestaltung der internationalen Beziehungen ist damit markiert.

Dieser Antwort muss die Realität echter Solidarität entgegengestellt werden. Der Vorrat an gemeinsamen Interessen der progressiven Kräfte ist hinreichend groß. Eine Kehrseite der neuen Nachbarschaftspolitik ist, dass das Erkennen dieser Gemeinsamkeiten zu einer Überlebensnotwendigkeit wird. Die Verteidigung und Demokratisierung des Öffentlichen, die Reorganisation sozialer Sicherungssysteme, die Organisation lokal und regional verankerter überregionaler, europäischer und globaler Bündnisse für ein selbstbestimmtes Leben in Würde, in solidarischem Miteinander und gesunder Natur für jede und jeden sind Aufgaben, die in der EU wie auch in ihrer Nachbarschaft anstehen.



WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/42143
WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/42202

LUTZ BRANGSCH IST REFERENT TRANSFORMATION DES STAATES IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG



KLIMAPOLITIK Sechs Jahre nach dem grandiosen Scheitern von Kopenhagen haben 195 Staaten im Dezember in Paris ein neues Weltklima-Abkommen beschlossen. Das Ende der Verhandlungen ist der Anfang der Diskussionen: Ist das Ab-

kommen aus linker Perspektive ein Erfolg? Wie wird es den weiteren Umgang mit der globalen Erwärmung prägen? Und was bedeutet es für die Bewegung für Klimagerechtigkeit? Die folgenden Texte geben eine erste Einschätzung.

November 2015: Vor Beginn der Pariser Verhandlungen fordern DemonstrantInnen in Rom mehr globalen Klimaschutz. Foto: picture alliance/NurPhoto

STEFFEN KÜHNE

VÖLLIG UNVERBINDLICH

PARISER ABKOMMEN RETTET DAS KLIMA NICHT – DRUCK VON UNTEN IST WEITER NÖTIG

Zwei Jahrzehnte wurde geredet, die Emissionen stiegen. Das Abkommen von Paris soll das ändern. Ob tatsächlich wirksame Maßnahmen gegen die Erderwärmung ergriffen werden, hängt davon ab, ob genug Druck aufgebaut werden kann – etwa, damit fossile Brennstoffe im Boden bleiben.

Die Erwartungen an den Pariser Klimagipfel COP21 im Dezember waren gleichzeitig enorm hoch und überaus niedrig. Hoch, weil das Zustandekommen eines neuen Abkommens alles andere als selbstverständlich war. Niedrig, weil selbst optimistische Prognosen für ein solches Dokument von Vereinbarungen ausgingen, die uns selbst im unwahrscheinlichen Fall ihrer vollständigen und rechtzeitigen Umsetzung immer noch auf katastrophale Szenarien zusteuern lassen.

Auch wenn Diskussionen um Klimawandel und internationale Klimadiplomatie kompliziert und schwer durchschaubar erscheinen – die zentrale Erkenntnis all der Wissenschaft ist so banal, dass selbst Grundschulkinder sie problemlos erklären können. Die weltweiten Emissionen von Treibhausgasen, allen voran Kohlendioxid, müssen schnell und umfassend reduziert werden, um die Erwärmung des Weltklimas auf ein erträgliches Maß zu drosseln. Seit 20 Jahren finden UN-Konferenzen statt, um diese Eindämmung der Emissionen zu erreichen. Bislang erfolglos. Diese «zwei Dekaden Prokrastina-

tion» sollten mit der COP 21 enden, hatte Richard Kinley, stellvertretender Leiter des UN-Klimasekretariats, im Vorfeld des Pariser Gipfels erklärt. Prokrastination bedeutet Aufschiebeverhalten, Trödelei. Wikipedia definiert sie als «Verhalten, als notwendig, aber unangenehm empfundene Arbeiten immer wieder zu verschieben, anstatt sie zu erledigen.» Ein häufiger Nebeneffekt: die Entfaltung vielfältiger Aktivitäten, die mit dem eigentlich Drängenden allenfalls am Rande zu tun haben. Bleibt man in der Prokrastinationserzählung des Klimadiplomaten, entspricht das Agieren der Weltregierungen auf den bisherigen COP-Treffen etwa dem von Feuerwehrleuten, die vor einem brennenden Haus stehen und erst einmal den Rasen mähen – das Gras soll sich schließlich nicht auch noch entzünden.

Viele der vermeintlichen Teillösungen, die in der Vergangenheit an Stelle verbindlicher Reduktionen und einer adäquaten Finanzierung der Klimaanpassung präsentiert wurden, hatten freilich mehr als bloße Ablenkungsfunktion. Seit ihrer Gründung macht sich die Klimarahmenkonvention (UNFCCC), das für Klimaabkommen zuständige Organ der Vereinten Nationen, für marktförmige Lösungen der Klimakrise stark und entwickelt entsprechende Instrumente. Im Namen des Klimaschutzes wurden Verschmutzungsrechte zur Ware und zum Gegenstand lukrativer Spekulation. Im Namen des Klimaschutzes wurden Landraub und Vertreibung vereinfacht,

fragwürdige großtechnische Lösungen auf den Weg gebracht und Gesetzgebungen im Sinne eines vereinfachten Zugriffs auf Natur verändert. Dennoch lagen große Hoffnungen auf der Weltklimakonferenz. Dass ihre Ergebnisse weithin als Durchbruch und großer Erfolg gefeiert wurden, ist aus der Perspektive der Feiernden verständlich. Es sagt aber auch viel darüber aus, was hier unter Erfolg verstanden wird. Gemessen an dem, was der Gipfel erreichen konnte, verlief er in der Tat erstaunlich gut: 195 Staaten und die EU stimmten einem Text zu, der den kompletten Ausstieg aus fossilen Energien und eine Begrenzung der Erderwärmung auf «deutlich» unter zwei Grad Celsius zum Ziel erklärt, der eine Umverteilung von Technologie und Finanzen von Nord nach Süd vorsieht und die Rechte von Beschäftigten und Klimaflüchtlingen erwähnt. Leider bleibt all dies völlig unverbindlich. Konkrete Mechanismen, Garantien oder die Möglichkeit zu Sanktionen fehlen. Die vorgelegten Reduktionsverpflichtungen der Staaten bleiben freiwillig und summieren sich zu einer Menge, die eher auf das Doppelte jener 1,5 Grad Erwärmung hinauslaufen, die der Vertragstext anstrebt.

Die größte internationale Staatenkonferenz der Menschheitsgeschichte hat nicht das Klima gerettet, aber in den Augen vieler Beteiligten immerhin die Klimadiplomatie vor dem völligen Legitimationsbankrott. Insofern dokumentiert der «historische» Gipfel von Paris die Möglichkeiten, aber auch die engen Grenzen, in denen internationale Diplomatie Lösungen für die Klimakrise entwickeln kann. Anders formuliert: Die Regierungen der Welt werden auf absehbare Zeit und unter den gegebenen Bedingungen kaum in der Lage sein, von sich aus geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die zur Erreichung der formulierten Ziele ausreichen. Es mag manchen lös-

tig erscheinen, dass derlei Artikel an dieser Stelle immer diffus zur Notwendigkeit eines «Drucks von unten» überleiten. Doch genau darum geht es.

Ob der Gipfel einen wirklichen Wendepunkt darstellt oder seine Ergebnisse am Ende nur einmal mehr geduldiges Papier in vielen Sprachen waren, wird erst noch entschieden. Während weite Teile von Wissenschaft und Zivilgesellschaft sich darauf ausrichten, das Pariser Abkommen und seine UnterzeichnerInnen beim Wort zu nehmen und sich auf die Verhandlungen der COP 22 in Marrakesch vorbereiten, bemühen sich soziale Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen, die Ende 2015 gewonnene Aufmerksamkeit für das Klimathema durch Proteste in dauerhaften politischen Druck zu übersetzen. Ein Schwerpunkt liegt auf der Forderung nach dem Verbleib fossiler Brennstoffe in ihren Lagerstätten. Eine internationale Kampagne mobilisiert unter dem Titel «Break Free 2016» für Mai zu weltweit abgestimmten Aktionen gegen Kohle, Gas und Öl – damit «nach dem Klimagipfel» nicht nur «vor dem Klimagipfel» ist, sondern auch den Einstieg bedeutet in eine neue und breit aufgestellte Entschlossenheit im Kampf um gerechte Lösungen. An zwölf Standorten auf sechs Kontinenten soll protestiert werden, auch in Deutschland. Für das Pfingstwochenende plant das Bündnis «Ende Gelände» eine Massenaktion zivilen Ungehorsams und will die Braunkohlebagger der Lausitz möglichst lange stillstehen lassen. Das Wetter soll gut werden.

 WWW.ROSALUX.DE/COP21
[HTTP://BREAKFREE2016.ORG](http://BREAKFREE2016.ORG)

STEFFEN KÜHNE IST REFERENT NACHHALTIGKEIT UND SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

MANFRED SCHWARZ

KEINE ZEIT ZUM WARTEN

ABKOMMEN GILT FRÜHESTENS AB 2020 – DABEI IST SEIN INHALT LÄNGST ÜBERFÄLLIG

Wie geht es nach dem Gipfel weiter? Die Frage stellt sich in Wirklichkeit noch gar nicht. Denn das Pariser Abkommen wird frühestens in vier Jahren in Kraft treten.

Bis dahin gilt weiterhin die Kyoto-II-Vereinbarung. Das Abkommen von Paris tritt im Jahr 2020 in Kraft, wenn es bis dahin mindestens 55 Staaten in nationales Recht umsetzen, diese müssen zusammen mindestens für 55 Prozent der globalen Kohlendioxid-Emissionen verantwortlich sein. Selbst wenn das Paris-Abkommen dadurch international verbindlich wird – die nationalen Einsparziele, die die Staaten bisher freiwillig bei der UN zugesagt haben, reichen nur aus, um die globale Erwärmung gegenüber den vorindustriellen Zeitalter auf 2,5 bis 2,7 Grad zu begrenzen. Zuviel angesichts des allgemein akzeptierten Zwei-Grad-Ziels und viel zu viel, wenn die Weltgemeinschaft, wie im Paris-Abkommen bekräftigt, den Temperaturanstieg in Richtung 1,5 Grad drücken will.

Gerade erst hat Greenpeace in einer Studie vorgerechnet, was eine Begrenzung der Temperaturerhöhung auf 1,5 Grad für die Bundesrepublik bedeuten würde, sofern die Klimapolitik auf die Verpressung großer Mengen Kohlendioxid in der Erdkruste, die sogenannte CCS-Technologie, verzichten will und zugleich den armen und ärmsten Ländern der Welt noch einige Jahre steigende Emissionen zugebilligt werden. Unter diesen Bedingungen müsste Deutschland

den Kohlendioxid-Ausstoß so stark verringern, dass er ab dem Jahr 2035 nahe Null liegt – und nicht erst 15 Jahre später, wie es der Klimaschutzplan vorsieht, den die Bundesregierung derzeit ausarbeitet. Schon lange vor dem Inkrafttreten des Paris-Abkommens muss deshalb Klimapolitik völlig neu gedacht werden. Der Klimawandel hat in den letzten Jahren eine ungeahnte Dynamik entfaltet. Wärmste Monate und Jahre reihen sich aneinander, die Wissenschaft diskutiert nicht mehr, ob die Eismassen Grönlands oder der Antarktis schmelzen, sondern nur noch, wie lange das Wegtauen dauern wird. Auch die tragische Flüchtlingskrise hat den Blick für die Folgen des Klimawandels geschärft.

Allerdings muss man sich vor einfachen Ursache-Wirkungs-Schemata hüten. Wenn es über Jahre in einer Region nicht regnet, kann das bei ausbleibender Hilfe oder fehlenden Anpassungsmaßnahmen in einer humanitären Katastrophe enden, muss aber nicht. Wir sind dem Klimawandel keineswegs hilflos ausgeliefert. Darauf weisen Linke und ÖkologInnen nicht zu Unrecht hin und hinterfragen, wie etwa auf den Veranstaltungen der Stiftungen während des Klimagipfels in Paris, die «klassische» Klimadiplomatie. KritikerInnen weisen darauf hin, dass es vor allem an Mechanismen fehlt, um die Verursacher des Klimawandels zur Verantwortung zu ziehen: Die Verhältnisse im Welthandel sind weiterhin höchst ungerecht, eine



Raffinerie eines österreichischen Ölkonzerns in der Nähe von Wien. Foto: Miroslav Petrasko/Flickr (CC BY-NC-ND 2.0)

wirksame Kohlendioxid-Steuer ist nicht in Sicht, das Vermögen der Reichsten und Superreichsten darf zu Lasten der Beschäftigten und der Umwelt weiter wachsen. Für die Stiftungsvorsitzende Dagmar Enkelmann zeigen die Auseinandersetzungen um den Pariser Vertragstext daher, dass die Regierungen «Begleitung, Mahnung und Druck von außen» brauchen. Für Enkelmann steht außer Frage, dass die massiven Eingriffe in die Natur, der Raubbau an ihr vor allem die Ärmsten auf der Welt trifft sowie die indigenen Völker und die heranwachsenden Generationen: «Das Recht auf ausreichende gesunde Ernährung, aber auch das Recht auf Wohnung, auf Heimat, auf ein selbstbestimmtes Leben sind massiv bedroht», so Enkelmann. Daher seien verbindliche Maßnahmen nötig, die wirklich weiterhelfen.

Einen globalen Kurswechsel durchzusetzen erscheint umso dringlicher, als auf dem Treffen der G20-Finanzminister im Februar die wirtschaftlich führenden Nationen wie eh und je ihr Wachstumscredo verkündeten: «Industrie 4.0», digitale Revolution und Freihandel sind die Stichworte. Die zunehmende Ungleichheit in der Welt wurde von den Mächtigen zwar auch thematisiert, höhere Steuern für die Reichen fanden jedoch nicht viel Zustimmung. Dennoch hat der sechsjährige Verhandlungsprozess nach dem Scheitern des Kopenhagener Gipfels 2009 die klimapolitische Welt grundlegend verändert. So bekannten sich die beiden größten Kohlendioxid-Emittenten USA und China zu ihrer Verantwortung für die Erderwärmung. Zusammen sind sie für 44 Prozent der weltweiten Emissionen verantwortlich. Ein Klimaschutzprozess, der diese beiden Staaten – wenn auch mit Zugeständnissen – nicht ins Boot holt, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. Gerade China zeigt, wie dynamisch die Entwicklung beim Klimaschutz sein kann. Ging zunächst darum, den Smog in Peking und ande-

ren Großstädten zu mildern, hat das Land inzwischen beschlossen, tausend Kohleminen stillzulegen. Für dieses Jahr kann es mit neu installierten 32.500 Megawatt Windkraft und 18.300 Megawatt Solarstrom neue Rekorde bei Zuwachs der erneuerbaren Energien verbuchen. Eigentlich wollte China erst 2030 seinen Scheitelpunkt bei den Kohlendioxid-Emissionen erreichen, danach sollten sie allmählich sinken. Nun könnte es, unterstützt auch durch ein schwächeres Wirtschaftswachstum, schon deutlich früher der Fall sein.

Für den Klimaexperten Reimund Schwarze vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung spielen – neben der Diplomatie – «glaubhafte Versprechen für eine grüne Zukunft» künftig die entscheidende Rolle beim Umsteuern in Richtung Nachhaltigkeit. «Solarallianzen, Smart Cities und Sustainable Investment» sind für ihn der Stoff, aus dem das «Wunder von Paris» gewoben wurde. Für Schwarz werden die Säulen einer neuen «Weltumweltpolitik» aus Umweltschutz und Umverteilung immer deutlicher. «Aber das ist kein Prozess «von oben»», sagt er. Dieser gehe auf vielen Ebenen vor sich: über Staatenallianzen für erneuerbare Energien bis hin zu einer Art «Weltbürgerbewegung».

Dazu kann auch ein großes internationales Netzwerk von KlimaaktivistInnen beitragen, als deren Teil sich die Stiftung verstehe, wie Dagmar Enkelmann in Paris erklärte. Die Stiftung war zum ersten Mal bei einem Klimagipfel offiziell registriert und mit einer großen internationalen Delegation vertreten. Dieses Engagement soll keine Eintagsfliege bleiben. «Klimagerechtigkeit, Menschenrechte und Klimawandel sind wichtige Themen unserer internationalen Arbeit», hatte Enkelmann in Paris die Richtung vorgegeben.



WWW.ROSALUX.DE/NEWS/41961

WWW.ROSALUX.DE/NEWS/42005

MANFRED SCHWARZ IST UMWELTJOURNALIST IN BERLIN



Ende Februar 2016: Wütende Flüchtlinge versuchen in der Nähe des griechischen Dorfs Idomeni, den Grenzzaun zu Mazedonien niederzureißen. Die Polizei antwortet mit Tränengas. Wenige Tage später gelingt einer Gruppe von MigrantInnen der Grenzübertritt – sie durchqueren dabei einen reißenden Fluß. Die Asylsuchenden werden aber von den mazedonischen Behörden zurückgeschickt. Foto: Reuters/Alexandros Avramidis

HORST KAHRS

BEREIT ZUR VERTEIDIGUNG

DIE UMGEKEHRTE GLOBALISIERUNG ERREICHT DIE BUNDESREPUBLIK. DAS FEHLEN EINER KOORDINIERTEN EINWANDERUNGSPOLITIK BRINGT DIE POLITIK IN NOT

Es ist noch nicht lange her, da jubelten die Medien über die «Willkommenskultur» in Deutschland. Inzwischen ist die Debatte gekippt: Heute geht es darum, wann Merkel ihren Kurs korrigiert und ob die Flüchtlingskrise das baldige Ende ihrer Kanzlerinnenschaft bedeutet.

In einer jüngsten Umfrage waren knapp 30 Prozent der Befragten dafür, dass an den deutschen Außengrenzen auf unbewaffnete Männer, Frauen und Kinder geschossen werde, um diese notfalls am Grenzübertritt zu hindern. 30 Prozent der Befragten

glaubten, dass sich ihre künftige persönliche Situation durch die Flüchtlinge «verschlechtern» würde, darunter überdurchschnittlich viele Erwerbstätige und StudentInnen. Über 70 Prozent der AfD-AnhängerInnen glaubten an eine solche persönliche Verschlechterung der Lage, 34 Prozent der NichtwählerInnen und 31 Prozent der Linkspartei-AnhängerInnen. Eine Mehrheit der Befragten vertrat die Auffassung, dass die Regierung die Kontrolle über die deutschen Grenzen verloren und die Lage nicht mehr im Griff habe. Viele der Befragten erklären in der Umfrage, dass sie wegen der erwarteten



Veränderungen durch die Aufnahme von Hunderttausenden Fremden im Land nicht nur höchst besorgt seien – sondern nervös, gereizt oder hysterisch. Die systematische Verbreitung von Gerüchten über angebliche Vergewaltigungen in den (a)sozialen Medien zeigt, wie sehr sich fragmentierte Öffentlichkeiten bereits von einem allgemeinen öffentlichen Diskurs abgewendet haben. Niemand weiß, ob und wann diese Stimmung zum gewalttätigen Mob entgleisen kann. Sie beschäftigt die Regierungspolitik auf jeden Fall stärker als die Not der Flüchtlinge, zumindest den Unionsteil der Koalition. Diejenigen, die um ihre Privilegien fürchten, bestimmen die politische Landschaft, nicht die Mehrheit, die die humanitäre Auffassung eint, dass Menschen in Not ein freundliches Gesicht gezeigt und geholfen werden sollte. Die Gründe liegen nicht nur auf der Seite der populistischen Protestbewegung, sondern wurzeln im Aufbau der politischen Landschaft selbst. Auf politischer Ebene herrschte bereits weitgehend Einigkeit darüber, dass Deutschland ein Einwanderungsland sei, auch wenn unterschiedliche soziale und politische Milieus dem mehr oder weniger zustimmten. Doch dieser Konsens mündete nie in ein gesellschaftspolitisches Leitbild und Einwanderungsgesetz. So musste er unter Druck geraten, sobald von der einzigen legalen Möglichkeit einzuwandern, dem Asylrecht, massenhaft Gebrauch gemacht werden würde. Das Asylrecht für politisch Verfolgte verlangt ebenso wie die Genfer Konvention zum Schutz von Kriegsflüchtlingen als bedingungsloses Menschenrecht eine bedingungslose Pflicht zur Hilfe. Eine Kontrolle über die Zahl der Zuwandernden ist nur um den Preis der Aushöhlung dieser Rechte möglich (etwa durch den Rechtsbegriff «sichere Herkunftsstaaten» oder durch Abkommen wie Dublin II).

Demgegenüber steht das legitime Bedürfnis eines Einwanderungslandes, zu wissen, wie viele und welche Menschen kommen, und zu regeln, welche Verpflichtungen von diesen einge-

«WEGKOMMEN VON DER OPFERPERSPEKTIVE»

MIGRATIONSREFERENT PERINELLI ÜBER DIE SILVESTEREREIGNISSE VON KÖLN

Massimo Perinelli ist seit März Referent für Migration in der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Zuvor arbeitete der Historiker an der Universität Köln zu Migrationsgeschichte und zur Geschichte der Sexualität.

Was ist in der Silvesternacht in Köln passiert?

Perinelli: Genaues ist in vielen Fällen noch unklar. Klar ist, dass die Ereignisse eine rassistische Lawine losgetreten haben, die noch nicht gestoppt ist. Sie gipfelte im Asylpaket II, das der Bundestag ohne jegliche parlamentarische Auseinandersetzung beschlossen hat. Der Bereich um den Kölner Dom und den Hauptbahnhof war immer wieder ein Ort sexualisierter Gewalt. Neu ist der Hintergrund, vor dem diese Gewalt diskutiert wird.

Wie haben die UnterstützerInnen von Geflüchteten reagiert?

Perinelli: Es gab Flugblätter, Demonstrationen, auch Frauendemonstrationen, Plena, Arbeitskreise, Artikel und vieles mehr. In Köln kamen Frauen zu einer Frauen-Vollversammlung zusammen – die letzte fand vor zehn Jahren statt. Viele der UnterstützerInnen haben den Zusammenhang zwischen sexualisierten Gewalttaten und der Herkunft der Täter entschieden zurückweisen. Hingegen haben einige syrische Flüchtlinge in einem Flugblatt erklärt, dass der Respekt vor Frauen Teil ihrer Kultur sei, sie haben diesen Zusammenhang – wenn auch umgekehrt – also bestätigt. Das ist verständlich, denn diese Leute stehen jetzt mit dem Rücken zur Wand.

Was bedeutet das für Linke?

Perinelli: Wir müssen deutlich machen: Feministische Reaktionen sind nicht per se anti-rassistisch und anti-rassistische Positionen sind oft paternalistisch. Geflüchtete werden von anti-rassistischen Gruppen häufig aus einer Opferperspektive wahrgenommen, die ihnen nicht zugesteht, vollständige Subjekte zu sein – was einschließt, dass sie auch kriminell sein können. Viele Geflüchtete sind in reinen Männermilieus untergebracht und von jeglicher Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, etwa durch Arbeit, ausgeschlossen. Das bringt Männerbünde hervor, die dann für Frauen, aber auch für andere Männer gefährlich werden können.

Welche Debatten sind zu führen?

Perinelli: Vorherrschende Strömungen des Feminismus kulturalisieren den Sexismus. Sie behaupten, dass unter den Eingewanderten eine Kultur der Unterdrückung von Frauen herrsche. Das müssen Linke offensiv angehen. Zentral sind Forderungen, sowohl die Rechte von Frauen als auch die Rechte von MigrantInnen insgesamt zu stärken. Dazu gehört das Recht auf Arbeit, Bildung, auf individuelle Freiheit und freie Wahl des Aufenthalts und die Ermöglichung von Familiennachzug.

FRAGEN: RAMONA HERING



Massimo Perinelli

gangen werden sollen. Wenn das Asylrecht das einzige Tor ins Land ist, bedeutet das aus Sicht der MigrantInnen und all derjenigen Kräfte in der Gesellschaft, die das Menschenrecht auf Bewegungsfreiheit verteidigen: Wer kommt, muss ein Flüchtling sein. Damit dominiert die Auffassung, dass Flucht der einzig legitime Grund für Zuwanderung ist. Alle anderen Gründe, bei denen es nicht um das nackte Überleben, sondern um die verschiedenen Formen des Menschenrechts auf Suche nach irdischem Glück geht, gelten dann als schäbige Gründe. Diese systematisch erzeugte Blindheit gegenüber den Tatsachen der globalen Migration, macht die MigrantInnen zu Flüchtlingen und damit zu hilfsbedürftigen Opfern. Das macht die Debatte nicht einfacher, wie sich nach der Silvesternacht zeigte.

Tatsächlich kann man wissen, dass sich seit einigen Jahren massenhaft Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus in Europa aufhalten, dass sie für ihr Überleben auf illegale Einkommen, ethnische Communities und trickreiches Ausnutzen des Asylrechts angewiesen sind. Gleiches gilt vermutlich für etliche jetzt neu Ankommende. Für alle gilt: Ohne Rechtsstatus kein Grund, sich an Recht und Gesetz zu halten. Die Migrationsbewegungen, die dieses Jahrhundert prägen werden, müssen als umgekehrte Globalisierung begriffen werden: Die Menschen folgen aus sozialer Hoffnungslosigkeit den Wegen des Reichtums. Sie werden es angesichts der sozialen Perspektiven in den maghrebinischen und nahöstlichen, aber auch vielen afrikanischen Staaten und den Folgen des Klimawandels auch in Zukunft tun: «Euer Reichtum ist unsere Perspektivlosigkeit.» Die EU-Staaten reagieren auf diese Form der Globalisierung mittlerweile mit einer forcierten Nationalisierung, Europa droht das «Europa der Vaterländer». Eine Europäisierung der Migrationspolitik, wie die Kanzlerin sie anstrebt(e), wird es nicht geben.

Nur diejenige politische Kraft, die die soziale Frage als eine Frage globaler Gerechtigkeit begreift und erklärt, die deutlich machen kann, dass die globale soziale Spaltung die nationale Spaltung dominiert, kann sich aus der Falle des aufstrebenden Populismus und sozialen Nationalismus befreien und am Universalismus der Menschenrechte als Grundlage des Zusammenlebens glaubhaft festhalten. Die linken gesellschaftlichen Kräfte müssen ihre Debatten den veränderten Gegebenheiten anpassen. Zu denen zählt auch, dass angesichts absehbarer Wahlerfolge der AfD bis auf weiteres Koalitionen zwischen Union und SPD wahrscheinlich sind. Von diesen kann eine gesellschaftspolitische Richtungsentscheidung nicht erwartet werden. Praktisch vorbereitet und gestaltet wird diese derzeit in den Kommunen. Dort wird über den Umgang mit den Neuen, den Fremden entschieden, Aufnahme oder Ausgrenzung gelebt, dort wird die Grenzen des Machbaren anstelle des Wünschbaren ausgelotet. Eine gesellschaftspolitische Richtungsentscheidung entsteht dann, wenn diese lokale Praxis mit einem Leitbild für die Rolle und Verantwortung des Landes in einer komplexen globalen Welt verbunden wird, wenn geklärt wird, dass die «Bekämpfung von Fluchtursachen» nichts mit der Bundeswehr, aber viel mit neu geordneten Wirtschaftsströmen zu tun hat. Es kommt nicht allein auf die Verteilungsfragen zwischen oben und unten an, sondern auch auf die Lebensweise, den politisch auszutragenden Streit um die elementaren Regeln des Zusammenlebens.



WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/42193
WWW.HORSTKAHRS.DE

HORST KAHRS IST REFERENT FÜR KLASSEN- UND SOZIALSTRUKTURANALYSE IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

SEVIM DAGDELEN

FLÜCHTLINGEN HILFT FRIEDEN

NÖTIG SIND ABRÜSTUNG GEGENÜBER MIGRANTINNEN UND EINE SOZIALE OFFENSIVE

Mehr als 60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht, so viele wie seit Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr. Sie fliehen vor Krieg, Unterdrückung, Verfolgung und Armut – eine Folge der militaristischen Außenpolitik der letzten Jahre und der herrschenden Wirtschaftsordnung.

Was den meisten hierzulande wohl nicht bewusst ist: Das Gros der Flüchtlinge, rund 90 Prozent, findet Aufnahme in Entwicklungsländern. Auch wenn die Bilder und Berichte der vergangenen Monate Gegenteiliges suggerieren, kommen nur die wenigsten in die reichen Städte und Gemeinden der Industriestaaten. Die gilt es menschenwürdig unterzubringen und in die Gesellschaft zu integrieren. Es ist eine zweifellos große Aufgabe, aber eine, die zu leisten ist – wenn denn der politische Wille vorhanden ist und die notwendigen finanziellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Zehntausende Menschen leisten seit Monaten Großartiges. Sie helfen als Ehrenamtliche in Flüchtlingsunterkünften, beim Ämtergang und bei der Wohnungssuche. Sie haben sich nicht kirre machen lassen von den Fragen, wie lange denn die «Willkommenskultur» noch aufrechterhalten werden kann. Sie machen weiter, auch wenn sie nicht mehr wie zuvor in den Hauptnachrichtensendungen und auf den Titelseiten der Zeitungen gewürdigt werden. Sie wollen weiterhin den Alltag für die Tausenden von Menschen ein wenig erträglicher machen, die in tristen, lauten, überfüllten Sammelunterkünften ihre Tage zubringen. Sie nehmen Kinder mit zum örtlichen Fußballverein und geben Deutschkurse, neben vielen weiteren Angeboten. Ohne diese vielfältige freiwillige Hilfe wäre das in den vergangenen Jahren kaputtgesparte öffentliche System zusammengebrochen.

Notwendig ist jetzt eine große soziale Offensive des Staates, die allen zugutekommt – mit massiven Investitionen in Bildung, in den sozialen Wohnungsbau und das Gesundheitswesen, mit einer Zurückdrängung des Niedriglohnssektors, Arbeits- und Ausbildungsförderung, mit dem Abbau der prekären Beschäftigung, mit einer sanktionsfreien sozialen Mindestsicherung und der Bekämpfung von Altersarmut.

Die Partei DIE LINKE hat dazu ein Programm für die kommenden Jahre ausgearbeitet. Notwendig sind Investitionen von 25 Milliarden Euro in Wohnungsbau, Bildung und die Stärkung des öffentlichen Dienstes als Sofortmaßnahmen. Mittel- und langfristige muss ein 100 Milliarden Investitionsprogramm aufgelegt werden. Finanziert werden kann und muss das unter anderem durch Steuermehreinnahmen und Umschichtungen im Haushalt. Der Etat von Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen ist hierfür prädestiniert. Die Einführung einer Millionärssteuer und die Reform der Erbschaftssteuer sind überfällig. Es kann nicht sein, dass Flüchtlinge gegen ALG-II-BezieherInnen und RentnerInnen ausgespielt werden – und Pegida und AfD weiteren Zulauf erhalten. Wer die soziale Frage nicht ins Zentrum der Flüchtlingsdebatte stellt, überlässt das Feld den rechten Demagogen.

Grundsätzliches Ziel muss indes sein, Menschen erst gar nicht zu Flüchtlingen zu machen. Die NATO-Staaten, darunter auch Deutschland, sind mit ihren Interventions- und Staatenzerstörungskriegen

der vergangenen Jahre maßgeblich dafür verantwortlich, dass Millionen Menschen ihr Zuhause verloren haben. Fluchtursachen tatsächlich zu bekämpfen heißt aber vor allem, der militaristischen Außenpolitik eine Absage zu erteilen. Denn woher stammen die meisten Menschen, die in den vergangenen Jahren nach Deutschland gekommen sind? Aus Afghanistan, aus dem Irak, aus den Nachfolgestaaten Jugoslawiens, aus Libyen und aktuell aus Syrien. Die Bundesregierung will «Perspektiven für Flüchtlinge schaffen», wie es in einer Werbebroschüre des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung heißt. Was damit



Audiomitschnitt
unter
[www.rosalux.de/
event/55057](http://www.rosalux.de/event/55057)

RAMONA HERING

ZIEMLICH GEFÄHRLICH

ÜBER DIE LAGE IN DEN SOGENANNTEN
«SICHEREN HERKUNFTSSTAATEN»

Der Begriff der «sicheren Herkunftsländer» tauchte in Deutschland erstmals 1992 auf. Damals wie heute war er umstritten. Denn die so bezeichneten Länder sind in der Praxis oft alles andere als sicher.

Das zeigte Anfang Februar eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin. Der Begriff, der in Deutschland erstmals mit dem «Asylkompromiss» von 1992 auftauchte, habe dem Gesetzgeber die Möglichkeit eröffnet, verfolgungsfreie Herkunftsländer zu bestimmen, erläuterte Meike Riebau von der Refugee Law Clinic. Schon damals sei das Konzept der sicheren Herkunftsländer umstritten gewesen. Amnesty International, Pro Asyl und viele JuristInnenen kritisierten, dass der Anspruch auf ein individuelles und faires Asylverfahren mit unvoreingenommener Prüfung stark eingeschränkt und in vielen Fällen unmöglich gemacht werde. «Eine faire und individuelle Prüfung wird zusätzlich erschwert, weil die die Betroffenen aus einem «sicheren» Herkunftsstaat seit 1992 nur noch eine Woche Zeit haben, um bei einer Ablehnung Einspruch zu erheben», so Riebau.

Betroffen waren davon in den vergangenen Jahren viele Roma. Kenan Emini von der Initiative «Alle bleiben» beschrieb die trostlose Realität, die die Abgeschobenen im Kosovo erwartet. Roma sind Emini zufolge vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Auf sie treffe die «kumulative Diskriminierung» zu, bei der mehrere Formen der Diskriminierung zusammen einen Verfolgungstatbestand im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention ergeben.

Die EU wie auch Deutschland argumentieren, das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten sei mit der Genfer Flüchtlingskonvention konform. Das UN-Flüchtlingshilfswerk hingegen bezeichnet es als völkerrechtswidrig. Auch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte kenne den Begriff des sicheren Herkunftslandes nicht, sagte Wiebke Judith von Amnesty International Berlin. «Die Perversion der sogenannten sicheren Herkunftsstaaten findet gegenwärtig ohne Gesetz an der EU-Außengrenze statt», berichtete Conny Ernst, Abgeordneter der LINKEN im Europaparlament, über die Erfahrung mit dem Konzept in der Praxis. Mazedonien mache ein Screening und lasse nur noch Menschen aus drei Nationen durch. Alle anderen würden keine Einzelfallprüfung bekommen. «Das Asylrecht wird komplett über den Haufen gefahren.»

Und die deutsche Liste der sicheren Herkunftsstaaten soll um Länder wie Algerien, Marokko, Tunesien und die Türkei erweitert werden. Laut Amnesty International und Human Rights Watch sind Folter, systematische Verfolgung und Gewaltandrohung in diesen vier Ländern gängige Praxis. Die Veranstaltung hat deutlich gemacht: Das Konzept der sicheren Herkunftsländer ist vor allem ein Abwehrmechanismus, der zum Ziel hat, Menschen aus jenen eben nicht sicheren Staaten fernzuhalten. Es verstößt fundamental gegen internationales Recht.

RAMONA HERING IST REFERENTIN FÜR EUROPÄISCHE POLITIK IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

gemeint ist, ist dort erklärt: «Fluchtursachen bekämpfen, Aufnahme-regionen stabilisieren, Flüchtlinge unterstützen». Drei Milliarden Euro stelle er für «Sonderinitiativen» in diesem Bereich zur Verfügung, bekundet Minister Dr. Gerd Müller.

Doppelt soviel ist dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan von Kanzlerin Angela Merkel versprochen worden, damit er Flüchtlingen den Weg nach Westeuropa versperrt. Das ist mehr als zynisch, denn der Autokrat Erdogan ist der personifizierte Fluchtverursacher. Er führt Krieg gegen die eigene Bevölkerung im Südosten des Landes, mehr als 200.000 Kurden hat er dort zur Flucht gezwungen. Und er arbeitet mit terroristischen Banden bis hin zum «Islamischen Staat» zusammen, die das Nachbarland Syrien weiter im Krieg versinken lassen. Das NATO-Land Türkei ist für den IS und ähnliche Gruppen Erholungsraum und Sammelgebiet. Mit ihren direkten und indirekten Interventionen in Syrien hat die türkische Führung – ebenso wie Deutschlands «Stabilitätsanker» im Nahen Osten, Saudi-Arabien – den Krieg dort eskalieren lassen und verlängert, und damit für immer mehr Flüchtlinge gesorgt.

Wer Fluchtursachen wirklich bekämpfen will, muss Despoten wie Erdogan und den saudischen Kopf-Abhackern in den Arm fallen, statt sie zu umarmen, wie dies CDU, CSU und SPD weiter tun. Wer Fluchtursachen bekämpfen will, muss für wirkliche Friedenspolitik eintreten statt Bundeswehr und NATO in immer mehr «humanitäre Einsätze» zu schicken. Wer Fluchtursachen bekämpfen will, muss sich für eine Schließung der US-Militärstützpunkte in Deutschland stark machen, allen voran der Airbase in Ramstein, über die Washingtons weltweites Drohnenmordprogramm abgewickelt wird.

Und: Es braucht eine andere Wirtschaftsordnung. Die aktuelle Fluchtbewegung ist eine direkte Folge des globalen Kapitalismus, konstatiert der Philosoph Armen Avanesian im Februar 2016 im Philosophie Magazin: «Die zutiefst ideologische Unterscheidung von (legitimen) Kriegsflüchtlingsen und (illegitimen) Wirtschaftsflüchtlingsen kann aus der Perspektive der ökonomischen Besitzverhältnisse nicht aufrechterhalten werden. Kriegsflüchtlingse sind Opfer einer bellizistischen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsflüchtlingse Opfer einer Durchsetzung geopolitischer Interessen mit anderen, «nur» ökonomischen Mitteln.»

Sein Kollege Marc Crépon, Direktor des Forschungszentrum CNRS Paris, erinnert ebenfalls im Philosophie Magazin an die «moralische Pflicht», Geflüchtete aufzunehmen. «Wenn man heute über die Frage des Asylrechts und über die Aufnahme von Ausländern diskutiert, in einer Welt voller Gefahren, in der die extreme Gewalt in immer mehr Staaten zunimmt (in Syrien, in Libyen, im Irak), so muss man sich zuallererst bewusst machen, dass die Zustimmung oder Ablehnung, sie aufzunehmen, in vielerlei Hinsicht der Macht über Leben und Tod gleichkommt.» Und weiter: «Ob man will oder nicht, kommt der Wille, Geflüchtete zurückzuweisen und sie so der sicheren Gewalt auszuliefern, einer Billigung zum Mord gleich.»

Harte Worte, aber so ist die Realität. Und die ist Handlungsmaxime für linke Politik. In Sachen Integration und Achtung des Grundgesetzes sind die rechten Hetzer und (geistigen) Brandstifter, die Prediger des Antihumanismus und ihre Schlägertruppe eine größere Herausforderung als die zu uns gekommenen Migranten.



WWW.SEVIMDAGDELEN.DE/EIN-LEERES-FELD
[HTTP://LINKSFRAKTION.DE/THEMEN/ASYL-FLUCHT](http://LINKSFRAKTION.DE/THEMEN/ASYL-FLUCHT)

SEVIM DAGDELEN IST BEAUFTRAGTE FÜR MIGRATION UND INTEGRATION DER LINKSFRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG UND SPRECHERIN FÜR INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

JOHANNA BUSSEMER/DAGMAR ENKELMANN

WEDER VOR NOCH ZURÜCK

VIELE GEFLÜCHTETE SITZEN IN GRIECHENLAND FEST. BESUCH IM CAMP ELENIKON

Mitte Januar 2016: Ein stürmischer Tag in der Provinz Attica. Auf der Fahrt zu einem der größten Flüchtlingscamps Griechenlands sehen wir die Brandung hoch an den Strand schlagen. Eine spricht aus, was alle im Auto denken: «Bei dem Wetter werden viele die Überfahrt nicht überleben.»

Immer noch kommen täglich 3.500 bis 4.000 Flüchtlinge in Griechenland an. Unsere Befürchtung bewahrheitet sich: In der Woche, in der wir das Athener Camp Elenikon besuchen, sterben wieder 45 Menschen, darunter 20 Kinder, beim Versuch, vom türkischen Festland auf die griechischen Inseln überzusetzen. Auch der Tod muss verwaltet werden. In den griechischen Provinzen wird versucht, soweit möglich, die Angespülten zu identifizieren, sie wenigstens zu bestatten.

Bis Mazedonien die Grenzen für alle, die nicht aus Syrien, Afghanistan oder dem Irak kommen, schloss, reisten die meisten der in Griechenland Ankommenden sofort weiter auf der Balkanroute gen Norden, Richtung Deutschland, Österreich, Schweden. Jetzt bleiben viele in Griechenland stecken. Deswegen gibt es Elenikon, das Camp auf dem Gelände des ehemaligen Athener Flughafens. Für die Olympischen Sommerspiele 2004 entstanden auf einem Teil des früheren Flughafengeländes Sportanlagen. Jetzt leben hier viele IranerInnen, somalische Familien und Pakistanis. Sie können unter den aktuellen Bedingungen nicht vor noch zurück.

Drei junge iranische Studenten erzählen uns, dass sie je 4.000 Euro an Schlepper bezahlt haben, jetzt

BILDER GEGEN BÜRGERÄNGSTE zeigt das Onlineprojekt «Bildkorrektur». Bekannte ZeichnerInnen nehmen die meistverbreiteten Vorurteile über Geflüchtete und MigrantInnen aufs Korn und widerlegen sie zeichnerisch und mit Fakten. Alle Motive sind unter Creative-Commons-Lizenz (CC BY-NC-ND) nutzbar. Mehr unter <http://bildkorrektur.tumblr.com>.

hätten sie keinen Cent mehr. Eine Fahrt nach Athen, um dort nach Arbeit zu fragen, ist unmöglich, da die Bewohner des Lagers Sachleistungen direkt vor Ort erhalten. Einer wurde beim Schwarzfahren erwischt und von der Polizei in Handschellen abgeführt, weil er die 70 Euro Strafe nicht zahlen konnte. Zurück in den Iran zu gehen, ist für die jungen Männer keine Option. Sie seien ständig aus politischen Gründen mit der Polizei in Konflikt geraten und gefoltert worden, erzählen sie. Asyl in Griechenland zu beantragen, gehe auch nicht. Das könne man nur online über das Flüchtlingshilfswerk UNHCR, aber die wenigsten hätten einen Internetzugang. Also harren sie im Camp aus. Drumherum nichts. Drinnen beißender Geruch. Viele Fenster der ehemaligen Hockeyanlage fehlen und sind mit Müllsacken verklebt. Sie flattern im Wind. Frauen verkriechen sich mit den Kindern in

den wenigen Ecken. Es gibt nichts Freundliches, Fröhliches, Menschenwürdiges.

«Doch», widerspricht ein Bewohner. Er trägt eine Halskrause. Er habe sich bei der Überfahrt im Schlauchboot an der Wirbelsäule verletzt, erzählt er. Die vier Frauen, die das Camp mit den rund 500 Insassen betreuen, seien «Engel», sagt er. Er wolle, dass wir das wissen. Eine weitere HelferIn treffen wir in der Krankenversorgungsstelle des Lagers. Die Ärztin kommt immer gegen Nachmittag ins Lager, erzählt sie, weil ihre Organisation tagsüber die Griechinnen und Griechen ohne Krankenversicherung betreuen würde. Davon gebe es immer noch einige Millionen, die genauso wie die Flüchtlinge auf die Versorgung durch Hilfsorganisationen angewiesen seien. Ein Jahr nach der Regierungsbildung unter Premier



Platz wäre genug. Die Einwohnerdichte Deutschlands ist fast halb so groß wie die der Niederlande. Viele Städte schrumpfen, zahlreiche Lehrstellen bleiben unbesetzt, 5000 allein in Thüringen, unsere Gesellschaft altert. Schon 2030 könnten rund sieben Millionen Arbeitskräfte fehlen.

Quellen: Süddeutsche Zeitung/Boston Consulting Group,
Zeichner: Jens Harder, bildkorrektur.tumblr.com

Alexis Tsipras ist die humanitäre Lage im Land immer noch angespannt. Als vor einem Jahr Syriza die Wahlen in Griechenland gewann und die Regierung bildete, war in der Linken der Jubel groß. Syriza selbst gab sich nüchtern. «Es kommt darauf an, ob wir die Zeit haben werden, einige wichtige Maßnahmen umzusetzen und einen Schuldenschnitt zu bekommen», sagte Alexis Tsipras vor der Wahl bei einem Treffen mit VertreterInnen linker Parteien aus Europa. Wir alle wissen, dass die Zeit nicht blieb. Übrig blieb auch wenig von den Projektionen der Linken in anderen europäischen Staaten. Stattdessen kritisierten so manche, die Regierung Tsipras habe durch ihre Einwilligung zum Memorandum of Understanding linke Bewegungen in Europa verraten – häufig gerade die, die im Januar besonders laut gejubelt hatten. Nur wenige sagten ehrlich: Wir haben Griechenland mit seinen Gläubigern, allen voran mit der deutschen Regierung, allein gelassen. Wir haben nicht geschafft, Druck auf die europäischen Regierungen auszuüben, eine breite Front der Solidarität zu organisieren, um damit tatsächlich Kräfteverhältnisse zu verschieben.

So wie Griechenland in der Flüchtlingsfrage in Europa weitgehend allein gelassen wird, geschieht das auch in den sozialen Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit der Durchsetzung der EU-Auflagen. Es lohnt sich aber, genauer hinzusehen, um zu erkennen, dass der Vorwurf, die Regierungspartei habe sich schon gänzlich von ihren Wurzeln und den sozialen Bewegungen entfernt, nicht trägt. So wurde – gegen die Stimmen des Koalitionspartners ANEL – die Staatsbürgerschaft für Migrantenkinder und die Homoehe eingeführt. Die humanitäre Krise im Land wurde entschlossen

angegangen, unter anderem mit konkreten Maßnahmen zur Armutsbekämpfung. So geht es bei dem gegenwärtig heiß umstrittenen Rentenpaket nicht nur um Kürzungen bei besonders hohen Renten, sondern auch um die Einführung einer Mindestrente.

Griechenland und die Regierung Tsipras sind in der Realpolitik angekommen. Es weht kein Hauch von Revolution durch Athens Straßen. Es mag sein, dass in wenigen Monaten die kleine Hoffnung auf ein linkes Griechenland stirbt. Noch aber ist das nicht entschieden. Denn es gibt sie, die vielen kleinen Beispiele der Solidarität derjenigen, die selbst nichts haben, mit Obdachlosen oder den Flüchtlingen. Wichtig für Syriza ist, dass die parteiinterne Debatte um den zukünftigen Kurs so lebhaft bleibt wie 2015 und zu Ergebnissen führt. Und wichtig ist auch, dass Griechenland nicht allein gelassen wird. Darin sehen wir unsere Aufgabe. Ganz egal, wie wir die Politik Syrizas aktuell im Einzelnen bewerten.



WWW.ROSALUX.DE/EVENT/55237

WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/41823

JOHANNA BUSSEMER LEITET DAS REFERAT EUROPA DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG. DAGMAR ENKELMANN IST VORSTANDSVORSITZENDE DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

HILFSAKTION Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ruft zu Spenden für ein öffentliches Krankenhaus in Rhodos auf. Die Kontoverbindung findet sich – zusammen mit der Langfassung des obigen Beitrags – unter www.rosalux.de/news/42093.

HEIKO LANGNER

PROFITEUR UND PARTNER

DIE BUNDESREGIERUNG SETZT IN DER FLÜCHTLINGSKRISE NUN AUF DIE TÜRKEI

Die Türkei ist in der Strategie der Bundesregierung zum Schlüssel-land avanciert – sie soll dafür sorgen, dass weniger Flüchtlinge über die Ägäis kommen. Dafür sieht Merkel darüber hinweg, dass die Türkei in der Region eigene Interessen verfolgt.

Die Kanzlerschaft von Angela Merkel könnte sich am Bosphorus entscheiden. Ankara ist die Funktion des Türstehers zugeordnet, der die EU-Außengrenze in der Ägäis gegen unkontrollierte Migration abdichten und die im eigenen Land gestrandeten Flüchtlinge besser integrieren soll. Um ihre Absage an eine nationale Obergrenze für die Flüchtlingsaufnahme aufrecht zu erhalten, müssen aus Sicht der «Flüchtlingskanzlerin» Angela Merkel die Zahlen der in Deutschland ankommenden Hilfesuchenden möglichst schnell und deutlich sinken.

Die Regierung in Ankara kann nun die Flüchtlingsfrage als Hebel benutzen, um Merkel unter Druck zu setzen. Die jüngsten deutsch-türkischen Regierungskonsultationen vom Januar 2016 in Berlin und der jüngste EU-Gipfel mit der Türkei lieferten hierfür einen Vorgeschmack. Die deutsche Seite verzichtete auf Kritik an Erdogans Repressionskurs gegen die politische Opposition und regierungskritische Journalisten, auch der Krieg gegen Teile der kurdischen Bevölkerung wurde nicht erwähnt. Für die bessere humanitäre Versorgung von Flüchtlingen soll Ankara stufenweise rund drei Milliarden Euro erhalten, zusätzlich zu bisher zugesagten Geldern.

Damit werden die EU-Finanzhilfen verdoppelt. Im Gegenzug nimmt die Türkei künftig alle «illegal» nach Griechenland eingereisten Flüchtlinge zurück. Bislang sind aus dem Nachbarland Syrien seit Beginn des Bürgerkriegs rund zweieinhalb Millionen Menschen in die Türkei geflohen. Im Unterschied zum schäbigen Verhalten von nicht wenigen EU-Staaten, die ihre nationalen Grenzen geschlossen haben, hat die Türkei weltweit die meisten syrischen Flüchtlinge aufgenommen. Gleichzeitig boomt das «Geschäft mit der Hilfe». Die Schlepperindustrie floriert. In enger Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen können gegen Bestechungsgelder völlig überfüllte, kaum seetüchtige Boote nach Griechenland übersetzen. Die türkische Wirtschaft profitiert von billigen Arbeitskräften, nachdem syrische Flüchtlinge seit Anfang des Jahres legal im Land arbeiten dürfen. Ihr Durchschnittslohn beträgt lediglich ein Drittel im Vergleich zu ihren türkischen KollegInnen. Viele müssen weiterhin auf dem Schwarzmarkt zu Hungerlöhnen und ohne jeglichen Rechtsschutz arbeiten.

Mit ihrer Strategie nimmt die Bundesregierung zudem stillschweigend in Kauf, dass es der türkische Bündnispartner mit den Menschenrechten der Schutzsuchenden nicht allzu genau nimmt. Laut Amnesty International hat die Türkei im Dezember 2015 mindestens 130 Menschen illegal zurück nach Syrien und in den Irak gebracht. Nachdem Anfang 2016 eine Visumpflicht für Syrer einge-

führt wurde, die aus Drittstaaten wie dem Libanon oder Jordanien einreisen wollen, ist die Zahl der Neuankömmlinge binnen kurzer Zeit rapide gesunken. Die türkische Regierung weiß, dass sich die stark zerklüftete türkische Küstenlinie in der Ägäis nicht lückenlos überwachen lässt. Deshalb werden verstärkte Grenzsicherungsmaßnahmen an den Fluchtherd Syrien vorverlegt, was den Bau von meterhohen Grenzwällen an der Grenze zwischen der Türkei und Syrien einschließt.

Mit Blick auf die geopolitischen Interessen bleibt es illusorisch, darauf zu hoffen, dass die Türkei zur Lösung des Konfliktes in Syrien beiträgt. Die Türkei ist einer der Akteure, die sich einer politischen Verhandlungslösung für den Krieg in Syrien am hartnäckigsten widersetzen. Die Türkei und Syrien können auf enge Beziehungen und eine lange gemeinsamen Vergangenheit im Osmanischen Reich zurückblicken. Wie viele antikoloniale Befreiungsbewegungen orientierte sich auch die syrische Nationalbewegung am türkischen Nationalstaatsmodell und an Atatürks Modernisierungskurs einer nachholenden Entwicklung. Zu Beginn des «Arabischen Frühlings» 2011 bot sich die Türkei für viele arabische Länder erneut als Vorbild an, in der die Vereinbarkeit von Demokratie mit dem politischen Islam möglich erschien. Schon zuvor hatte Ankara die «friedliche Durchdringung» und schleichende «Sunnitisierung» des syrischen Nachbarn nach Kräften gefördert. Bereits am 1. Januar 2007 war ein Freihandelsabkommen zwischen beiden Ländern in Kraft getreten, das für die Türkei mit ihrer weitaus stärker diversifizierten Exportwirtschaft sehr viel mehr Vorteile bot als für den Nachbarn Syrien. Türkische Firmen überschwemmen den syrischen Markt mit staatlich subventionierten Verbrauchs- und Industriegütern, wodurch Tausende syrischer Klein- und Handwerksbetriebe in die Pleite getrieben wurden. Ankara vertrat in den bilateralen Beziehungen zudem beharrlich die Interessen des verbotenen syrischen Zweigs der «Muslimbruderschaft», in der auch die politischen Ursprünge der türkischen Regierungspartei AKP liegen.

Obwohl der türkische Präsident Erdogan und der syrische Präsident Bashar al-Assad ein ähnliches autoritäres Herrschaftsverständnis teilten, kam es zum Bruch nachdem das Damaszener Regime die friedlichen Proteste der mehrheitlich sunnitischen Bevölkerung für demokratische Reformen und mehr soziale Gerechtigkeit mit staatlichem Massenterror beantwortete. Davon betroffen war auch die «turkmenische» (türkischsprachige) Minderheit, als deren traditionelle Schutzmacht sich die Türkei versteht. Die türkischen Interessen im Syrienkonflikt sind eindeutig: Das Assad-Regime soll gestürzt und die nationale Emanzipation der syrischen Kurden verhindert werden.

Aus diesem Grund unterstützt die Türkei im Bündnis mit Saudi-Arabien, Katar und anderen arabischen Golfmonarchien diejenigen aufständischen Gruppierungen, die einen der beiden Gegner oder gleich beide bekämpfen. Nach Medienberichten etwa des WDR vom Sommer 2015 liefert die Türkei Waffen an radikale islamistische Terrormilizen wie Ahrar al-Sham und die Islamische Front. Auch die Al-Nusra-Front, die zum Terrornetzwerk Al-Kaida gehört, und der sogenannte «Islamische Staat» (IS) wurden und werden zumindest mittelbar unterstützt. Die Türkei bietet diesen Gruppen sichere Rückzugsräume, erlaubt den Zustrom neuer KämpferInnen und Waffen, verwundete IS-KämpferInnen werden in türkischen Krankenhäusern behandelt. Bis heute kann der IS seine Ölverkäufe und den Handel mit geraubten antiken Kunst- und Kulturschätzen über die Türkei abwickeln. Trotz mehrerer Terroranschläge auf tür-

kischem Boden wird er von der Türkei nicht ernsthaft bekämpft. Frühzeitig hat sich Ankara für die Einmischung im Syrienkonflikt die Rückendeckung der NATO gesichert. Das Territorium des türkischen Bündnispartners wurde im Rahmen der Militäroperation «Active Fence» seit Januar 2013 mit Patriot-Abwehrraketen präventiv vor möglichen Angriffen des Assad-Regimes gesichert. Als Folgeeinsatz will die NATO eine Luftraumüberwachung mit «Awacs-Flugzeugen» durchführen.

Die großzügige Bereitschaft der Türkei, syrische Flüchtlinge aufzunehmen, geht vor diesem Hintergrund vielleicht auch darauf zurück, dass die Türkei durchaus weiß, dass anhaltende politische Brandstiftung große Fluchtbewegungen verursacht. Wer sich zur Lösung der Flüchtlingskrise solche Partner aussucht, braucht seine Gegner kaum noch zu fürchten.

 WWW.ROSALUX.DE/NEWS/41859
WWW.ROSALUX.DE/EVENT/55335

HEIKO LANGNER IST POLITOLOGE UND MITARBEITER DER LINKSFRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



RASSISMUS AUS DER MITTE

DIE DEBATTE UM RECHTE GEWALT IST VON EINEM GROSSEN VORURTEIL GEPRÄGT

«Pack, Pöbel, Prolls» – so reden viele Leute über die AnhängerInnen von Pegida und über gewalttätige RassistInnen. Bei denen handelt es sich aber überwiegend gar nicht um Menschen in prekären Lebenslagen. Viele AnhängerInnen von Pegida und anderen rechten Bewegungen entstammen der Mittelschicht.

Manche der Beschimpften haben sich die Bezeichnung bereits angeeignet: «Wir sind das Pack» ist auf T-Shirts und Facebook-Seiten zu lesen. Die Vorstellung, Nazis seien vor allem Angehörige einer «Unterschicht», ist nicht neu. Als 2013 AnwohnerInnen in Berlin Hellersdorf gegen Geflüchtete mobilisierten, war im Vice Magazin vom «dumpfsten Pöbel» zu lesen, «der an einem Montagvormittag genügend Zeit und Muße hat, rechte Parolen zu skandieren, anstatt wie wahrscheinlich normalerweise den Tag mit Bier aus Plastikflaschen zu begrüßen.»

Unter dem Pseudonym «Rocky Meyer» wurde im Antifaschistischen Infoblatt widersprochen: «Die Fokussierung auf den `Nazi-

«Prekarisierung betrifft als permanente Entsicherung von Arbeit und Leben die Gesellschaft in ganzer Breite.»

Proll` als Repräsentanten des deutschen Rassismus bestätigt ein entpolitisiertes Verständnis von Rassismus.» Hinter dem Bild stecke die Vorstellung, Rassismus sei auf die Plump- und Dummheit der RassistInnen zurückzuführen. Dabei sei Rassismus nicht auf mangelnde Bildung zurückzuführen, er sei auch nicht Ausdruck rückwärtsgewandter Schlichtheit, «vielmehr strukturiert Rassismus den Alltag, die Institutionen und den Arbeitsmarkt; Rassismus setzt Menschen in Beziehung zueinander, hierarchisiert sie und regelt so den Zugang zu Ressourcen.»

Doch die Idee vom Unterschicht-Nazi hält sich hartnäckig. Anlässlich der Pegida-Bewegung tauchte sie erneut auf: «Pegida ist die Konfrontation damit, dass wir längst eine gesplante Gesellschaft sind» schrieb Carl Gustav Herzprung 2015 im Freitags-Blog. «Pegida ist die Konfrontation mit den – mittlerweile – anders denkenden: Pegida ist die Stimme des neuen deutschen Prekariats, der neuen deutschen Unterschicht.» Inzwischen gibt es Untersuchungen dazu, wie sich die AnhängerInnen von Pegida zusammensetzen. Demnach scheinen sie eher der Mittelschicht zu entstammen. Sie sind gut ausgebildet und zumeist berufstätig. Für die AnhängerInnen der AfD scheint ähnliches zu gelten. Bereits mehrfach wurde sie als «Partei der verrohten Mittelschicht» bezeichnet.

Wie aber artikulieren prekariert arbeitende und lebende Menschen ihren Protest? Stimmt es, dass sie dem Abbau des «Normalarbeitsverhältnisses» nichts entgegensetzen oder dass sie auf die

aufgekündigte soziale Sicherung, die kaputtgesparte Infrastruktur oder auf ständigen Druck höchstens mit Sozialchauvinismus reagieren? Der Soziologe Thomas E. Goes glaubte das nicht und suchte nach «Protestrohstoff» bei prekär Beschäftigten. Er stellte fest, dass die häufige Annahme, Prekarisierung habe vor allem disziplinierende, entsolidarisierende und individualisierende Wirkung und stärke zudem Rechtspopulismus, zu kurz greift. Vielmehr fand er bei den Befragten verschiedene Ressourcen für Mobilisierung und Solidarität – auch solche, die sich nicht exklusiv gegen Schwächere richten. Dass sozial benachteiligte Menschen übermäßig häufig zu den dauerhaften Nichtwählern gehören, ist zudem nicht unbedingt Ausdruck politischen Desinteresses. Es lässt sich Horst Kahrs zufolge interpretieren «als ein Akt der Selbstbehauptung in einem gesellschaftspolitischen Umfeld, das als feindlich beziehungsweise gleichgültig wahrgenommen» wird.

Prekarisierung äußert sich zwar schicht- oder milieuspezifisch, betrifft als permanente Entsicherung von Arbeit und Leben aber die ganze Breite der Gesellschaft. Prekarisierung bringt auch kein klares Unten und Oben hervor. Gerade die Mitte wird unsicher, zum Teil tatsächlich und real nachweisbar, zum Teil aber auch gefühlt.

Die verschiedenen unsicheren Lebensbereiche verschränken sich und machen einen verlässlichen Lebensentwurf unmöglich: Leiharbeit und Werkverträge setzen die Menschen in permanenten Konkurrenzdruck. Sorgeverpflichtungen, die der Staat immer mehr privatisiert, und die Angst vor Mietsteigerungen machen den Alltag zum immerwährenden Hamsterrad. Der Verlust von Arbeitsqualität, mangelnde Anerkennung, sinnentleerte Arbeit und unfreiwillige Unterbeschäftigung belasten psychisch und finanziell oder berufliche Überlastung wird zum Dauerzustand. Entmutigung durch politische Perspektivlosigkeit verschärft die Lage.

Es mag sein, dass der Zulauf für rechtspopulistische Gruppen auch mit dieser Verunsicherung zu tun hat. Aber die Rechten rekrutieren eben nicht nur bei denen «unten», sondern vor allem bei der «Mitte». Schließlich versuchen Pegida, AfD und ähnliche Gruppen gerade UnterstützerInnen anzuziehen, indem sie mit den Ängsten vor Prekarisierung spielen. Hier einzugreifen und Entsicherung ebenso zu thematisieren wie das eklatante Demokratiedefizit wäre ein besserer Ansatzpunkt für politisches Agieren als die ewige Suche nach Naziprolls.

WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/41533

MIRIAM PIESCHKE IST REFERENTIN IM PROJEKT «JENSEITS DER PREKARITÄT» DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

LITERATUR Mehr zum Thema findet sich in dem Buch «Zwischen Disziplinierung und Gegenwehr» von Thomas E. Goes, erschienen vergangenes Jahr bei Campus, sowie in zwei Veröffentlichungen von Horst Kahrs bei der Stiftung – dem Paper «Wahlenthaltung als Klassenwahlverhalten» (www.rosalux.de/publication/41620) sowie dem Beitrag «Ziemlich viel Klasse» in der Zeitschrift LuXemburg 1/2015 (www.zeitschrift-luxemburg.de).

GISELA NOTZ

MIGRATION IST VIELFÄLTIG

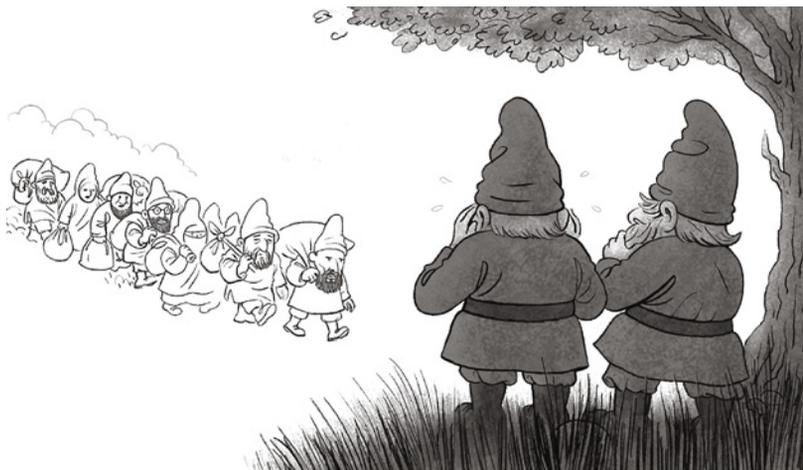
ETLICHE ZUSCHREIBUNGEN IN DER FLÜCHTLINGSDEBATTE VEREINFACHEN DIE REALITÄT

Deutschland war seit Jahrhunderten ein Land von Ein-, Durch- und Auswanderung. Eine ethnisch eindeutige Deutsche gab und gibt es nicht. Die Migrationswelle, die wir derzeit erleben, ist weniger einheitlich als sie dargestellt wird: Weder sind die ankommenden Männer «gefährlich» noch sind geflüchtete Frauen nur hilflose Opfer.

Zur Zeit erleben wir eine «Flüchtlingswelle» wie sie Deutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht mehr erlebt hat. Die Gründe für die Ein- und Auswanderung nach und aus Deutschland sind vielfältig: Da gibt es persönliche, kulturelle, religiöse, politische, soziale oder wirtschaftliche Gründe, umwelt- und klimabedingte Veränderungen, gewaltsame Konflikte und Kriege. Als Geflüchtete steht den meisten das Bild junger Männer vor Augen. Doch 40 Prozent der Geflüchteten, die in Deutschland angekommen sind weiblich; weltweit sind es über 50 Prozent. Frauen sind spezifischen Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt. Nicht nur aus Kriegsgebieten flüchten sie vor geschlechterbasierter Gewalt. Seit den Ereignissen der Silvesternacht in Köln und anderswo nehmen rassistische Zuschreibungen und verleumderische Debatten kein Ende: Geflüchtete Menschen, so der Tenor, seien pauschal gefährlich, vor allem Männer. Begonnen hat dies bereits vor der Silvesternacht: So phantasierte der AfD-Politiker Björn Höcke im Magazin Panorama von «Angsträumen, gerade für blonde Frauen» und erntete damit im Lager der RassistInnen kräftigen Beifall. Die Zeitschrift EMMA sorgte sich in ihrer Ausgabe vom November 2015, dass von Frauen erkämpfte Rechte verloren gehen könnten, und warnte vor den jungen Männern, die aus «Kulturen wie dem Islam kommen, in denen Frauen als minderwertig» gelten. Seit Beginn dieses Jahres erleben wir einen Zuwachs von verwandten Argumentationen. Ihnen gemeinsam ist, dass sie die «Sorge um das Wohl der Frauen» nutzen um sich gegen Einwanderung zu stellen.

Gerade vonseiten jener, die sich bisher nicht um Feminismus, Antirassismus und Glaubensfreiheit verdient gemacht haben, sondern für ein nationalkonservatives Gesellschaftsbild stehen, ist derzeit häufig das Argument zu hören, Frauen – einheimische und geflüchtete – seien vor den zugewanderten Männern zu schützen. Die Berliner Soziologin Sabine Hark nennt das in der Wochenzeitung Die Zeit «die Indienstnahme feministischer Perspektiven für rassistische Argumentationen.» Problematisch ist dabei auch die Einteilung in wirtschaftlich «nützliche» und «unnütze» geflüchtete Menschen, weil sie bestimmt, inwiefern ein Mensch auf einem Staatsgebiet willkommen ist oder nicht. Immer wieder hört und liest man Argumente wie: «Menschen in echter Gefahr müssen von denen unterschieden werden, die «nur» so gut leben wollen wie wir.» Wenn wir uns ins Gedächtnis rufen, dass fast zwei Drittel der rund 800 Millionen Menschen, die weltweit hungern, Frauen und Mädchen sind, muss man das als zynisch empfinden. Auch zwischen Konflikten und schlechten Lebensumständen lässt sich nicht klar trennen: Gewalttätige Konflikte gehen oft mit Hungersnöten einher. Diese Debatte trifft jedoch nicht nur Männer, auch geflüchtete Frauen werden zum Objekt stereotyper Zuschreibungen. Das Bild der Frauen auf der Flucht ist geprägt von der manchmal gut ge-

meinten, aber letztlich diskriminierenden Vorstellung einer Frau, die unterdrückt, abhängig, hilflos und ungebildet ist. Eigene Handlungsmöglichkeiten werden geflüchteten Frauen damit per se abgesprochen. Freilich fühlen sich die Flüchtlingsfrauen davon ermutigt, dass so viele Menschen ihre Solidarität mit Geflüchteten deutlich machen, indem sie gegen Rassismus auf die Straße gehen oder sich in Nachbarschaftsinitiativen für Asylsuchende einsetzen. Andererseits fragen sie aber auch, wie weit «Refugees welcome» tragen kann, solange ihr Alltag von der Ausgrenzung in Sammelunterkünften, von rassistischen Sondergesetzen wie dem Asylbewerberleistungsgesetz und der Angst vor Abschiebung bestimmt ist. Sie erleben auch die Abwehrbewegungen gegenüber Geflüchteten, denn die Zahl der fremdenfeindlichen Übergriffe auf die Unterkünfte steigt. Warum werden die Grenzen nicht geöffnet, wie es unter anderem Pro Asyl fordert und warum werden diejenigen,



Angst: »Wir verlieren unsere Kultur.«

bildkorrektur.tumblr.com



Nein. Unsere Kultur ist ein Gemisch unterschiedlichster historischer Einflüsse. Die Kartoffel kommt aus Südamerika, der Nikolaus aus der heutigen Türkei und Fußball aus China. Und die Spieler der Fußballnationalmannschaft haben Wurzeln in Ghana, Polen, Tunesien, Mazedonien, der Türkei – und sogar in Bayern.

Zeichner: Tim Dinter, bildkorrektur.tumblr.com

die die Flüchtlinge politisch unterstützen und gegen Neonazis aktiv sind immer wieder in ihrer Arbeit behindert oder gar kriminalisiert? PolitikerInnen lamentieren über die «Flüchtlingsproblematik» anstatt über Rassismus und die Angriffe von Nazis und Pegida. Gleichzeitig nutzen sie die «Willkommenskultur», um Deutschland trotz massiver Asylrechtsverschärfungen als (fremden)freundliches Land darzustellen.

Jede Art von Gewalt, die Menschen anderen Menschen zufügen, ist zu verurteilen. Dafür sind die Frauenbewegungen seit den 1970er Jahren eingetreten. Die Hoffnung, es ließe sich ein Geschlech-

terverhältnis ohne Besitzansprüche und ohne Gewalt in den Geschlechterbeziehungen herstellen, hat sich auch in der BRD nicht erfüllt. Gewalt ist keine Frage der Kultur: Geflüchtete Männer sind nicht übergriffiger als christlich-abendländisch geprägte Männer. Nicht zuletzt ist es die familistisch-christliche Ideologie, nach der Geschlechterverhältnisse als Besitzverhältnisse gelesen werden.

 WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/41754
WWW.WOMEN-IN-EXILE.NET

GISELA NOTZ IST FREIBERUFLICHE AUTORIN, SOZIALWISSENSCHAFTLERIN UND HISTORIKERIN.

FRIEDER OTTO WOLF

IMPERATIV DER BEFREIUNG

FÜR LINKE GEHT ES UM DAS ENDE VON HERRSCHAFT – FÜR ALLE UNTERDRÜCKTEN

Mit den Flüchtlingen sind die an die Ränder gedrängten Krisen und Kriege bei uns angekommen. Aktionen der Barmherzigkeit sind nötig, aber dabei darf es nicht bleiben. Nötig ist eine Strategie der Solidarisierung, die dem Imperativ des jungen Marx folgt: Alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein unterdrücktes Wesen ist.

Der Begriff des Wertes ist im 18. und 19. Jahrhundert zu einem zentralen Begriff der Auseinandersetzungen um Politik und Ethik geworden, erst in der klassischen politischen Ökonomie, dann im Neukantianismus. Etwas später ist dieser Wertbegriff dann in phänomenologisch und analytisch orientierte philosophische Untersuchungen eingegangen. Er sollte zum einen die Spezifik von «Werturteilen» gegenüber Aussagen über Tatsachen, Mechanismen oder Strukturen betonen und zum anderen klarstellen, dass sich in der Vielfalt der über die verschiedenen Begründungen von Handeln in einzelnen Situationen hinaus ein Bereich identifizieren lässt, der über diese einzelne Lagen und Situationen hinaus Verbindlichkeit beanspruchen kann. Demnach wären «Werte» als positive Beurteilungsmaßstäbe zu begreifen, die unabhängig sind von den Zielsetzungen der beteiligten und betroffenen Akteure und sich zur Beurteilung von Handlungen und Handlungsmöglichkeiten einsetzen lassen.

Ein Wandel in diesem Sinne wird schon in der klassischen politischen Ökonomie festgestellt: Eine – vormoderne – Betrachtungsweise, die fixiert ist auf spezifische Bedürfnisse und ihre Befriedigung durch vielfältige und nicht-austauschbare «Gebrauchsweisen» von Dingen wird abgelöst durch die moderne Perspektive der «allseitigen Austauschbarkeit», wobei der Gedanke einer prinzipiell verbindlichen Orientierung (der «Äquivalententausch») erhalten bleibt. In der Ethik wird dementsprechend eine verallgemeinerte und übersituative Betrachtungsweise von Handlungsbedingungen und Handlungen verteidigt gegenüber einer Orientierung, die sich nur darauf konzentriert, was in bestimmten Lagen «zu tun» sei.

Hier könnte der Gedanke aufkommen, eben diese Abstraktifizierung des Denkens und Redens sei das Problem – und sie gelte es einfach zurückzunehmen: damit mensch wieder über konkrete Verhältnisse zwischen Menschen reden kann, über das, was in einer konkreten Situation zu tun ist – und nur noch das. Eine derartige Lösung des Problems würde unvermeidlich zu vormodernen Verhältnissen der

persönlichen Abhängigkeit führen, in denen die Forderungen nach Freiheit, Gleichheit und Solidarität aller Menschen keinen Platz hätten: Weder ihre AdressatInnen und TrägerInnen wären auszumachen, noch könnte angegeben werden, worin ihr Inhalt bestünde. Das mag für Menschen, welche sicher sein können, selbst nicht in solche persönlichen Abhängigkeitsverhältnisse gezwungen zu werden, einen nostalgischen Hauch von Romantik annehmen, kann aber für eine Linke, der es um Emanzipation geht, kein Weg sein.

Einen wichtigen Anhaltspunkt für weiterführende Überlegungen gibt hier die vom jungen Marx gefundene polemische Reformulierung des kategorischen Imperativs der kantischen Pflichtethik: «alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist». Dieser Gesichtspunkt der Befreiung zwingt dazu, über die konkreten Verhältnisse, die in der bisherigen Geschichte zumeist herrschaftlich geprägt gewesen sind, hinauszudenken und im Handeln über sie hinauszugehen. Das bedeutet kein Sich-Ausruhen bei der angeblichen Freiheit moderner Verhältnisse zwischen Rechtspersonen, sondern ein kritisches Aufdecken ihrer herrschaftlichen Prägungen und deren praktischen Überwindung.

Das schließt nicht nur aus, dass mensch sich ganz individualistisch dieser «gemeinsamen Sache» entzieht. Es verbietet auch, sich nur gegen die Herrschaftsverhältnisse zu wenden, von denen mensch sich selbst betroffen glaubt. Ganz gleich ob dies nun Klassenverhältnisse, Geschlechterverhältnisse, Verhältnisse von Armut und Reichtum oder von EU-BürgerInnen und «Fremden» sind: Das Ausspielen der unterschiedlichen von Herrschaftsverhältnissen betroffenen Gruppen ist ein zentraler Punkt bei der Verteidigung und Aufrechterhaltung eben dieser Herrschaftsverhältnisse. Solidarität ist nicht nur, wie Pablo Neruda dies formuliert hat, die «Zärtlichkeit der Völker» im Widerstand gegen die internationalen Hierarchien und Abhängigkeitsverhältnisse. Sie ist es auch, die überhaupt erst einen Ansatzpunkt dafür bietet, in unübersichtlichen Lagen eine klare Orientierung für das Handeln der Linken aufzubauen und eine Praxis zu entwickeln, in der es möglich wird, durch Gegenmacht wirkliche Befreiungsprozesse einzuleiten.

Um nicht in liberale Illusionen und libertäre Träume zu verfallen ist es nötig, die wirklichen Bedingungen genau zu untersuchen, unter denen ein solidarischer Kampf aller um Befreiung möglich wird und sich historisch schrittweise in einer Strategie verwirklichen kann,

und in welchen ihn tragenden Organisationsformen er Gestalt annehmen kann.

Die große historische Herausforderung in Deutschland und in Europa liegt darin, dass der Rahmen der Nationalstaaten nicht länger für derartige Solidarisierungen und Organierungen ausreicht. Das heißt nicht, dass mensch ihn einfach hinter sich lassen könnte. Vielmehr muss in der strategischen Anlage gemeinsamen Handelns darüber hinausgegangen werden. Es reicht nicht aus, sich einmal mehr auf die gemeinsamen Interessen der bisherigen «BürgerInnen Europas» zu beziehen: Spätestens die hunderttausende von Flüchtenden, die derzeit nach Europa kommen, haben deutlich gemacht, dass hier ein historisch-geographischer Zusammenhang entstanden ist, in dem an die «Ränder» abgedrängte Kriege und Krisen massenhafte Fluchtbewegungen auslösen, mit denen die Betroffenen ihr Schicksal selber in die Hand zu nehmen versuchen.

Dieser Problem- und Verursachungszusammenhang ist derart konkret – und macht derart konkrete Aktionen erforderlich –, dass der klassische «Internationalismus» dafür nicht ausreicht: Es geht nicht nur um Protest gegen die imperial agierenden Kräfte im eigenen Land, es geht auch um konkrete, positive Maßnahmen zur Nothilfe und zur Verteidigung gegen rassistische At-

tacken. Mit den Geflüchteten sind die Probleme unübersehbar hier angekommen und schlagen bis in die Kommunalpolitik durch. Entscheidend ist, dass es gelingt, über Aktionen der karitativen Barmherzigkeit – wie sie zweifellos dringend nötig sind, um der dringendsten Nöte zu wehren – hinauszukommen und zu einer Strategie der gemeinsamen, wechselseitigen Solidarisierung zu finden.

Das darf nicht bedeuten, dass die Linken in einem anderen Sinne auf die Wertedebatte «hereinfallen» – nämlich auf die Berufung auf «Werte» als Grundlage einer «Identität», sei diese auf soziale Gruppen bezogen, national oder europäisch definiert. Sicherlich müssen sich auch Linke als Subjekte konstituieren und dafür eine «Identität» entwickeln. Aber das kann und darf nicht an die Stelle der menschheitlichen Ansprüche treten. Es muss für linke Politik immer wieder um Befreiung von Herrschaft gehen – und zwar nicht nur für bestimmte Gruppen oder soziale Kategorien, sondern wirklich «für alles, was Menschenantlitz trägt». Daraus ergeben sich auch entsprechende Ansprüche an die bereits konstituierten oder sich erst konstituierenden gesellschaftlichen HandlungsträgerInnen.

Die Parole «Wir schaffen das!» bleibt richtig, insofern es keine menschlich vertretbare Al-

ternative gibt. Aber sie muss mit Kämpfen und Projekten unterfüttert werden, die nicht auf Kosten derer geben, die hierzulande bereits in prekären Verhältnissen leben. Das wird nicht gehen ohne einen Politikwechsel, also eine tiefgreifende Veränderung der politischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Es bleibt für Linke von zentraler Bedeutung, klar herauszuarbeiten, unter welchen Zielen und Handlungskriterien die eigene politische Praxis aufzubauen versucht wird. Wer den Zusammenhang zwischen Zielsetzungen und Handlungskriterien aus dem Auge verliert, ist ebenso für eine wirkliche «praktisch-kritische Tätigkeit» verloren wie diejenigen, die es für ausreichend halten, wenn sie in Sonntagsreden entsprechende «Werte» beschwören.

Dieses klare Herausarbeiten der eigenen Ziele und Handlungskriterien muss linke Politik immer wieder leisten. Nur dadurch kann sie aus ihrer gegenwärtigen Lage der Überwältigung durch die Strategien der Herrschenden hinauskommen und wieder zu einer historischen Kraft der umfassenden, konkreten – und das heißt notwendigerweise pluralen – Emanzipation werden.



WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/37369

WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/38674

FRIEDER OTTO WOLF LEHRT PHILOSOPHIE AN DER FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN

PODIEN, PROJEKTE, PUBLIKATIONEN

VERANSTALTET Zu einer Diskussion über die Silvesterereignisse von Köln und ihre Folgen lud die Rosa-Luxemburg-Stiftung Anfang Februar an ihren Berliner Hauptsitz. Vor mehr als 200 Gästen sprachen im Münzenbergsaal unter anderem die Bloggerin Anne Wizorek (#ausnahmslos) und die Spiegel-Autorin Margarete Stokowski. Der Lage von geflüchteten Roma widmete die Berliner Landesstiftung «Helle Panke» eine Abendveranstaltung im Neuköllner Café «k-fetisch». In Dresden organisierte die sächsische Landesstiftung eine Podiumsdiskussion zur Offensive der politischen Rechten in den sozialen Medien unter dem Titel «Stimmungsmache, Hetze, Drohung...»



WWW.ROSALUX.DE/EVENT/55063

WWW.HELLE-PANKE.DE/ARTICLE/1267

WWW.SACHSEN.ROSALUX.DE/NEWS/42045

VERÖFFENTLICHT Mythen der Migrationspolitik entlarvt der neu aufgelegte Argumenteband «Gegenhalten – Flüchtlinge willkommen – immer noch!» von Christian Jakob. Rassistische Mobilisierungen sowie das europäische Grenzregime unter die Lupe nimmt die Analyse «Antimigrantische Politik und der «Sommer der Migration»» von Philipp Ratfisch und Helge Schwiertz.



WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/40329

WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/42062

GEFÖRDERT Rund 1.500 Teilnehmende zählte Ende Februar eine internationale Refugee-Konferenz auf Kampnagel in Hamburg. Die von Geflüchteten selbstorganisierte Veranstaltung wurde von der Stiftung gefördert. Ein Bericht von Stefanie Kron und Massimo Perinelli findet sich online.



HTTP://REFUGEECONFERENCE.BLOGSPORT.EU

WWW.ROSALUX.DE/NEWS/42180

THE COLDEST SUMMER THREE REFUGEES' STORIES

Zwei Erwachsene und zwei Kinder verlassen ihre Heimat, die zu gefährlich geworden ist. Sie lassen ihre Familien zurück, um ein Leben zu erreichen, das ihnen erlaubt, über den nächsten Tag hinaus zu denken und Pläne für eine Zukunft in Frieden zu machen. Die Graphic Novel ist derzeit erhältlich auf Englisch und Griechisch, demnächst auch auf Deutsch unter dem Titel «Der kälteste Sommer – drei Flüchtlingsgeschichten».

Bestellung unter Tel. 030 44310-123 oder bestellung@rosalux.de



Download unter
www.rosalux.de/publication/42138



Europa-Befürworter bei einer Großdemonstration Ende Februar in Warschau gegen die national-konservative Regierung Polens. Foto: picture alliance/NurPhoto

HOLGER POLITT

NOCH EIN BONAPARTE

DIE NATIONALKONSERVATIVEN RECHNEN IN POLEN MIT DER VERGANGENHEIT AB

Jarosław Kaczyński, früherer polnischer Ministerpräsident und Vorsitzender der nationalkonservativen Partei PiS, hält alle Fäden in der Hand: Sein Kandidat Dudas ist Präsident, seine Partei hat die Mehrheit im Parlament.

Auf einer Schiene zwischen dem ehemaligen italienischen Ministerpräsident Silvio Berlusconi und der französischen Rechtsaußen-Politikerin Marine Le Pen, auf der man ihn hin und her bewegen könnte, stünde Jarosław Kaczyński ganz sicher dichter bei dem Italiener. Zwar gibt Polens führender Nationalkonservativer der Welt ein ums andere Mal Kostproben seines Gemisches aus erzkonservativer Weltsicht und tiefer Sehnsucht nach einem im Grunde völlig souveränen Nationalstaat, doch die rechtspopulistische Karte spielen an der Weichsel ganz andere. Insofern bleibt er berechenbar, in Polen weiß man, was von ihm zu halten ist.

Im Frühjahr 2015 gewann der PiS-Kandidat Andrzej Dudas völlig überraschend die Präsidentschaftswahl. Nicht minder spektakulär war der Coup der Nationalkonservativen bei den Parlamentswahlen im Herbst. Mit den beiden Wahlsiegen ist Jarosław Kaczyński zu einem der erfolgreichsten Politiker Polens seit der Wende 1989 aufgestiegen. Ähnlich erfolgreich waren nur der linksliberale Aleksander Kwaśniewski, der zehn Jahre lang Präsident Polens war, und der rechtsliberale Donald Tusk, der sieben Jahre als Ministerpräsident

amtierte, solange wie niemand sonst seit 1989. Doch der Ehrgeiz von Jarosław Kaczyński zielt nicht auf Posten. Als Regierungschef ist er höchst ungeeignet, wie die Jahre 2006 und 2007 gezeigt haben. Bei der Wahl zum Staatsoberhaupt zog er 2010 den Kürzeren. Sein Ehrgeiz zielt auf die Machtfäden, die erst in seinen Händen in die entsprechende Richtung weisen – in die der nationalkonservativen Revolution, die er verniedlichend den «guten Wandel» taufte. Möglich wurde diese Machtfülle, weil seiner Partei PiS bei den Parlamentswahlen im Oktober 2015 gelang, was keiner Partei vorher möglich war – die absolute Mehrheit der Parlamentssitze zu erringen. Zwar sind die 37,6 Prozent der abgegebenen Stimmen für PiS nur das viertbeste Ergebnis einer einzelnen Gruppierung seit 1990, doch dieser Wert brachte der PiS die absolute Mehrheit im Parlament. Noch am Wahlabend stellte sich heraus, dass die linksgerichteten Kräfte zwar insgesamt über elf Prozent der Wählerstimmen bekamen, die allerdings keinen einzigen Parlamentssitz einbrachten.

Kaczyńskis Vorhaben sind ehrgeizig. Um der nationalen Gemeinschaft wieder zu ihrem Recht zu verhelfen, müsse die liberale Verfassung von 1997 beseitigt und die gesamte Zeit nach 1989 auf den Prüfstein gestellt werden, argumentiert er. Zwar ist die PiS weit davon entfernt, im Parlament eine Zweidrittelmehrheit zusammenzu-

bringen, die für eine Verfassungsänderung oder -beseitigung nötig wäre, doch kann mit jedem einzelnen Gesetz Hand angelegt werden an Geist und Buchstaben dieses wohl besten demokratischen Verfassungswerkes in der Geschichte Polens. Wie das geht, haben die PiS-Leute bereits demonstriert: mit den neuen Gesetzen zum Verfassungstribunal und zu den öffentlich-rechtlichen Medien, die nun völlig der Kontrolle der Regierung unterliegen.

Diese fleißige Arbeit der PiS-Fraktion wird weitergehen, etwa mit einem neuen Gesetz, mit dem eine sogenannte Entkommunisierung des öffentlichen Raumes durchgeführt werden soll. Das kann durchaus lächerliche Züge annehmen: So agiert die PiS etwa gegen das Gedenken an Ludwik Waryński. Er war einer der ersten Arbeiterführer Polens, wurde unter dem Zaren verfolgt und verlor schließlich im Kerker sein Leben. Weil sein Abbild später einen populären Geldschein in der Volksrepublik Polen zierte, macht er sich nun natürlich verdächtig. Oberste Instanz bei diesem Feldzug im Namen einer neuen öffentlichen Geschichtsmoral wird das IPN sein, eine Institution, die sich mit staatsanwaltschaftlicher Befugnis im Kern um die «Aufarbeitung» der Vergangenheit der Volksrepublik Polen kümmert und die schon lange in PiS-Hand ist.

Auch Polens letzter Arbeiterführer Lech Wałęsa, mit dessen Namen alle Welt die bedeutende Rolle Polens bei der Beseitigung des sowjetischen Staatssozialismus in Europa verbindet, soll vom Sockel gestürzt werden. Er sei ein IM gewesen, womit auch endgültig geklärt sei, dass die Kompromisse am Runden Tisch von 1989, durch die der Weg freigemacht wurde für die Wende in Polen und später auch in weiteren Ländern des sowjetischen Bündnisses, faule Vereinbarungen gewesen seien. Damit sei einer radikalen Abrechnung mit der «kommunistischen Vergangenheit» entgegengetreten worden. Für Jarosław Kaczyński ist das Vorgehen gegen Walesa schließlich auch eine persönliche Rache, denn Staatspräsident

Wałęsa hatte ihn einst wegen Durchtriebenheit aus der Präsidentschaftskanzlei gejagt.

Die Politik der PiS zielt weniger auf die Nachfolge-Parteien der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP), die bis 1989 herrschte – diese liegen sowieso am Boden. Eher geht es den Nationalkonservativen um eine Generalabrechnung mit ihrem hartnäckigsten innenpolitischen Gegner, mit der wirtschaftsliberal ausgerichteten Bürgerplattform (PO), die von 2007 bis 2015 die Regierung führte. Die PiS stellt ihre Rivalen von der PO, derzeit die stärkste Oppositionskraft im Parlament, als die eigentlichen Nutznießer der Wende von 1989 dar. Damit stellt die PiS auch den bisherigen Weg Polens im Rahmen der EU-Integration infrage. Polen hat nach Sicht der PiS zu viele Souveränitätsrechte an Brüssel abgegeben – dies sei unter anderem an der ganzen «Genderideologie» abzulesen, die dem Wesen der nationalen Gemeinschaft gänzlich fremd sei. Erst PiS werde hier die Ordnung wieder herstellen, denn alle anderen hätten feige vor den Begehrlichkeiten Brüssels (und Berlins) kapituliert. Sie ließen uns zwar Autobahnen bauen, sagt Jarosław Kaczyński, doch als Gegenleistung verlangten sie dann, über uns entscheiden zu dürfen.

Dabei darf nicht übergangen werden, dass die PiS-StrategInnen unter Führung von Jarosław Kaczyński auch die sozialen Defizite ausnutzen und überaus geschickt in handfeste Regierungsversprechen gießen. Das zeigt, dass nicht alle PiS-WählerInnen ausschließlich den nationalkonservativen Ungereimtheiten gefolgt sind – sie weist aber auch auf die Fehlleistungen der linksgerichteten Kräfte in Polen.



WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/28828

WWW.DAS-BLAETTCHEN.DE/2016/01/RETOURKUTSCHE-34987.HTML

HOLGER POLITT IST REFERENT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG. BIS 2009 LEITETE ER DAS AUSLANDSBÜRO OSTMITTELEUROPA IN WARSCHAU

MARIO CANDEIAS

SACHTE GEGEN DIE AUSTERITÄT

PORTUGAL UND SPANIEN PROBEN IN DER KRISE NEUE POLITIK

In den südeuropäischen Krisenländern wird das politische Spektrum umgewälzt, trotz der Niederlage von Syriza. In Portugal probt die neue Regierung eine Abkehr von der Kürzungspolitik, in Spanien hat Podemos das Zweiparteiensystem aufgebrochen.

In Portugal gab es im Jahr 2011 rein zahlenmäßig die größten Demonstrationen gegen die Krisenpolitik der eigenen Regierung und der Troika – mehr als ein Viertel der Bevölkerung ging auf die Straße. Doch die Empörung verpuffte zunächst. Versuche der parteipolitischen Re-Organisierung von links scheiterten, es mangelte an Organisationsstrukturen jenseits der beeindruckenden Proteste. Zersplitterung beherrschte die Szene und drohte kurz vor den Wahlen am 4. Oktober 2015 auch den Bloco de Esquerda (Linksblock) zu zerreißen.

Das Wahlergebnis zeigte jedoch, dass die Empörung über die Politik der Regierung und der EU auch ohne Großdemonstrationen fortbestand: Der Bloco gewann über zehn Prozent der Stimmen bei den Wahlen und überflügelte sogar die – stabile – linke Konkurrenz der grün-kommunistischen Demokratischen Einheitsunion (CDU), die

acht Prozent der Stimmen erhielt. Am überraschendsten ist, was folgte. Seit die Sozialistische Partei (PS) in den 1970er Jahren den Prozess der Revolution in Portugal abbrach und kommunistische AktivistInnen inhaftieren ließ, war der Gesprächsfaden zwischen PS und der Kommunistischen Partei (KP) in Portugal abgerissen. Die KP richtete sich, gut verankert bei Industrie- und LandarbeiterInnen, politisch stark in den Kommunen und auf Landesebene, in der Oppositionsrolle ein. Eine Regierung der Sozialisten zu unterstützen, war für sie undenkbar. Bis zum Oktober 2015: Einig nur in dem Ziel, dem Austeritätsregime der Rechten ein Ende zu bereiten, einigten sich Kommunisten und Linksblock mit der PS auf die Unterstützung einer sozialistischen Minderheitsregierung.

Dies ist keine Linksregierung, nicht mal eine Mitte-Links-Regierung – nur eine Tolerierung. Aber eine mit klaren Absprachen. So ist vereinbart, dass die Politik der Privatisierungen beendet wird, die aktuellen Privatisierungsprozesse für den öffentlichen Nahverkehr in Lissabon und Porto sollen gestoppt werden. Wasser wird als öffentliches Eigentum vor einem Ausverkauf geschützt. Im öffentlichen Dienst werden die Lohnkürzungen zurückgenommen.



Die berühmte Drahtseil-Straßenbahn von Lissabon. In Portugal droht die Privatisierung des öffentlichen Nahverkehrs. Foto: gichristof/Flickr (CC BY-NC-ND 2.0)

Im Privatsektor sollen die Nettolöhne durch eine Reduzierung der Sozialversicherungsbeiträge steigen, ohne dass dies negative Auswirkungen auf die spätere Rente oder die Nachhaltigkeit der Sozialversicherung hat. Scheinselbstständigkeit wird bekämpft, damit die Beschäftigten wieder richtige Arbeitsverträge erhalten. Kollektive Tarifverhandlungen sollen wieder eingeführt werden. Vier von der Rechtsregierung gestrichene gesetzliche Feiertage werden wieder eingesetzt. Zur Bekämpfung der Armut wird der Mindestlohn ab 1. Januar 2017 auf 557 Euro, zum Ende der Legislaturperiode auf 600 Euro erhöht. Für arme Familien – und dazu zählen in Portugal inzwischen Millionen von Menschen – wird der Preis für Elektrizität reduziert. Zwangsräumungen bei Zahlungsverzug von Hypothekenkrediten sollen verhindert werden. Renten unterhalb von 600 Euro werden leicht erhöht, während Renten über 600 Euro von Abgaben entlastet werden. Im Gegensatz dazu hatte die Rechtsregierung der Troika noch versprochen, die Sozialausgaben um vier Milliarden Euro zu kürzen, davon 1,6 Milliarden bei den Renten. Zur Finanzierung der neuen Sozialpolitik sollen Vermögende stärker belastet werden. Die Einkommensteuer soll wieder progressiv gestaltet werden, wer ein hohes Einkommen hat, soll anteilig mehr Steuern zahlen. Die Unternehmenssteuern sollen nicht weiter gesenkt werden. Gewinne aus Aktienbesitz werden höher besteuert. Das Problem der Auslandsschulden und die Zukunft der Sozialversicherung werden in gemeinsamen Arbeitsgruppen der drei Parteien beraten. Es handelt sich nicht um einen radikalen Bruch mit der bisherigen Politik, sondern um das sanfte Ende der Kürzungspolitik – wenn die Umsetzung gelingt. Von Seiten der

neuen portugiesischen Regierung gibt es keine offene Solidarität mit der griechischen Syriza-Regierung. Still und leise wird versucht, die Austeritätsmaßnahmen abzuschwächen, soziale Härten zu beenden und dennoch die Haushaltsziele nicht drastisch zu verfehlen. Bislang läuft dies unterhalb des Radars der Troika. Zu vermuten ist, dass nach der Unterwerfung Griechenlands und in Zeiten des Zerfalls europäischen Zusammenhalts in Fragen der Migration, die europäischen «Institutionen» keine weitere Front eröffnen wollen. Das erfolgreiche Vorgehen in Portugal macht Schule. Längst war klar, dass bei den Wahlen am 20. Dezember in Spanien keine linke Mehrheit unter Führung von Podemos zustande kommen würde – auch wegen der Zwigigkeiten innerhalb der Linken. Doch das Zweiparteiensystem ist seit der Wahl beendet: Podemos gewann 21 Prozent.

Doch was nun? Einen Tag, nachdem sich Pablo Iglesias, der Generalsekretär von Podemos, mit seinen portugiesischen Kollegen beraten hatte, machte er der spanischen sozialistischen Partei (PSOE) das Angebot einer gemeinsamen Regierung unter Einschluss der kleinen Partei der Vereinigten Linken (IU) – mit Pedro Sánchez, dem Vorsitzenden der PSOE, als Regierungschef. Dies wäre ohne das portugiesische Beispiel kaum vorstellbar gewesen. Die PSOE steht nun unter großem Druck, ihr Wahlversprechen einer Regierung des Wandels umzusetzen. Neben Unstimmigkeiten in politischer Taktik, internen Konkurrenzen und Ängsten von Seiten der PSOE, in einer Regierung mit Podemos medial an den Rand gestellt zu werden, gibt es vor allem einen politischen Grund, der eine solche Mitte-Links-Regierung bislang verhindert: Podemos und IU beharren,

darauf, dass Regionen, die wie Katalonien nach Unabhängigkeit streben, das «Recht zu entscheiden» hätten. Sie pochen damit auf ein Ende des (Verfassungs)Regimes von 1978. Für die PSOE ist die Einheit des spanischen Staates jedoch nicht verhandelbar.

Für eine Mitte-Links-Regierung wäre man aber auf die Stimmen jener Abgeordneten angewiesen, die über die regionalen Bündnisse von Podemos mit anderen Kräften ins Parlament eingezogen sind – Bündnisse, in denen Podemos meist nur ein kleiner Partner ist, wie in Galizien, Valencia, Aragon und insbesondere in Katalonien. Dies erhielt besondere Brisanz, da sich am 9. Januar in Katalonien die Koalition von rechten und sozialdemokratischen Unabhängigkeitsparteien Junts pel Sí und die linksradikale CUP auf die Bildung einer neuen Regierung geeinigt haben – und auf einen 18-monatigen Prozess «der Schaffung eines unabhängigen Staats und der Einleitung eines verfassungsgebenden Verfahrens». Auf diese Weise wurden Neuwahlen in Katalonien verhindert, bei denen Umfragen zufolge das Unabhängigkeitslager zugunsten des linken Wahlbündnisses En Comú Podem die Mehrheit verloren hätte.

Es bleibt spannend: Kann sich die PSOE nicht entschließen, eine Regierung zu bilden, könnte dies bei Neuwahlen vernichtende Fol-

gen für die Partei haben. Allerdings würde das nicht automatisch bedeuten, dass Podemos dabei gewinnt. Der Wahlausgang ist angesichts des Endes aller Gewissheiten des alten politischen Systems völlig offen.

Sollte es doch zu einer Mitte-Links-Regierung kommen, besteht wenigstens die Möglichkeit des Umschlagens von Quantität in Qualität. Mit Griechenland, Portugal und dann Spanien könnten drei Regierungen, die sich gegen die Austeritätspolitik der Troika stellen, die Kräfteverhältnisse innerhalb der europäischen Institutionen zumindest in Teilen verschieben. Die spanische Ökonomie bringt dabei ein anderes Gewicht in die Verhandlungen als Portugal und Griechenland: sie ist mit Blick auf die Eurozone definitiv «too big to exit». Und ganz nebenbei könnte eine solche Verschiebung ein wirksames Mittel gegen den grassierenden und sich radikalisierenden Rechtspopulismus in Europa sein als jede autoritäre Maßnahme zur Abwehr von Geflüchteten.



WWW.ROSALUX.DE/SPANIEN
WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/41776

MARIO CANDEIAS IST DIREKTOR DES INSTITUTS FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

PETER SCHÄFER

ARMUT GRASSIERT

AUCH FÜNF JAHRE NACH DEM ARABISCHEN FRÜHLING GIBT ES PROTESTE IN TUNESIEN

Fünf Jahre nach der Flucht des Diktators Ben Ali ist das Land demokratischer geworden. Doch die Armut breitet sich aus – ebenso wie die Sozialproteste.

Seit der Revolution vor fünf Jahren wird in Tunesien immer irgendwo gestreikt und demonstriert. Die Proteste jedoch, die zum fünften Jahrestag der Flucht des ehemaligen Diktators Ben Ali Mitte Januar 2016 begannen, weiteten sich im marginalisierten Landesinneren schnell aus und halten teils bis heute an.

Wie bereits bei den Aufständen im Dezember 2010, die schließlich dazu führten, dass Ben Ali nach 24 Jahren an der Macht nach Saudi-Arabien floh, war auch dieses Mal der Tod eines Arbeitslosen der Auslöser. Ridha Yahyawi tötete sich Mitte Januar aus Protest gegen die Entfernung seines Namens aus einer Bewerberliste für eine Arbeitsstelle der Stadt Kasserine. Die Regierung hoffte zunächst, die darauf folgenden Demonstrationen in der Stadt mit Jobversprechen beenden zu können. Das löste Protesten in anderen Gegenden mit hoher Arbeitslosigkeit aus. Die Proteste waren zwar nicht zentral organisiert, doch die Forderungen ähnelten sich: eine Arbeitsstelle pro Familie und Besuch eines Regierungsmitglieds vor Ort. Die Regierung erkannte

die Gründe für die Proteste an, verhängte wegen der Plünderungen von Geschäften und Angriffen auf Sicherheitskräfte jedoch eine nächtliche Ausgangssperre.

Die Arbeitslosigkeit in Tunesien liegt offiziell bei 17,6 Prozent, in Kasserine jedoch bei 26,2 Prozent. Unter Jugendlichen ist der Anteil weit höher. Der Unterschied zwischen der Küstenebene und dem Landesinneren zeigt sich dem Webjournal Inkyfada zufolge in weiteren Zahlen: In der Haupt-

stadt sind zwölf Prozent der Bevölkerung AnalphabetInnen, in Kasserine 32 Prozent. Landesweit verfügen 56 Prozent der Haushalte über einen Trinkwasseranschluss, in Kasserine nur 27 Prozent. Die Unterschiede bei Kindersterblichkeit, Lebenserwartung und der Betriebsdichte sind ähnlich hoch.

Dem Staat fehlt es an Geld. Der wichtige Tourismussektor liegt seit den Terroranschlägen im letzten Jahr am Boden. Fachleute weisen darauf hin, dass Tunesien nur

REVOLUTION IN WARTESCHLEIFE LESUNG ZUR POLITISCHEN LAGE IN ÄGYPTEN

Hunderttausende versammelten sich im Februar 2011 auf dem Tahrirplatz in Kairo voller Wut und Verzweiflung über die sozio-ökonomischen und politischen Zustände in Ägypten. Nach 18 Tagen Protest und Kampf trat Präsident Husni Mubaraks ab, eine offene Zukunft des Landes schien möglich. Was seitdem passiert ist, wurde Ende Januar bei einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem Ch. Links Verlag in Berlin diskutiert. Julia Gerlach, Journalistin und Buchautorin, in Kairo und Berlin lebend, stellte vor etwa 120 Gästen im Salon der Stiftung

ihr Buch «Der verpasste Frühling – woran die Arabellion gescheitert ist» vor. Begleitet wurde die Lesung von der Vorführung eines Marionettenspiels des Kairoer «El Pergola Puppet Theatres», das die Missstände in Ägypten spielerisch aufarbeitet und Menschen über ihre Rechte aufklärt. Auch wenn in jüngster Zeit politische Willkür und Repression herrsche, sähen viele Menschen die Revolution nicht als gescheitert an, hieß es. Vielmehr stünde die Zivilgesellschaft heute vor neuen Herausforderungen. Mehr zu diesem Abend findet sich im Internet unter www.rosalux.de/event/54769. V. Liebel

wegen des niedrigen Ölpreises und der guten Ernten 2015 überleben konnte. Problematisch ist, dass der Beamtenapparat zwar als sicherste Arbeitsstelle gilt, gleichzeitig aber eine Problemursache ist. So belasten die neu zugesagten 15.000 Beamtenstellen den Staatshaushalt zusätzlich, obwohl der öffentliche Sektor für das Land schon jetzt zu groß ist. Die Überbürokratisierung des Landes und die durch die niedrigen Gehälter hervorgerufene offene Korruption werden als weitere Hindernisse für eine Verbesserung ausgemacht. Ohne Beziehungen oder Schmiergeldzahlungen sind öffentliche Stellen nicht zu haben. Das war auch der Grund für den Selbstmord Ridha Yahyawis. «Die Lage ist zwar unverändert oder sogar noch schlechter als vor 2011, aber wir dürfen jetzt drüber reden», ist das oft gehörte Fazit des arabischen Frühlings in Tunesien. In dieser Aussage liegt ein Schlüssel zum Verständnis der derzeitigen Lage.

Die Proteste von 2010/2011 führten zum Erfolg, weil sich alle Bevölkerungsteile daran beteiligten. Die Forderungen der Demokratiebewegung wurden seither weitgehend erfüllt, doch gleichzeitig breitete sich die Armut aus. An den aktuellen Aufständen beteiligen sich diejenigen nicht mehr, die noch ein finanzielles Auskommen haben und für die Meinungsfreiheit ein wichtigeres Anliegen war als der Kampf gegen ökonomische Benachteiligung. Die Parteien

sind derweil mit sich selbst beschäftigt. Die eigentlich größte Parlamentsfraktion, die säkulare Nida Tunis, befindet sich seit Monaten im Spaltungsprozess. 23 von 85 Abgeordneten verließen die Fraktion, im säkularen Lager werden derzeit mehrere Parteien neu oder anders gegründet. Die islamistische Ennahda ist nun mit 69 Sitzen die stärkste Fraktion, sie ist zugleich die stabilste Partei. Sie befindet sich aktuell in einem basisdemokratischen Prozess interner Neuwahlen – ein klarer Gegenpol zu den zerstrittenen und meist von Parteiführern dominierten säkularen Konkurrenten.

Inmitten dieser politischen Neuaufstellung verhandelt die Europäische Union hinter verschlossenen Türen ein neues Freihandelsabkommen mit dem tunesischen Kabinett. Tunesische Organisationen, unter anderen der Gewerkschaftsdachverband UGTT und die Menschenrechtsliga, wandten sich gegen das, was davon bisher durchsickerte. Sie befürchten «die Unterwerfung der Interessen des Landes unter kommerzielle Logik und die Bedrohung elementarer Rechte der Bevölkerung». Die derzeitigen Sozialproteste sind sicherlich nicht die letzten.

 WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/41077
WWW.JUNGEWELT.DE/2016/01-13/012.PHP

PETER SCHÄFER LEITET DAS AUSLANDSBÜRO NORDAFRIKA DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN TUNIS/TUNESIEN

ARNDT HOPFMANN

LIBERIA HANDELT JETZT FREI

WTO NIMMT NEUE MITGLIEDER AUF – STECKT ABER MEHR DENN JE IN DER KRISE

Die WTO feiert auf einer Ministerkonferenz neue Mitglieder und Vereinbarungen. Doch die Organisation verliert weiter an Einfluss. Bilaterale und regionale Freihandelsabkommen überholen sie im Rennen um weitergehende Liberalisierung.

Zu Beginn der 10. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) Mitte Dezember in Nairobi/Kenia wurden zwei neue Mitgliedsstaaten mit viel Applaus begrüßt. Liberia und Afghanistan sind die Mitglieder 163 und 164. Damit findet eine Entwicklung ihre logische Fortsetzung, die mit der Eingliederung der ehemaligen Ostblock-Staaten in die kapitalistische Weltwirtschaft und der Gründung der WTO 1995 ihren Anfang nahm. Inzwischen vereinen die WTO-Staaten, darunter China (seit 2001) und Russland (2012), mehr als 90 Prozent des Welthandels auf sich.

Die Ironie hinter der Begeisterung über die Aufnahme zweier weiterer Länder besteht jedoch darin, dass das die WTO trotz steigender Mitgliedszahlen offenbar an Bedeutung verliert. Dafür verantwortlich ist nicht zuletzt der Verlauf, den die bisherigen Verhandlungsrunden der WTO genommen haben. Das erste große Debakel durchlitt die junge Organisation in Seattle (1999), als die dritte Ministerkonferenz spektakulär an der geplanten Verabschiedung eines Multilateralen Investitionsabkommens scheiterte. Angesichts der inneren Zerrissenheit und unter dem Eindruck der Terrorakte am 11. September in den USA sollte 2001 mit der Ausrufung der «Development Agenda» in Doha ein neuer Versuch unternommen werden, die Handelsinteressen des globalen Nordens mit den «Entwicklungsinteressen» des Südens in Einklang zu bringen.

Dieses Unterfangen hat sich allerdings als extrem sperrig erwiesen. Auf der einen Seite machen seit nunmehr 15 Jahren die Verhand-

lungen kaum Fortschritte, weil die Länder des Südens von denen des Nordens den Verzicht auf Marktzugangsschranken in jenen Bereichen fordern, wo die sie selbst Konkurrenzvorteile hätten – insbesondere im Agrarbereich. Gleichzeitig drängen die Industrieländer auf eine generelle Marktöffnung im Süden und insbesondere auf Zugang zu sensiblen Sektoren wie etwa (Finanz-)Dienstleistungen und zum öffentlichen Beschaffungswesen. Das anhaltende Gezerre in der «Doha Development Round» hat jedoch den Weg für zwei Entwicklungen geebnet, die in letzter Konsequenz die Daseinsberechtigung der WTO selbst untergraben. Erstens zeichnet sich ein deutlicher Trend zu bilateralen Vereinbarungen ab, der insbesondere von den USA im Rahmen des mehrfach verlängerten «African Growth and Opportunity Act» vorangetrieben wird. Zweitens gibt es einen starken Trend zu regionalen Freihandelsabkommen. Das betrifft die EU, die dabei ist, mit afrikanischen, karibischen und Pazifikstaaten (AKP-Staaten) sogenannte Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zu schließen.

Die wohl größte Gefahr für die Rolle der WTO erwächst jedoch aus der Schaffung von sogenannten «Mega-Regionals» – Freihandelszonen, wie sie die Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) und das Transpazifische Handelsabkommen (TPP) vorsehen –, in denen bewusst auf Exklusivität gesetzt wird. Dieser Prozess wird vor allem von den «alten» Weltwirtschaftsgroßmächten USA und Europa forciert, um wirtschaftlich erstarkende Ländergruppen wie die BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) bewusst auszuschließen und trotz sinkender Anteile am Welthandel auch in Zukunft international die Standards setzen zu können. Angesichts dessen erscheinen auch die – von WTO-Gener-



Demonstration gegen das Ministertreffen der Welthandelsorganisation (WTO) im Dezember 2015 in Nairobi. Foto: Samuel Kasirye

ralsekretär Azevêdo eifertig als «historisch» gepriesenen – Ergebnisse der WTO-Konferenz von Nairobi in einem besonderen Licht. Das viel bejubelte «Nairobi Package» enthält zwar einen auf den ersten Blick radikalen Beschluss zur Abschaffung aller Exportsubventionen im Agrarbereich – sowohl im Süden als auch im Norden. Allerdings wird ausgeblendet, dass offene Exportsubventionen im Norden längst und weitgehend durch Fördermaßnahmen (domestic support) für einzelne Agrarbetrieb abgelöst wurden. Auch die Beschlüsse in Bezug auf ein Ende für die Subventionierung von Baumwollexporten weisen denselben blinden Fleck auf. Schließlich wurden noch neue Regelungen im Hinblick auf spezielle Schutzvorkehrungen im Nahrungsmittelhandel (special safeguard mechanism) in Aussicht gestellt, die allerdings erst in Genf, am Sitz der WTO, weiterverhandelt werden müssen. Alles in allem enthält das «Nairobi Package» also nicht viel Neues – vor allem aber viele Maßnahmen, die auf den ersten Blick und insbesondere den Medien ein grandioses Verhandlungsergebnis vorspiegeln sollen.

Die wesentliche Zäsur, die in Nairobi begründet wurde, findet sich eher beiläufig in der Abschlusserklärung – nämlich der de-facto-Ausstieg aus der «Doha Development Round» und die Öffnung der WTO für neue Themen. Zwar können Länder, die dies wünschen, weiter innerhalb der Welthandelsorganisation über eine Entwicklungsagenda verhandeln, aber andere (vor allem der Norden) wol-

len die WTO lieber nutzen, um den Freihandelsboden insbesondere für Investitionsvereinbarungen, Wettbewerbspolitik und Internet-Handel zu bereiten. Das ist sicherlich für die meisten Länder des Südens, insbesondere in Afrika, eine bedrückende Nachricht.

Aber vielleicht tragen diese Entwicklungen ja auch zu einer notwendigen Ent-Täuschung bei. Denn es war wohl von vornherein naiv, ausgerechnet von einer Handelsorganisation, in der die ProtagonistInnen auf Freihandel fixiert sind, die Umsetzung eines Entwicklungsprogramms zu erwarten, das weit komplexer sein müsste als es eine bornierte Handelsperspektive leisten kann. Die WTO ist schlicht der falsche Ort, um von dort entscheidende Impulse für die notwendige strukturelle Transformation der Wirtschaft in den Entwicklungsländern zu erwarten.

Klar wird nun zudem, dass es für die Länder des Südens – nicht nur in der WTO, sondern auch bei anderen internationalen Verhandlungsprozessen – um eine Schärfung der eigenen Positionen und insbesondere deren Umsetzung in eine kollektive Verhandlungsstrategie gehen muss. Ohne den festen Willen zur Verteidigung der eigenen Interessen geht es nicht.



WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/4222
WWW.TWNAFRICA.ORG/AFRICANAGENDA

ARNDT HOPFMANN IST REFERENT IM AFRIKAREFERAT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

DIE EIGENE BOTSCHAFT

PAPST UND ALTKANZLER AUF LINKEN PLAKATEN? EIN SCHWERER FEHLER

DIE LINKE in Rheinland-Pfalz druckte auf ihre Plakaten keine Linken, sondern Konservative – weil sie diese selbst für glaubwürdiger hält. Aufmerksamkeit war ihr sicher. Aber die Taktik offenbart mangelndes Selbstvertrauen.

Die erste Verhaltensregel, die PolitikerInnen in Talkshows mitgegeben wird, lautet: Antworte nicht gleich auf die Frage des Moderators, sondern beginne mit dem Satz: «Gleich antworte ich auf Ihre Frage, aber lassen Sie mich zunächst dieses sagen...» Nun kann der oder die PolitikerIn seelenruhig die eigene Botschaft verkünden, bis die Runde unruhig wird – auf die eingangs gestellte Frage kann man dann immer noch antworten. Im besten Fall verbindet sich dann die Botschaft mit der Person, macht sie bekannt und schärft ihr Profil. Umgekehrt verleiht eine bekannte und authentische Person einer (politischen) Botschaft besondere Glaubwürdigkeit. Die LINKE sah und sieht sich in dieser Hinsicht einem besonderen Problem ausgesetzt. Das gegenseitige Befördern von Botschaft und Person funktionierte bei der Partei nur in wenigen Fällen.

Ein Grund dafür ist, dass es wenig bundesweit bekannte Repräsentanten gab und gibt. Sieht man sich das Social-Media-Ranking der Webplattform Pluragraph an, so fanden sich Ende Februar unter den ersten 20 Plätzen von mehr als 3600 PolitikerInnen nur drei aus der LINKEN: Gregor Gysi, Sahra Wagenknecht und Katja Kipping. Der nächste folgt auf Platz 80. Das Problem, die Diskrepanz zwischen inhaltlicher Botschaft und dazu fehlendem bekannten Personal zu überbrücken, hat die CDU im Europawahlkampf 2014 bekanntermaßen so gelöst, dass flächendeckend mit dem Konterfei von Angela Merkel geworben wurde, obwohl diese gar nicht zur Wahl stand. Noch einen Schritt weiter ging jüngst die LINKE im Landtagswahlkampf in Rheinland-Pfalz. Sie druckte Bilder des amtierenden Papstes oder des Ex-Bundeskanzlers Helmut Kohl auf ihren Wahlplakaten. Die beiden Wahlwerber stehen nicht nicht nur nicht zur Wahl. Sie sind nicht einmal dafür bekannt, der Partei irgendwie nahe zu stehen – eher ist das Gegenteil der Fall.

Und weil beide Prominente natürlich nie vorhatten, für die LINKE zu werben, ist das auch in Bezug auf die Persönlichkeitsrechte fragwürdig. Letztlich sind auch die werbenden Sprüche, um die es geht, schlicht gehalten. «Wenn die Politik wirklich den Menschen dienen soll, darf sie nicht Sklave der Wirtschaft und Finanzwelt sein», wird der Papst zitiert. Beim anderen Plakat schaut ein noch recht junger Helmut Kohl in die Ferne und wird mit dem Spruch zitiert: «Die Menschlichkeit einer Gesellschaft zeigt sich nicht zuletzt daran, wie sie mit den schwächsten Mitgliedern umgeht.» Abgesehen davon, dass Kohl auf Wahlplakaten der LINKEN nur im Westen und vermutlich auch nur in dessen Stammland Rheinland-Pfalz überhaupt denkbar ist, sorgte die Vereinnahmung für ein entsprechenden Medienecho und diverse Erklärungsversuche. Die rheinland-pfälzische Partei verteidigte sich, der Satz über die «Schwächsten» solle Konservative, aber Teile der SPD daran erinnern, dass humanistische Grundsätze nicht verhandelbar seien.

An soziale Grundsätze zu erinnern, mag in der bundesdeutschen Realität notwendig sein – Plakate, die im Wahlkampf mit enormen Aufwand gedruckt und geklebt werden, sollten jedoch vor allem ei-

nes bewirken: Dass die KandidatInnen der Partei mit ihren Botschaften die Stimmen der WählerInnen bekommen. Auf den Papst und Kohl trifft das hundertprozentig nicht zu. Gerade die LINKE rühmt sich bekanntlich in ihrem Selbstverständnis, dass sie dem mündigen Bürger und der Wählerin gegenüber in einem ehrlichen Wahlkampf keine «Tricks» anwendet, dass sie nichts verspricht, was sie nach der Wahl nicht halten kann. Die Idee, mit einer Person zu plakatieren, die mit der kommenden Wahl linker PolitikerInnen nichts zu tun hat, widerspricht diesem Selbstverständnis.

Auch das Gegenargument, dass in Wahlkämpfen mit harten Bandagen um jede Stimme gekämpft werden muss, zieht da nicht. Denn wer sich im politischen System anders, nämlich sozial und solidarisch verortet, kann nicht dieselben Methoden wie der politische Gegner anwenden. Nichts jedes Mittel lässt sich durch den politischen Zweck rechtfertigen. Landtagswahlen werden für gewöhnlich zudem mit landespolitischen Themen entschieden. Bildungspolitik und regionale Großprojekte sind hier die bestimmenden Themen. Viel lässt sich aus der Pfälzer Saumagen-Provinz nicht gegen die globale Finanzindustrie ausrichten – und dies erkennen die WählerInnen auch. Eine weitere Rechtfertigung, um solche Plakate in den Umlauf zu bringen, besteht in der medienwirksamen Provokation, wie es dann im Falle von Rheinland-Pfalz auch erklärt wurde. Die Frage ist allerdings, was mit einer solchen erreicht wird: Die Medien echauffierten sich nicht darüber, was Papst oder Kohl gesagt haben, sondern darüber, dass die Partei diese so offensichtlich vereinnahmt hat – über die sozialkritischen Inhalte der Plakate wurde nicht gestritten. So gesehen schrumpft die Provokation eher auf ein Krawallmachen.

Warum platziert man diese Personen dann aber auf den linken Plakaten? Der Hintergrund ist offenbar, dass deren Kritik am Kapitalismus irgendwie glaubwürdiger daherkommt, als käme diese von linken PolitikerInnen. Das Phänomen kennt man nur zu gut: Linke Politiker zitieren in ihren Reden und Texten besonders gern kapitalismuskritische Wendungen und Sätze, wenn diese aus der «FAZ» oder der «Welt» stammen. Aus Medien also, die sonst gerade für ihre Vorbehalte und ihre Ignoranz gegenüber allem Linken bekannt sind. Wenn solche Medien oder Politiker wie der strammkonservative Spendenlügner Kohl also plötzlich etwas «Linkes» sagen, verleihe das, so die Annahme, der Aussage besonderes Gewicht und Überzeugungskraft. Kein wirklich neues Phänomen: Schon die realsozialistischen Propagandisten liebten das so genannte «feindliche Eingeständnis».

Das größte Problem solcher Kampagnen besteht also in der – unangesprochenen – Haltung der linken WahlkämpferInnen, dass man den Papst und Kohl in ihrer Kritik für authentischer und glaubwürdiger hält als die eigenen KandidatInnen und Konzepte. Warum aber sollen die Wählerinnen und Wähler einer Bewegung, die so wenig an sich selbst glaubt, ihre Stimme geben?



WWW.LINKEMEDIENAKADEMIE.DE
WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/41736

JÖRG STAUDE IST GESCHÄFTSFÜHRENDES VORSTANDSMITGLIED DER LINKEN MEDIENAKADEMIE IN BERLIN



Ein Bauer in der kambodschanischen Provinz Kandal verlädt Zuckerrohr auf einen Ochsenkarren. Das Bild entstand im Mai 2011. Foto: Reuters

MANUEL PALZ

SCHRECKLICHE HILFE

EU-INITIATIVE VERSETZT VIELE KAMBODSCHANERINNEN IN EXISTENZANGST

Auch 25 Jahre nach dem Ende des Bürgerkriegs gehört Kambodscha zu den ärmsten Ländern der Welt. Ein Grund ist ausgerechnet ein Förderprogramm mit EU-Unterstützung.

Seit 2009 können die sogenannten «am wenigsten entwickelten Länder» (Least Developed Countries, LDC) dank der Initiative «Everything but Arms – Alles außer Waffen» (EBA) Rohstoffe und Agrarprodukte wie Bananen, Reis und Zucker zoll- und quotenfrei in die EU exportieren. Diese Initiative hat in Kambodscha zu einer paradoxen Entwicklung beigetragen: Sie hat das Bruttoinlandsprodukt steigen lassen, raubt aber der Bevölkerung die Lebensgrundlage. Bis 2011 wurde in Kambodscha kein Zuckerrohr angebaut. Dann wurde bekannt, dass auch Kambodscha die EBA-Initiative der EU nutzen kann. Innerhalb weniger Jahre kam es in Kambodscha zu großen Landkonzessionen und Enteignungen durch internationale Investoren und reiche Khmer. Leidtragende sind die KleinbäuerInnen, die in Kambodscha rund 90 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Wenige Jahre nach Inkrafttreten der Initiative befinden sich über 60 Prozent der Anbaufläche Kambodschas in den Händen von Investoren. Über 700.000 Menschen wurden von ihren Feldern vertrieben und arbeiten jetzt teils unter sklavenartigen Bedingungen auf den Zuckerrohrplantagen der internationalen und nationalen Unternehmen, anderen bleibt nur die unterbezahlte Arbeit in Kambodschas Textilindustrie oder der Weg in die Prostitution. Erleichtert werden die Enteignungen der KleinbäuerInnen

durch die epidemische Korruption. Die größten «Zuckerbarone» Kambodschas pflegen enge Beziehungen in die höchsten Regierungskreise oder sitzen selbst als Senatoren im Parlament. Widerstand gegen drohende Enteignungen wird durch Polizei und Militär oder private Sicherheitskräfte der Großgrundbesitzer gewaltsam niedergeschlagen. Während in anderen Ländern der Region KleinbäuerInnen durch vorherige Landreformen einen gewissen Schutz genießen, leidet Kambodscha unter den Folgen der Herrschaft der Roten Khmer. Diese hatten alles Land verstaatlicht und die jahrhundertelange Praxis der familiären Bewirtschaftung zerstört. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit hat in den vergangenen zwanzig Jahren große Anstrengungen unternommen ein Katasterwesen in Kambodscha aufzubauen. Es sollte Eigentumsfragen klären, trug aber zur Legitimierung von Landraub bei.

Für Kambodscha bedeutet die EBA eine Gefahr: Wenn ein Großteil der Bevölkerung keinen gesicherten Zugang zu Nahrung hat, ist es dramatisch, wenn zwei Drittel der Anbaufläche wenigen hundert Menschen gehören. Der blutige Zucker aus Kambodscha ist in Europa in vielen Produkten zu finden – ohne Kennzeichnungspflicht können sich KonsumentInnen nicht dagegen entscheiden.



[HTTP://RLS-SEA.DE/](http://rls-sea.de/)
[WWW.ROSALUX.DE/WELTWEIT/ASIENNMO.HTML](http://www.rosalux.de/weltweit/asiennmo.html)

MANUEL PALZ IST STELLVERTRETENDER LEITER DES AUSLANDSBÜROS SÜDOSTASIEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN HANOI/VIETNAM

AUF GEPACKTEN KOFFERN

IN DREI AUSLANDSBÜROS DER STIFTUNG WECHSELT DIE SPITZE. DIE ALTEN UND NEUEN LEITERINNEN BLICKEN ZURÜCK UND IN DIE ZUKUNFT

OSTAFRIKA DARESSALAM



Siegfried Schröder ist in die Stiftungszentrale nach Berlin gewechselt. Dort arbeitet er nun in der Stabsstelle Innenrevision.

SIEGFRIED SCHRÖDER

Was war dein wichtigstes Projekt?

Schröder: Dazu zählte die Zusammenarbeit mit der ugandischen Umwelt- und Menschenrechtsorganisation NAPE. Sie kämpft für die Rechte der Opfer von Landvertreibung und Großprojekten. Das Community Green Radio, das von NAPE gegründet wurde, ist eine wichtige Ergänzung, weil es Unrecht öffentlich macht, den Betroffenen eine Stimme gibt und Aktionsgruppen in ihrer Selbstorganisation unterstützt.

Was war der bewegendste Moment?

Schröder: Die Eröffnung des Nyerere Resource Centres in Daressalam. Viele StudentInnen, PolitikerInnen und AktivistInnen nahmen daran teil, aber auch politisch Alt-vordere wie Ex-Präsident Benjamin Mkapa und Nyereres Fotograf Adarsh Nayar. Nyereres Ideen sind bis heute lebendig – ein Hoffnungsschimmer, damit der Kampf für Selbstbestimmung und Gerechtigkeit wieder Dynamik gewinnt.

Was wirst du am meisten vermissen?

Schröder: Meine Kolleginnen und Kollegen in unserem Büro. Die Zusammenarbeit, ihr Engagement und die immer offene und zugewandte Atmosphäre werden mir fehlen. Die Zusammenstellung des Teams stand unter einem wirklich guten Stern.

Dein Lieblingsplatz in Daressalam?

Schröder: Ein ruhiger Platz am Strand von Bagamoyo. Rund 60 Kilometer von Daressalam entfernt, fernab von Hektik, Verkehrschaos und Lärm. Ein großartiger Ort, um am Wochenende aufzutanken, frischen Fisch zu essen und ein Buch zu lesen.

DOROTHEE BRAUN

Welches wird Dein wichtigstes Projekt?

Braun: Die Partner in der Region klug miteinander zu vernetzen und sie bei der schrittweisen Umsetzung ihrer Vorhaben zu unterstützen. Den Raum zu öffnen für innovative Ideen, für Störendes, für Kreatives, aber auch nüchtern Strategisches, für Alternativen. Eine neue Projektidee sucht den Austausch mit jungen Studierenden. Neben Themen wie staatliche Rahmenbedingungen, Ernährungssicherheit oder Ressourcenschutz sollen sie die eigenen politischen Gestaltungsmöglichkeiten diskutieren.

Was ist die drängendste Frage an deinen Vorgänger?

Braun: Bei der Dichte an Themen und Asymmetrien sowie bei Partnern, die sich zur Wehr setzen: Wie machst du es, dabei Bewusstsein zu schaffen, nach Alternativen zu suchen, mitunter die Klaviatur von der lokalen bis zur internationalen Ebene zu spielen und zugleich bei den vielfältigen administrativen Aufgaben und Berliner Vorgaben nicht den Überblick zu verlieren?

Was an Deutschland wirst du auf keinen Fall vermissen?

Braun: Fremdenfeindliche Einstellungen, gerade da, wo ich sie am wenigsten erwarte.

Auf welchen Ort in Daressalam freust du dich am meisten?

Braun: Auf die ruhige Atmosphäre der Buchhandlung am Slipway, um deren Ecke man in einem kleinen Restaurant im Sonnenuntergang viel zu süßen frischen Tamarindensaft trinken, gegrillten Fisch essen

und von wo aus man dem lärmenden Treiben der Stadt auf eine kleine vorgelagerte Insel entfliehen kann.



Dorothee Braun war wissenschaftliche Referentin beim Rat für Nachhaltige Entwicklung in Berlin.

OSTEUROPA MOSKAU



Tiina Fahrni

TIINA FAHRNI

Was war dein wichtigstes Projekt?

Fahrni: Die vier Jahre waren für mich ein Crescendo hin zu «zeitgenössischen Utopien»: Vordenker der Linken, Queer-Theoretikerinnen, AktivistInnen, politische Künstlerinnen sowie Soziologen, Historikerinnen und Vertreter des Big-History-Ansatzes aus fast allen Republiken der ehemaligen Sowjetunion unterhielten sich miteinander über mögliche Zukünfte.

Was war der bewegendste Moment?

Fahrni: Bewegung war (und ist) immer multivokal und chaoplex.

Was wirst du am meisten vermissen?

Fahrni: Meine Kollegen und Kolleginnen, die vielfältigen Veranstaltungen und die unzähligen Perspektiven und Informationen aus erster Hand.

Dein Lieblingsort in Moskau?

Fahrni: Das Gebiet um die Metrostation «VDNCh»: die ehemalige «Ausstellung der Errungenschaften der Volkswirtschaft», das Kosmonautik-Museum, Vera Muchinas «Arbeiter und Kolchosbäuerin»: Zeichen einer vergangenen Zukunft, die doch weiterlebt.

KERSTIN KAISER

Welches wird dein wichtigstes Projekt?

Kaiser: Zum Nutzen unserer PartnerInnen vor Ort und mit ihnen weiter gemeinsam zu lernen, bildungspolitische Gestaltungsräume auszuloten, Grenzen zu überwinden. Wie entwickeln wir den offenen und solidarischen Austausch, welche verlässlichen Netze stehen uns zur Verfügung, wie machen wir sie tragfähiger? Es ist ja für uns ein Balanceakt, Transformations- und Gestaltungsprozesse in den russländischen und zentralasiatischen Gesellschaften öffentlich zu thematisieren – und dann auch noch vor Ort aus der Perspektive universeller demokratischer, sozialer und kultureller Grundrechte.

Was ist Deine drängendste Frage an Deine Vorgängerin?

Kaiser: Wie es dem Team in Moskau überhaupt gelang, unter den Bedingungen der neuen Kriege, des zurückgekehrten Agentenverdachts und der weltweiten politischen Schwarz-Weiß-Mode so vielfältige politische Bildungsarbeit mit mutigen PartnerInnen zu organisieren?

Was an Deutschland wirst du auf keinen Fall vermissen?

Kaiser: Die tägliche Suche nach WiFi-Codes. Im öffentlichen Raum Moskaus gibt es fast überall freies Netz, selbst im Metro-Untergrund. Das ist eine praktische Sache, nicht nur für TouristInnen.

Auf welchen Ort in Moskau freust Du Dich am meisten?

Kaiser: Auf Moskau aus der «Meister und Margarita»-Perspektive. Die Schauplätze der Handlung in Bulgakows berühmten Moskau-Roman wurden zu einem Stadt- und Exkursionsplan zusammengetragen. Diese Spurensuche, gemeinsam mit Freunden, wünsche ich mir schon länger. Mal sehen, wie weit wir kommen.



Kerstin Kaiser war Landtagsabgeordnete der LINKEN im Land Brandenburg.



Armin Osmanovic leitet seit Ende 2015 das Auslandsbüro Westafrika der Stiftung in Dakar (Senegal).

ARMIN OSMANOVIC

Was waren deine wichtigsten Projekte?

Osmanovic: Unsere Veranstaltungsreihe zum Ersten und Zweiten Weltkrieg und dem Völkermord in Ruanda im Jahr 2014, der Besuch Thomas Pikettys in Südafrika 2015 und die Buchpublikation «Mozambique 1975–1985» von Moira Forjaz mit einer beeindruckenden Präsentation in Maputo. Es waren immer Teamleistungen von Büromannschaft, unseren Partnern und den interessierten TeilnehmerInnen.

Was war der bewegendste Moment?

Osmanovic: Ich hatte leichten Zugang sowohl zu AktivistInnen vor Ort, international bekannten Intellektuellen, KünstlerInnen und Regierungsmitglieder und auch Freiheitskämpfern. Die Mischung war einfach besonders.

Was wirst du am meisten vermissen?

Osmanovic: Das Land, die Stadt und unser Büro. Südafrika kenne ich seit dem Ende der Apartheid 1994, habe es bereist und darüber geforscht. Johannesburg ist eine vibrierende Metropole mit guten Universitäten, eben «A World Class African City»! Und das Stiftungsbüro ist in der Region bekannt, interessante Projektvorschläge gab es jede Menge, enthusiastische Mitarbeiter mit wichtigen Ideen und Initiativen auch, nur das Geld war zu knapp.

Dein Lieblingsplatz in Johannesburg?

Osmanovic: Zum Frühstück in der Patisserie Paris in Blairgowrie die besten Croissants essen, danach lesen und Leute beobachten. Mittags an den Zoo Lake zu Moyo auf die Terrasse, schnell einen Burger mampfen oder im Park grillen. Und abends in der Innerscity im Programmokino Bioscope einen Film sehen, am besten dann, wenn das von der Stiftung unterstützte Filmfestival läuft.

JOHANNESBURG

SÜDLICHES AFRIKA JOHANNESBURG

JÖRN JAN LEIDECKER

Welches wird dein wichtigstes Projekt?

Leidecker: In den zumindest formalen Demokratien des südlichen Afrikas stehen in den kommenden Jahren wichtige Wahlen und politische Richtungsentscheidungen an. Als politische Stiftung sollten wir dabei helfen, das linke Ideen in den öffentlichen Debatten einen Raum finden und einen Beitrag zu einem gewaltfreien öffentlichen Diskurs leisten.

Was ist deine drängendste Frage an Deinen Vorgänger?

Leidecker: Armin hat es geschafft, die Stiftung zu Fragen sozialer Gerechtigkeit zu einem allgemein anerkannten Partner wichtiger zivilgesellschaftlicher, politischer und akademischer Akteure zu machen – ohne dabei ein linkes Profil zu verlieren. Davon würde ich gerne lernen.

Was an Deutschland wirst du auf keinen Fall vermissen?

Leidecker: Das Tief über den britischen Inseln und seine Wetterauswirkungen.

Auf welchen Ort in Südafrika freust du dich?

Leidecker: Auf die sich in all ihrer Verrufenheit transformierende und kulturell faszinierende Innenstadt von Johannesburg – den Central Business District CBD.



Jörn Jan Leidecker war in der Stabsstelle Innenrevision der Berliner Stiftungszentrale tätig.

LUCIE BILLMANN

BEDROHLICHER RECHTSRUCK

VORTRÄGE IN ACHT STÄDTEN ÜBER DEN VORWAHLKAMPF IN DEN USA

Die Vorwahlen zur US-Präsidentschaft haben wie lange nicht politische Debatten über den Zustand der US-amerikanischen Gesellschaft befördert. Auf einer Vortragsreise durch Deutschland berichtete Anfang März der Aktivist Ethan Young darüber.

Die amerikanische Erzählung, der Traum, dass alle erfolgreich sein können, hat sich ausgeträumt. Immer deutlicher tritt die soziale Schieflage, die Spaltung in arm und reich zutage. Junge Menschen sind durch Studiengebühren früh verschuldet, die Verschuldung der Privathaushalte hat ein historisches Ausmaß angenommen. Das ist, seit Bernie Sanders als Kandidat der Demokratischen Partei ins Rennen eingestiegen ist, auch im Wahlkampf Thema.

Zugleich bringt der Wahlkampf die starke Polarisierung der Gesellschaft zutage. Die hohe Zustimmung, die etwa Donald Trump in der verarmten weißen Mittelschicht erhält, zeigt, wie tief Rassismus, Sexismus und nationalistisches Gedankengut in der US-amerikanischen Gesellschaft verankert sind. Dieser bedrohliche Rechtsruck eröffnet paradoxerweise Möglichkeitsräume für linke Projekte, soziale Bewegungen und Gewerkschaften. Dies zeigt der Erfolg von Sanders. Zehntausende kommen zu seinen Wahlveranstaltungen, und hierzulande reibt man sich verwundert die Augen, wenn ein amerikanischer Politiker öffentlich für den demokratischen Sozialismus wirbt.

Der US-amerikanische Referent Ethan Young ist aktiv im Left Labor Project, einem New Yorker Zusammenschluss linker Gewerkschafter, und bei Portside.org, einem der wichtigsten Internetportale der US-Linken. Bei seinen Vorträgen in Hamburg, Kiel, Flensburg, Bremen, Köln, Jena, Erfurt und Berlin ging es auch um die Frage, welche Auswirkungen der Wahlkampf auf die US-amerikanische Linke hat. Der Erfolg von Sanders komme, so Young, nicht aus heiterem Himmel: Schon seit einiger Zeit hätten auf lokaler Ebene «linke» PolitikerInnen Erfolge erzielt. Laut Young haben Gewerkschaften und soziale Bewegungen Zulauf, wie die Black Lives Matter-Bewegung gegen rassistische Polizeigewalt oder die Gruppen, die sich für einen Mindestlohn von 15 Dollar einsetzen.

Viele BesucherInnen äußerten sich besorgt über die Erfolge von Donald Trump. Diskutiert wurde ebenfalls, wie stark die neue Linke um Bernie Sanders ist, welche Auswirkung sie auf die Demokratische Partei hat und ob sich hier eine gesellschaftliche Kräfterverschiebung anbahnt. Young äußerte die Hoffnung, dass das neue Netzwerk auch nach den Präsidentschaftswahlen bestehen bleibt und die Linke in den USA wieder an Stärke gewinnt.

WWW.ROSALUX-NYC.ORG/DE/GROWING-FROM-THE-CONCRETE/

LUCIE BILLMANN IST WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERIN IM BEREICH BUNDESWEITE ARBEIT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

SARAH OSSWALD

GOLDENES ZEITALTER

WOHNUNGSPOLITIK BEI DER AUFTAKTVERANSTALTUNG ZU «100 JAHRE GROSS-BERLIN»

Im Jahr 2020 feiert «Groß-Berlin» sein Hundertjähriges. Eine fünfteilige Veranstaltungsreihe der Hermann-Henselmann-Stiftung widmet sich dem Jubiläum.

Der 1. Oktober 1920 war ein einschneidendes Datum für Berlin: Durch die Eingemeindung zahlreicher Städte, Landgemeinden und Gutsbezirke verdreizehnfachte sich die Fläche der Stadt, die Einwohnerschaft wuchs auf das Doppelte. Aus diesem Anlass lädt die Hermann-Henselmann-Stiftung zu einer fünfteiligen Reihe zu «Groß-Berlin» ein. Ende Februar fand im Berliner Abgeordnetenhaus die Auftaktveranstaltung zur «Wohnungsfrage» statt. Die Referierenden zeigten Lösungen aus der Vergangenheit und für die Zukunft. Vor rund 170 Gästen stellten sie Träger- und Finanzierungsmodelle, Bauweisen und Zielgruppenausrichtungen vor, und warfen den Blick auf drei weitere europäische Metropolen.

Die Erweiterung Berlins setzte die Rahmenbedingungen, um die Wohnverhältnisse breiter Schichten zu verbessern, erklärte Harald Bodenschatz. Sei der Wohnungsbau zuvor ausschließlich durch private Akteure erfolgt, ermöglichte nun eine einheitliche kommunale Planung eine Bodenvorratspolitik, die konträr zur Bodenveräußerungspolitik und dem Wohnungselend der Gründerzeit stand.

Das Vorstandsmitglied der Hermann-Henselmann-Stiftung und LINKEN-Politikerin Katrin Lompscher spannt den Bogen zur aktuel-

len Situation. Sie sehe auf Berlin ein zweites «goldenes Zeitalter der Wohnungsbaupolitik» zukommen. Die Stadt wachse, es gebe immer mehr Haushalte. Bis 2030 sollten 300.000 Wohnungen gebaut werden, ein Drittel davon mit öffentlicher Förderung.

Das werde nicht reichen, meinte hingegen der Sozialwissenschaftler Andrej Holm. Wohnungsnot sei meist gleichbedeutend mit einem Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Die Verknappung lasse die Mieten steigen. Er sprach sich für eine Wohnraumversorgung jenseits von Profit aus. Welche Auswirkungen rein privat finanzierter Wohnungsneubau auf das Sozialgefüge einer Stadt hat, zeigte Maren Hartnack am Beispiel London: Die Einstellung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus in den 1980er Jahren führte zu einer drastischen Verdrängung einkommensschwacher Haushalte und zu einer Stadtentwicklungspolitik, die weite Teile der Bevölkerung ausschließt. Bis 2020 wird sich die Veranstaltungsreihe jedes Jahr einer Schlüsselaufgabe der Stadtpolitik widmen. Geplant sind Kolloquien zu Verkehr, Grün- und Freiflächen sowie Planungskultur. Eine Abschlusskonferenz soll Perspektiven für die Hauptstadtregion ausloten.

WWW.HERMANN-HENSELMANN-STIFTUNG.DE/ARCHIVE/861

SARAH OSSWALD IST GEOGRAFIN UND PROJEKTMITARBEITERIN DER HERMANN-HENSELMANN-STIFTUNG



Demonstration von Studierenden in der österreichischen Stadt Graz im Oktober 2009. Foto: Alexander Koch/Flickr (CC BY-NC 2.0)

BENEDIKT HEUDORFER/ROSA LEHMANN/FRIEDEMANN VOGEL

GEGEN DAS REFORMDIKTAT

WORKSHOP UNTERSUCHTE DIE HEUTIGEN MÖGLICHKEITEN KRITISCHER WISSENSCHAFT

Rund 40 Teilnehmende diskutierten bei einem Workshop im Februar in Berlin den prekären Stand kritischer Wissenschaft und WissenschaftlerInnen an Hochschulen. Gemeinsam wurde nach Möglichkeiten für Veränderungen gesucht.

Das späte 20. Jahrhundert war die Blütezeit einer kritischen Geistes- und Sozialwissenschaft, der es gelang, auch im gesellschaftlichen Diskurs maßgebliche Impulse zu setzen. Mit der Emeritierung vieler linker ProfessorInnen und der Ökonomisierung der Universität wurden kritische WissenschaftlerInnen ab Mitte der 1990er Jahre wieder verdrängt. Eine linke Positionierung in der akademischen Welt kann heute zu massiven Benachteiligungen führen; kritische Stimmen verstummen daher zunehmend. So die Bestandsaufnahme zu Beginn des Workshops. Wie man sich in diesem Umfeld behauptet, wie man sich kollektiv organisieren könnte, und welche Rolle die Stiftung, die Partei DIE LINKE oder andere Organisationen dabei spielen können – dies waren zentrale Fragen, mit denen sich die etwa 40 VertrauensdozentInnen, PromotionsstipendiatInnen, StiftungsmitarbeiterInnen und eingeladene WissenschaftlerInnen beschäftigten.

Gleich zu Beginn wurde die anfängliche Bestandsaufnahme nochmal auf den Prüfstand gestellt. Zwar war man sich einig über die Güte des «goldenen Zeitalters der kritischen Wissenschaft» in den 1960er und 1970er Jahren. Damals wollten linke WissenschaftlerInnen sich bewusst außerhalb des Establishments aufstellen, was

häufig auch gelang. So gründeten sie in dieser Zeit zahlreiche Forschungsinstitute, die bis heute bestehen. Die AkteurlInnen erkämpften sich eigene staatliche Grundfinanzierungen, die unabhängige Forschung möglich machte. Sie konnten programmatisch eigene Positionen beziehen, welche explizit links, teils neomarxistisch waren, und beeinflussten damit die Forschungsrichtungen. Diese Situation wurde einerseits ermöglicht durch die starken sozialen Bewegungen jener Zeit, die als Fundament und Voraussetzung der kritischen Wissenschaft gesehen werden müssen, und andererseits durch den Umstand, dass die 68er-Bewegung mit der Expansion der Universitäten zusammenfiel, in deren Zug viele neue Stellen entstanden.

Allerdings wurde in der Diskussion schnell klar, dass die Erzählung nicht zutrifft, wonach linke WissenschaftlerInnen in den letzten zwei Jahrzehnten einen schweren Stand hätten, weil sie direkt ausgeschlossen worden seien. Die Abnahme kritischer Wissenschaften ist auch eine indirekte Folge struktureller Veränderungen, denen die Universitäten als Ganze unterworfen waren und sind, insbesondere dem Diktat neoliberaler Hochschulreformen ab den 1990er Jahren. Die Grundfinanzierung der Institute und Universitäten wurde eingedampft. An ihre Stelle traten Drittmittel, Unternehmertum und Studiengebühren. Diese politisch gewollte Umstrukturierung (Stichwort Unternehmerische Hochschule) hatte das Ziel, aus den Universitäten einen wissenschaftlichen Markt zu machen, auf dem

die gegenseitige Konkurrenz um die Gewährung der Drittmittel der Motor «exzellenter» Wissenschaft ist. Heute ist die Orientierung an Drittmitteln zur Ultima Ratio geworden, zum zentralen Zwang, der eine verwertungsorientierte, angepasste Wissenschaft produziert, welche weniger aufklärerischer Akteur als vielmehr Zulieferer für einen wissenschaftlichen Pseudomarkt mit nur einem Abnehmer – dem Staat – ist. Die Forschungsinhalte sind nahezu austauschbar. Sie können kritisch angelegt sein, solange sie sich dem Diktat des Wissenschaftsmarktes unterwerfen. Dieses Diktat bestimmt auch den wissenschaftlichen Arbeitsmarkt, der geprägt ist von einer skandalösen Prekarisierung, von schlechten Arbeitsbedingungen, teils miserabler oder keiner Bezahlung und großer planerischer Unsicherheit durch befristete Arbeitsverträge mit kurzen und kürzesten Laufzeiten. Auf diesem rauen Pflaster führen individuelle Optimierungs- und Anpassungsstrategien – speziell hinsichtlich des Publikationsoutputs und der Akquise von Geldern – zu einer inhaltsleeren Paperflut, die unter karriereopportunistischen Gesichtspunkten generiert wird und nicht aufgrund von «überkommenen» Motiven wie der Wahrheitsuche. Darin liegt ein zentraler Grund für die Verdrängung kritischer durch angepasste Wissenschaft.

Im Fokus des Workshops standen über der eher skizzenhaft gebliebenen Bestandsaufnahme – deren systematische wissenschaftliche Aufarbeitung noch aussteht – potentielle Handlungsmöglichkeiten sowohl mit Blick auf den oder die Einzelne als auch hinsichtlich bundesweiter Veränderungen. Das Stipendienprogramm der Rosa Lu-

xemburg Stiftung wurde durchaus als wichtiger Beitrag zur sträflich vernachlässigten Nachwuchsförderung in der Vergangenheit erkannt, es bedarf jedoch weiterer Initiativen zur Förderung kritischer WissenschaftlerInnen. Wichtig ist die mediale Skandalisierung der prekären Zustände, sowie die größtmögliche Organisation bzw. Vernetzung der prekär Beschäftigten. Möglich wären etwa Protestzusammenschlüsse oder solidarische Strukturen wie ein Überbrückungsfond für prekär Beschäftigte. Auch die Gründung paralleler, autonomer Strukturen, wie etwa eigene Forschungsinstitute, wäre zwar kein neues, aber ein lohnenswertes Ziel. Nicht zuletzt wäre zu versuchen, ein breites (auch bürgerliches) Bündnis gegen die herrschenden Arbeitsbedingungen an Universitäten aufzustellen und die Politik zum Handeln zu drängen.

Am Ende des Workshops schlossen sich die TeilnehmerInnen zu drei Arbeitskreisen zusammen. Sie wollen unter anderem auf Basis eines Positionspapieres von VertrauensdozentInnen und PromotionsstipendiatInnen der Stiftung das Thema Bildungs- und Hochschulpolitik auf die Agenda der LINKEN setzen, die Mobilisierung prekär Beschäftigter forcieren und Pläne zur Gründung eines unabhängigen Instituts konkretisieren.



WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/41658
[HTTP://STUDIENWERK.ROSALUX.DE](http://STUDIENWERK.ROSALUX.DE)

BENEDIKT HEUDORFER UND ROSA LEHMANN SIND PROMOTIONS-STIPENDIATINNEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG. FRIEDEMANN VOGEL IST JUNIORPROFESSOR AN DER UNIVERSITÄT FREIBURG

MORITZ BLANKE/MARCUS HAWEL

JENSEITS DER KONKURRENZ

GROSSER ANDRANG BEI DER NACHWUCHSWISSENSCHAFTLICHEN TAGUNG

Rund 100 StipendiatInnen und Ehemalige besuchten Ende 2015 die dritte nachwuchswissenschaftliche Tagung des Studienwerks in Berlin. Das Interesse an Informationen zum beruflichen Werdegang nach dem Studium ist groß.

Die erste Tagung 2011 richtete sich noch ausschließlich an Promovierende und beschäftigte sich mit dem beruflichen Werdegang nach der Dissertation. Im Jahr 2012 und nun Ende November 2015 hatten sich die Organisatoren zum Ziel gesetzt, die Zielgruppe zu erweitern und Orientierungshilfe auch für Studierende anzubieten. Dazu sollte auf die Expertise von möglichst vielen Ehemaligen und VertrauensdozentInnen zurückgegriffen, diesen ein wissenschaftliches Forum geboten und die Vernetzung zwischen ehemaligen und aktuellen Stipendiat_innen gestärkt werden. Fast alle 26 ReferentInnen waren zuvor Stipendiat_innen der Stiftung. Ausdrücklich ging es um einen Informations- und Wissensaustausch zum Berufseinstieg, wozu wissenschaftliche MitarbeiterInnen unterschiedlicher Fachrichtungen und Professionen, aber auch aus Berufssparten wie Journalismus und Theater gewonnen werden konnten.

Die Teilnehmenden konnten zwischen den überwiegend parallel laufenden Podien ihren persönlichen Interessen entsprechend eine Wahl treffen, so dass sie sich selbst eine Art roten Faden durch die Workshops und Diskussionen zurecht legen konnten. Die Motivation, in regelmäßigem Abstand nachwuchswissenschaftliche Tagungen durchzuführen, ist dem Umstand geschuldet, dass das Wissen, wie der Weg während und nach dem Studium gestaltet

werden kann, sehr ungleich verteilt ist. Studierende aus akademischen Haushalten haben in der Regel gegenüber jenen mit nicht-akademischem Bildungshintergrund einen Wissensvorsprung. Es erscheint daher notwendig, dieses Wissen besser «zu verteilen» und gleichsam zu demokratisieren.

Jenseits dieser gesellschaftlichen Aufgabe ist klar, dass mit diesem Wissen verknüpfte zentrale Fragen individuell und auch unabhängig von der sozialen Herkunft höchst unterschiedlich gestellt und beantwortet werden, und deren Relevanz von Person zu Person unterschiedlich bewertet werden. Wann fängt man am besten an, sich für den Berufseinstieg zu bewerben? Welcher Werdegang ergibt sich vielleicht durch ein zufälliges Jobangebot, das sich kaum ausschlagen lässt? Welche Bandbreite an Möglichkeiten hat sich durch ein Studium ergeben? Sind auch Quereinstiege möglich? Welche Erfahrungen Anderer helfen weiter, den eigenen Weg unbeschwerter und zielsicherer zu finden? Viele weitere Fragen könnte man hier auflisten. Es schien nötig, durch ein Angebot an wichtigen Hilfestellung und durch einen Erfahrungsaustausch hier entsprechende Orientierung und Stärkung möglichst vieler Betroffenen zu ermöglichen. Dies kann als wertvoller Ausgangspunkt dienen, um individuell individuelle und auch gemeinsame die angerissenen Fragen zu beantworten.

Ferner erschien es wichtig, die Folgen des grundlegenden Wandels der Wissens- und Berufslandschaft in den letzten 20 Jahren zu reflektieren. Nicht nur hat sich die Konkurrenz für die Beschäftigten

enorm verschärft. Auch sind die Universitäten als Orte neoliberaler Wissensproduktion wie die außeruniversitären Berufsfelder für viele Menschen mit intersektionaler Diskriminierungen verbunden. Was bedeuten diese Veränderungen für wissenschaftliches Arbeiten aus einer linkspolitischen Perspektive? Diese Aspekte inhaltlich aufzugreifen, war eine der zentralen Aufgaben der Tagung.

Am zweiten und dritten Tag gab es im Rahmen einer «Abschlussakademie» die Möglichkeit, in Workshops einige der aufgeworfenen Themen und Fragestellungen zu vertiefen. Die ursprünglich als eigenständiges Format gestaltete «Abschlussakademie» wurde so mit der Nachwuchswissenschaftlichen Tagung zusammengelegt, um auf diese Weise Synergieeffekte zu erzielen. StipendiatInnen konnten an den zwei Tagen jeweils zwischen drei Angeboten wählen. Im ersten Workshop, «Berufseinstiegsrhetorik», ging es um eine theoretische und praktische Reflektion der konkreten Anforderungen des Arbeitsmarktes an BerufseinsteigerInnen. Der zweite Workshop griff die Problematik der Unsicherheit bei der Entscheidung für eine Promotion auf: «Die Promotion(sphase) – Entscheidungshilfe und Begleitung». In diesem Workshop galt es zu erkennen, welche Aspekte der Promotion zu dem Leben passen, das wir

leben wollen und welche mit unserem Alltag in Konflikt geraten können. Sich darüber bewusst zu werden, wie raumgreifend berufsakademische Ziele sein können, sollte den Teilnehmenden helfen, Druck von den eigenen Schultern zu nehmen. Im Zentrum des dritten Workshops «Disputation und was dann?» stand die wissenschaftliche Laufbahnplanung für DoktorandInnen. Wir freuen uns, dass die Workshops sehr gut besucht wurden und möchten bei der nächsten Nachwuchswissenschaftlichen Tagung in zwei Jahren an die positiven Erfahrungen anknüpfen, um ein Workshop-Programm anzubieten, das sich an den Wünschen der Stipendiat_innen orientiert und auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten ist. Ohne die vielen Engagierten und aktiv Beteiligten, die ihren Sachverstand, ihre Hilfe und ihre Erfahrungen aus solidarischen Motiven und gegen die Prinzipien der Konkurrenz zur Verfügung stellen, wäre eine solche nachwuchswissenschaftliche Tagung kaum möglich.



WWW.ROSALUX.DE/NEWS/41900

WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/42055

MORITZ BLANKE IST REFERENT EHEMALIGENARBEIT IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG. MARCUS HAWEL ARBEITET ALS REFERENT BILDUNGSPOLITIK/FÖRDERPROGRAMM IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

«NICHT VOLLSTÄNDIG FORMALISIERBAR»

VERTRAUENSDOZENT RÜDIGER ÜBER DIE ARBEIT IM AUSWAHLAUSSCHUSS

Axel Rüdiger ist Politologe an der Universität Halle-Wittenberg. Im Ausschuss setzte er sich zunächst für eine Balance zwischen Marxismus und Poststrukturalismus ein – heute hält er es für nötig, wieder klassisch marxistische Themen zu fördern.

Wo liegen die Schwerpunkte deiner wissenschaftlichen Arbeit?

Rüdiger: Ich forsche und lehre auf dem Gebiet der politischen Theorie und Ideengeschichte. Seit meiner Studienzeit bin ich dem Werk von Karl Marx besonders verpflichtet. Ich habe mein Studium im Frühjahr 1991 abgeschlossen, mit einer Arbeit in der Forschungsgruppe, die an der Marx-Engels-Gesamtausgabe gearbeitet hat. Sie wurde kurz darauf «abgewickelt». Gewissermaßen als letzter Absolvent bin ich mit einem Stipendium in die bundesdeutsche Wissenschaftslandschaft geschlittert. Mit viel Glück konnte ich über die Geschichte der Politischen Ökonomie und der Staatslehre promovieren und war am Aufbau eines Forschungszentrums beteiligt.

Wie hast du in theoretischer Hinsicht auf das Scheitern des Sozialismus in der DDR reagiert?

Rüdiger: Zunächst mit einer Hinwendung zur Kritischen Theorie, ab den 1990ern habe ich den französischen Poststrukturalismus vorgezogen. Dessen Doppelkritik am Stalinismus und dem liberaldemokratischen Kapitalismus wirkte auf mich radikaler und authentischer. An der Essex University begegnete ich Ernesto Laclau und Slavoj Žižek, die mich in ihren Bann zogen. Über letzteren ließ sich der Poststrukturalismus wieder mit der revolutionären Dialektik verbinden. Anstatt mich an den Meisterdenkern abzuarbeiten, habe ich versucht, mit ihren Theorien ideengeschichtlich zu arbeiten. Hier haben mich eher die «Unterdogs» interessiert, wie Georg Forster, Saul Ascher oder Max Adler. Im Moment forsche ich zur Rezeption der chinesischen Philosophie in der Aufklärung.

Du bist schon einige Jahre im Ausschuss tätig und hast einige Veränderungen miterlebt.

Rüdiger: Einige Stipendiaten hatten damals mich zur Kandidatur aufgefordert. Sie glaubten, ich könnte für eine Balance zwischen einem damals noch dominierenden orthodoxem Marxismus und kritischem Poststrukturalismus sorgen. In der Zwischenzeit hat sich dieses Verhältnis umgekehrt, so dass es für mich immer öfter notwendig ist, klassisch marxistische Themen zu fördern. Die wichtigste Ressource ist für mich in beiden Ausschüssen letztlich das diskursive Zusammenspiel zwischen subjektiver und kollektiver Urteilskraft, das jeder Bewerbung die ihr gebührende Aufmerksamkeit entgegenbringen muss. Trotz gewisser Standards lässt sich der Auswahlprozess nicht vollständig formalisieren. Wissenschaftlicher Wert eines Themas, politisches Engagement und soziale Benachteiligung sind als Auswahlkriterien nur bedingt objektivierbar. Letztlich bedarf es vor allem einer konstruktiv-kritischen Atmosphäre zwischen den verschiedenen KollegInnen und Statusgruppen sowie den MitarbeiterInnen des Studienwerks.

Welche Wünsche hast du in Bezug auf die Stiftung?

Rüdiger: Ich wünsche mir, dass sie in Zeiten des dramatischen neoliberalen Umbaus der Universitäten weiterhin die emanzipatorischen Inhalte von Studium, Bildung und Wissenschaft hochhält. Sowie die Stipendiatinnen und Stipendiaten inhaltlich und emotional zur Aufbau einer radikal-demokratischen Gegenöffentlichkeit ermuntert.

FRAGEN: CHRISTOPH LAMMERS

Axel Rüdiger



 Im aufrechten Gang



Hermann Klenner
KRITIK AM RECHT
 AKTUALISIERENDE
 RECHTSPHILOSOPHIE
 447 SEITEN, GEBUNDEN, 39,90 EURO
 ISBN 978-3-320-02321-8
 KARL DIETZ VERLAG BERLIN 2016

VOLKMAR SCHÖNEBURG

AUFKLÄRUNGEN ÜBER DAS RECHT

HERMANN KLENNER STREITET FÜR EINE ENTWICKLUNG DER JURISDIKTION VON UNTEN

Auf Seiten derer stehen, denen das herrschende Recht zum Unrecht ausschlägt – für diese andere Tradition des Rechtsverständnisses steht der 90-jährige Rechtsphilosoph Hermann Klenner. Ein Band versammelt Schriften von ihm aus sieben Jahrzehnten.

Im Jahr 1988 erschien ein ungewöhnliches Buch: «Streitbare Juristen». Darin wurden Rechtsexperten porträtiert wie Paul Levi, Felix Halle, Gustav Radbruch, Fritz Bauer und Wolfgang Abendroth. Sie erhielten ihre Impulse aus den Postulaten der Aufklärung: Freiheit, Gleichheit, Humanität und soziale Demokratie.

In dieser Tradition steht auch der marxistische Rechtsphilosoph Hermann Klenner, von dem jüngst das Buch «Kritik am Recht» erschienen ist. Der Sammelband umfasst Aufsätze, Artikel und Vorträge aus mehreren Jahrzehnten. Der jüngste Beitrag («Grundsätzliches zum Rechtsstaat») stammt aus dem Jahr 2015, der älteste («Gesetzgebung und Gesetzlichkeit») von 1956. In ihm insistiert Klenner darauf, dass sozialistische Gesetzlichkeit nicht nur als Rechtsgehorsam der BürgerInnen verstanden werden dürfe, sondern beinhalte, dass auch Eingriffe des Staates in die Individualsphäre der BürgerInnen auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen seien. Es verwundert nicht, dass die Verbreitung solcher Gedanken in der DDR verboten wurde. Klenner brachten sie den von Ulbricht selbst erhobenen Vorwurf des Revisionismus, Kosmopolitismus und der Leugnung des Klassencharakters des Rechts ein (S.73). Den Anfang des Bandes bildet der Vortrag «Was bleibt von der marxistischen Rechtsphilosophie?» von 1991. Er ist eine Art Selbstverständigung. Für Klenner hat die zentrale These der Marxschen Rechtsphilosophie, wonach Rechtssysteme aus den materiellen Lebensbedingungen der jeweiligen Epoche zu begreifen sind (S.16), weiterhin Bestand. Aber zugleich hat Marx ihm zufolge Rechtsprobleme marginalisiert, die Menschenrechte unter Wert dargestellt und den Ordnungsmechanismus einer sozialistischen Zukunftsgesellschaft als einen nicht-rechtlichen charakterisiert. Damit wurde nach Klenner der Unterschätzung von

Bürgerrechten bei «gewissen Marxisten» Vorschub geleistet. Von diesem Ausgangspunkt aus analysiert der Autor in mehreren Beiträgen die herrschende Rechtskonzeption der «gescheiterten Alternative» in der frühsozialistischen DDR. Dabei diagnostiziert er als Existenzübel dieser Konzeption die Reduktion des Rechts auf seine Funktionalität. Das Recht war nur Mittel der Macht, nicht aber deren Maß. Damit gab es keine Herrschaftskontrollfunktion, was im Strafrecht sehr negative Folgen zeigte (S.411f.). Unverzichtbar für Linke sind Klenners Erkenntnisse zum Rechtsstaat. Das Rechtsstaatsprinzip sagt ihm zufolge nur etwas über die Struktur unserer Rechtsordnung aus, nichts über ihre interessengeleiteten Inhalte. Der im Grundgesetz postulierte Schutz der Menschenwürde sei ein Fortschritt, bleibe aber unvollständig, solange nicht ihre sozialen und intellektuellen Voraussetzungen geregelt seien. Das würde bedeuten, die Hartz IV-Gesetzgebung abzuschaffen und die Menschenrechte auf Arbeit, Wohnung und soziale Sicherheit zu tatsächlich einklagbaren Rechten zu machen. Andererseits: Die subjektiven Rechte und die formale Gleichheit der Bürger heben zwar die materielle Ungleichheit in der kapitalistischen Gesellschaft nicht auf, aber sie begrenzen zumindest die Macht des Staates. Sie bieten damit bessere Möglichkeiten für eine Demokratisierung von Staat und Gesellschaft. Der Rechtsstaat bietet den Raum für eine Rechtsentwicklung von unten, der Klenner verpflichtet ist, wie er einst im Jahr 1992 schrieb: «Wirklich, es rettet uns kein höheres Wesen. Wer die von Oben betriebene Rechtsentwicklung nicht durch eine Rechtsentwicklung von Unten zu konterkarieren und daher für seine eigenen Rechte zu kämpfen bereit ist, der wird seiner Pflicht weder gegen sich selbst noch gegenüber der Gesellschaft gerecht.» Hier trifft er sich mit seinem Lieblingsdichter, dem «listigen Augsburgs» Bertold Brecht. Dessen Richter Azdak im «Kaukasischem Kreidekreis» steht für eben diese Gerechtigkeit von Unten (S.415ff.).

VOLKMAR SCHÖNEBURG IST RECHTSANWALT UND WAR VON 2009 BIS 2013 JUSTIZMINISTER DES LANDES BRANDENBURG

AKTUELLE PUBLIKATIONEN



Download unter
[www.rosalux.de/
publication/
42185](http://www.rosalux.de/publication/42185)

Hendrik Sander

DIE ZUKUNFT VON ATTAC Stärken, Probleme, Handlungs- optionen

Wie keine andere Organisation steht Attac in Deutschland für die Kritik an Globalisierung und Neoliberalismus. [...] Zeitweise konnte Attac den gesellschaftlichen Block der anti-neoliberalen Kräfte anführen. In den letzten Jahren hat das Netzwerk Attac seine Rolle als Kristallisationspunkt von Protestbewegungen jedoch zusehends verloren. Doch wer daraus die Konsequenz zieht, vorschnell das Ende von Attac zu prophezeien, dürfte sich irren. Mit den GlobalisierungskritikerInnen ist weiterhin zu rechnen.

STUDIEN 03/2016, 64 SEITEN
ISSN 2194-2242, MÄRZ 2016



Download unter
[www.rosalux.de/
publication/
42192](http://www.rosalux.de/publication/42192)

Malte Daniljuk

GLOBALE UMORDNUNG Geopolitische und geoökonomische Ver- änderungen im Umfeld der EU – Aktuelle Konjunkturen der Energiepolitik

Im Umfeld der Europäischen Union eskalierten in der jüngsten Vergangenheit verschiedene Konflikte zu gewalttätig, ausgetragen Krisen: Das betrifft die Ukraine, den Irak, Syrien und Libyen. Seit 2014 gibt es Hinweise auf energiepolitische Aspekte in den Konfliktverläufen. Die Studie untersucht die Außen- und Energiepolitik zentraler Akteure nach deren Auswirkungen auf globale Machtkonstellationen und regionale Konfliktverläufe.

STUDIE 06/2016, 84 SEITEN
ISSN 2194-2242, MÄRZ 2016

Christian Jakob

GEGENHALTEN - FLÜCHTLINGE WILLKOMMEN - IMMER NOCH!

Mythen und Fakten zur Migrations- und Flüchtlingspolitik

Zum dritten Mal in drei Jahren erscheint diese Broschüre, diesmal in komplett neuer Fassung. Die Flüchtlinge haben 2015 Europas Migrationsabwehr zu Fall gebracht, das Dublin-System ist zusammengebrochen. Gleichzeitig sind im vergangenen Jahr

Hetze und Gewalt gegen Geflüchtete förmlich explodiert, und mit atemloser Geschwindigkeit wurde das Asylrecht verschärft. Viele Fragen stellen sich jetzt anders.

«LUXEMBURG ARGUMENTE» NR. 8; 3., VOLLSTÄNDIG ÜBERARBEITETE AUFLAGE VON «REFUGEEES WELCOME – FLÜCHTLINGE WILLKOMMEN», 72 SEITEN, ISSN 2193-5831, MÄRZ 2016



Download unter
[www.rosalux.de/
publication/
42174](http://www.rosalux.de/publication/42174)

Harald Wolf

ROT-ROT IN BERLIN

2002 bis 2011:

eine (selbst-)kritische Bilanz

Der Autor Harald Wolf, von 2002 bis 2011 Senator und stellvertretender Bürgermeister in Berlin, leistet mit seinem Buch einen Beitrag zur Diskussion über linke Regierungsbeteiligung. Dabei geht Wolf der Frage nach, welche Rolle gesellschaftliche Kräfteverhältnisse und Interessengruppen bei politischen Entscheidungen spielen.

328 SEITEN, 16,80 EURO

SBN 978-3-89965-671-8, VSA:VERLAG 2016



Download unter
[www.rosalux.de/
publication/
40329](http://www.rosalux.de/publication/40329)

IMPRESSUM **ROSALUX** – Journal der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Herausgeberin: Rosa-Luxemburg-Stiftung – Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V., Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin · Kontakt: Tel. 030 44310-130, journal@rosalux.de · Vertrieb: Tel. 030 44310-123, bestellung@rosalux.de
Redaktion: Harry Adler, Martin Beck, Andreas Bohne, Lutz Brangsch, Erwin Heil (Bilder), Henning Heine (V. i. S. d. P.), Ramona Hering, Christoph Lammers, Dorit Riethmüller, Juliane Schumacher (Schlussredaktion), Sandra Thieme, Verona Wunderlich · Redaktionsschluss: 31. März 2016 · Titelbild: Ausschnitt aus dem Motiv «Kein Platz?» aus der Serie BildKorrektur (s. Seite 17), © Jens Harder 2015 · Satz: Heike Schmelter · Gesamtherstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Auflage: 4.000 Stück · Printed in Germany, März 2016 · ISSN 1864-6794 · Dieser Ausgabe liegt Material der Wochenzeitung «Der Freitag» bei.

REDAKTION journal@rosalux.de

GEDRUCKTE AUSGABEN

bestellung@rosalux.de

DOWNLOAD ALS PDF

<http://journal.rosalux.de>

ABONNEMENT UND WEITERE

STIFTUNGSINFOS

<https://info.rosalux.de>

«Die Migrationsbewegungen, die dieses Jahrhundert prägen werden, müssen als umgekehrte Globalisierung begriffen werden: Die Menschen folgen aus sozialer Hoffnungslosigkeit den Wegen des Reichtums. Sie werden es angesichts der sozialen Perspektiven in den maghrebinischen und nahöstlichen, aber auch vielen afrikanischen Staaten und den Folgen des Klimawandels auch in Zukunft tun.»

HORST KAHRS